

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3.00 RM, monatlich 1.10 RM, wöchentlich 28 Pf. Frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 RM pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Preisband für Deutschland und Österreich: Ungarn 2 RM, für das übrige Ausland 3 RM pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteilt täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Kolonnenzeile oder deren Raum 60 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schließ-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 10. Oktober 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Ungarn am 10. Oktober.

Aus Budapest wird uns geschrieben:
 Eine ungeheure Erregung durchzittert Ungarn. Gewaltige Menschenmassen, die der Sozialdemokratie bisher fernstanden, haben sich endlich aufgerafft, sind sich ihrer Menschenrechte bewußt geworden und nehmen nun mit ungehörter Energie teil an dem großen Kampf, den Ungarns klassenbewußtes Proletariat um die Erringung des Wahlrechts führt. Mit unabweiglicher Kraft reiht die Bewegung der organisierten Arbeiterschaft alles mit sich, durchbricht sie alle Dämme, welche Staat, Behörden, koalitiertes Unternehmertum, Klaffengerichte und die eigentlichen Besitzler Ungarns, die Feudalen und Aristokraten, in steigender Furcht und Angst aufgebaut haben. Vor einem Monat gab die Zeitung der sozialdemokratischen Partei Ungarns die Parole aus: „Am 10. Oktober politischer Massenstreik!“ und dieser Donnerkrach fand „von den Karpaten bis zur Adria“, von der Zeitpa bis zu den schneegekrönten Gipfeln Siebenbürgens überall ehernen Widerhall.

Seit der Revolution im Jahre 1848/49 vermochte nicht so aufrüttelnd, so anfeuernd, so nachhaltig auf das vielsprachige Volk Ungarns einzuwirken, wie dieser Gedanke des politischen Massenstreiks, der Demonstration für das allgemeine Wahlrecht.

Dah nun in den letzten Wochen das ungeteilte Interesse aller Kreise und die Erregung von Tag zu Tag wuchs, hat seinen Grund nicht allein in der niedertüchtigen, frech-bummen Politik der Koalitionsregierung, sondern findet seine volle Deutung in den fürchterlichen wirtschaftlichen Mißständen, an denen nicht nur das industrielle und landwirtschaftliche Proletariat, sondern auch das Kleinbürgertum und der Mittelstand schwer zu tragen hat. Die Wohnungsmieten haben, speziell in Budapest, eine solche Höhe erreicht wie sonst in keiner ähnlichen Großstadt Europas. Seitdem die Agrarier die Vieheinfuhr aus Serbien durch Sperrung der Grenze unmöglich machten, stiegen die Fleischpreise beinahe aufs Doppelte. Die schlechte Ernte hielt andererseits die Herren Großgrundbesitzer nicht von der Getreideausfuhr ab, was natürlich ein fortgesetztes Anschwellen der Brotpreise zur Folge hat. Auch die unerhörte Steigerung der Preise für Milch, Gemüse und alle anderen Lebensmittel förderte die allgemeine Erbitterung gegen die agrarische Schutzpolitik der Regierung. Und noch weiter verschärft wird die ohnehin schon geradezu entsetzliche Teuerung durch den „Streik der Seelen“, die passive Resistenz der Eisenbahner, welche die rechtzeitige Abwicklung des Verkehrs unmöglich macht.

So ist es zu verstehen, wenn diesmal selbst die Philister gegen die Koalitionsregierung aufgebracht sind und endlich einsehen, daß die Rettung aus der wirtschaftlichen Krise, aus Teuerung, Not und Elend nur in der Neugestaltung und Ausbreitung der politischen Rechte, in der Erringung des Wahlrechts liegt.

Die beste Agitation im Kampfe um das Wahlrecht leisten aber doch die Nachhaher selbst: Die Auflösung von 350 Ortsgruppen der Land- und Industriearbeiter-Organisationen, das Verbot von Hunderten von Versammlungen und Umzügen, besonders aber das Vorgehen des Oberstadthauptmanns von Budapest, Woda, der „auf höheren Befehl“ die Erlaubnis zum Aufmarsch eines derartig großen Zuges, welcher aller Wahrscheinlichkeit nach mehrere Stunden dauern würde, verweigerte. Das Klassenparlament wird sich also mit militärischer Vereisung vor dem Volke absperrt. Am 15. September 1905, als 100 000 klassenbewußte Proletarier vor dem Parlament ohne den geringsten Zwischenfall stundenlang demonstrierten, erhob die damalige „Trabantregierung“ keine Einwendung; nun aber, da es sich um ein bloßes Vorübergehen vor dem Parlament handelt, zittert die „nationaldemokratische“ Regierung!

Das Zentralorgan der ungarischen Sozialdemokratie, die „Közszava“ („Volksstimme“) hält den Nachhaher, die Krupellos die Entschung des Volkes vereinen möchten, eine Reihe statistischer Feststellungen — als Festangebinde zum 10. Oktober — unter die Nase:

Nach dem Befehl gruppiert, kommen von den 970 841 Wählern Ungarns auf die besitzende Klasse 795 628 Wähler, das sind 82 Prozent der Wahlberechtigten! Auf die Bürgerchaft entfallen 127 102 Wähler oder 13,1 Prozent und auf die Arbeiterschaft bloß 48 111, das sind 4,9 Prozent! Nun sind aber von den gesamten 4 322 960 über 20 Jahre alten Männern Ungarns zudem bloß 22,4 Prozent Wähler; eben jene 970 841! Vier Fünftel der großjährigen Männer also sind von den Staatsrechten ausgeschlossen, wiewohl sie die Lasten des Staates tragen.

Am schlimmsten ist natürlich die Arbeiterschaft daran: Die Gesamtzahl der über 20 Jahre alten Arbeiter Ungarns beträgt 2 179 408, oder 50,4 Proz. der gesamten Männerzahl von 4,3 Millionen. Von diesem Teil der männlichen Arbeiterbevölkerung sind heute — wie oben angegeben — Wähler: 48 111 oder 2,2 Proz., Nichtwähler: 2 131 297 oder 97,8 Proz. der gesamten Arbeiterschaft!

Das derzeitige Wahlrecht schließt demnach 77,6 Proz. der gesamten über 20 Jahre alten Männer vom Wahlrecht aus, im einzelnen: 84 Proz. des Kleinbürgertums und 95 Proz. der Arbeiterschaft.

Diese wenigen Daten sprechen trauriger und überzeugender als viele noch so berechte Worte von den fürchterlichen ökonomischen Verhältnissen Ungarns.

Julius Racz, einer der besten Kenner des entsetzlichen Wahlrechts, ruft dem auch empört aus:

„Seht ein Agrarierland, von dessen verdienenden, erwachsenen Söhnen die Hälfte vermögenslose Arbeiter sind! Und das nicht Industriearbeiter, sondern Landarbeiter und Gesinde, welche jährlich

300—400 Kronen verdienen und davon eine 4—6köpfige Familie erhalten müssen.

Seht das arme Land, dessen Verdienst, Ehe, Geburt, Tod, Gesundheit, Krankheit von den Winden, den Frühjahrsregen abhängig gemacht ist...

Und das „Parlament“ dieser elenden, fürchterlich armen Nation hat 40 Jahre verstreichen lassen, ohne für das wirtschaftliche Wohl des Volkes auch nur eine einzige großzügige Tat hervorgebracht zu haben.“

Komme, was kommen mag! Ungarns vielsprachiges Proletariat ist gerüstet. Es hat um die Fahne des Wahlrechts — um ein Wort Lassalles zu variieren — alles gesammelt, was einen demokratischen Blutstropfen hat in Ungarn!

Hochverrat.

„Im Punkt Militarismus sind Reaktion und Kapitalismus besonders empfindlich, sie haben genau erkannt, daß sie im Militarismus ihre wichtigste Machtposition gegenüber der Demokratie und Arbeiterklasse verteidigen; sie stehen dem Antimilitarismus in geschlossener Phalanx gegenüber.“

Die Worte des Genossen Liebknecht aus seiner ganz vorgelesenen Broschüre illustrieren gleichsam die ganze Aktion, die die Staatsgewalt gegen ihn und in seiner Person gegen die Partei unternommen hat. Daß es sich nicht nur um ein Vorgehen gegen Liebknecht und seine Schrift „Militarismus und Antimilitarismus“ handelt, sondern um die gesamte antimilitaristische Agitation und Bestimmung, davon legt ja besonders die Anklageschrift das beste Zeugnis ab. Darin marschieren die Ausführungen Liebknechts über Militarismus und Antimilitarismus auf den verschiedenen Parteitagungen sowie andere Darlegungen und schließlich das Referat des Genossen Liebknecht auf der Konferenz der Jugendvereine in Mannheim vom vorigen Jahre auf. Mit der Schrift „Militarismus und Antimilitarismus“ allein, das sah wohl auch der Reichsanwalt ein, war total nichts zu machen; darum suchte er die Zeitungsberichte über jene Verhandlungen als Material zusammen.

Die Verhandlung heute vor dem Reichsgericht, zu der der Andrang der Zuhörer ungemein stark war, begann gleich von vornherein sehr lebhaft; denn sowohl die Verteidigung wie der „Angeklagte“ mußten die Auffassung bekommen, daß die Zeitung des Prozeses der Verteidigung nicht den nötigen Spielraum lassen würde.

Das Gericht setzte sich aus dem 2. und 3. Strafsenat zusammen, unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Treplin, eines ehemaligen Reichsanwaltes. Als Ankläger fungierte der Oberreichsanwalt Dishausen, als Verteidiger stehen dem Genossen Liebknecht zur Seite: Rechtsanwalt Dr. Kurt Hezel aus Leipzig, Rechtsanwalt Dr. Hugo Haase aus Königsberg und Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenbergs aus Berlin. Ferner ist der Genosse Vebel als Zeuge erschienen.

Der liebliche Gummiparagraph, auf dem die Anklage beruht, lautet:

Jede andere, ein hochverräterisches Unternehmen vorbereitende Handlung wird mit Zuchthaus bis zu drei Jahren oder Festungshaft von gleicher Dauer bestraft.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Festungshaft von sechs Monaten bis zu drei Jahren ein. (§ 86 b. D. R.-St.-G.-B.)

Die hochverräterische Handlung selbst soll in dem Vorschlag des Genossen Liebknecht gipfeln, die Partei solle eine Kommission zur Leitung der antimilitaristischen Propaganda einsetzen. Im übrigen waren die Äußerungen Liebknechts auf den Parteitagen böse miteinander verwechselt worden. Sogar auf dem Stuttgarter Internationalen Kongreß ließ man ihn eine antimilitaristische Rede halten. Ebenso war sein Referat auf der Konferenz der Jugendvereine in Mannheim im vorigen Jahre auf den Parteitag verlegt worden. Mit Recht wies der Genosse Liebknecht bei seiner Vernehmung darauf hin, daß das Material zwangsweise zu seiner Belastung zusammengestellt worden sei.

Als Beweismaterial marschierten nun verschiedene Berichte über die Verhandlungen der Parteitage und der Konferenz auf und besonders Wert legte sowohl das Gericht wie der Reichsanwalt auf die Anträge zum Punkt Militarismus, die man einfach als Produkte Liebknechts ansah.

Die Herren wehrten sich nicht wenig, als ihnen Liebknecht nachwies, sie würfekten alles blind durcheinander; so wies er darauf hin, daß er gegen einige Anträge gesprochen und daß diese auch abgelehnt worden seien.

Nach der Auseinandersetzung Liebknechts, auf welchen Parteitagen er zu dem Punkte Militarismus gesprochen, was er da gesagt habe, ersuchte der Rechtsanwalt Hezel den Präsidenten, er solle Liebknecht sich darüber äußern lassen, daß er gesagt habe, erst wenn sich die Jugendvereine von den anarchoföhen Tendenzen auf den Boden der sozialistischen Weltanschauung gerettet hätten, könnten sie den Militarismus mit Erfolg bekämpfen; worauf der Vorsitzende erwiderte: daß dies dann ja im Zusammenhang mit den anderen Äußerungen geschehen könnte. Noch größeren Widerstand fand der Antrag der Verteidigung und des Genossen Liebknechts: die ganze Schrift „Militarismus und Antimilitarismus“ zu verlesen. Sowohl der Reichsanwalt wie der Präsident meinten, „daß es genüge, wenn die inkriminierten Stellen verlesen würden. Liebknecht könne ja dann angeben, welche Stellen noch verlesen werden sollten.“ Nachdem sich Rechtsanwalt Hezel in ausführlicher Weise dafür ausgesprochen hatte, die ganze Schrift zu verlesen, schon wegen des Totaleindrucks, führte Liebknecht aus: Da es sich bei diesem Prozeß um einen Tendenzprozeß gegen ihn und seine Partei handle, müsse er schon deshalb um das Verlesen der ganzen Schrift ersuchen, als sich hierdurch die Tendenz der Schrift ergebe. Es tue ihm leid, das Gericht mit dem Verlesen belästigen zu müssen, aber es

gehe nicht anders. Dieser Lieb schreckte die Besäßen endlich etwas aus ihrer Ruhe empor und sie zogen sich zur Beratung des Antrages zurück. Dem Antrage wurde stattgegeben, worauf die Verteidigung bemerkte, daß sie während der Verlesung Stellen angeben würde, die vorzulesen überflüssig seien. Dies wird vom Gericht akzeptiert, worauf die Schrift verlesen wurde.

Die Verlesung der Broschüre löst für jeden, der ihr zu folgen imstande ist, die Frage aus: wie kann diesen Ausführungen gegenüber von Hochverrat gesprochen werden? Der Gesamteindruck ist der, daß Liebknecht rein sachlich seine Ansichten über die Bekämpfung der schädlichen Wirkungen des heutigen Militarismus darlegt: keine Silbe irgend einer Aufforderung zur Gewalt. Die Anklage muß, wenn die Gesamtschrift gemildert wird, mit Freisprechung enden — ist der Eindruck nach der gegen 1/7 Uhr erfolgten Beendigung der Verlesung. Der Vorsitzende Treplin freilich ist durch den Prozeß gegen Meindorf und Genossen seinerzeit bekannt geworden. Er scheint die Fähigkeit des Alters zu besitzen, die sich schwer von einer vorgefaßten Ansicht abbringen läßt. Bei der Leitung der Verhandlungen folgte der Vorsitzende völlig den Zusammenstellungen der Anklage, die ein geradezu horrendes Zerrbild der Broschüre darstellt.

Nach der Verlesung der Broschüre setzt sich Liebknecht mit der Anklageschrift des Oberreichsanwaltes auseinander. Aber nicht nur mit dieser, sondern auch mit dem Präsidenten, der ganz neue Anklagepunkte vorbrachte. Mit Recht führte Liebknecht aus: Es sind bereits vier verschiedene Anklagen jetzt: ich weiß nicht, gegen welche ich mich eigentlich zu verteidigen habe. In dem Schriftsatz, der die Beschlagnahme der Broschüre begründete, sei ungläubigerweise behauptet, der Angeklagte habe Frankreich zu einem Arzte auf Deutschland verhehen wollen. Inzdes, wer die Schrift gelesen habe, wisse, daß davon keine Rede sein könne. Die Anklageschrift sei so verfaßt, daß der Inhalt der Broschüre in indirekter Rede wiedergegeben sei. Aber zwischenindem seien Nebenätze eingeschoben, ebenfalls in indirekter Rede, die das Gegenteil dessen enthalten, was die Broschüre tatsächlich enthält! Liebknecht gliederte mehrere dreierartige Sätze und sagte mit erhöhter Stimme: Ein derartiges Verfahren zu kennzeichnen, wolle er sich an dieser Stelle versagen. Der Oberreichsanwalt sprang erregt von seinem Sitze auf und erklärte, daß er jeden solcher Sätze der Anklageschrift aufrecht erhalte. Dann bin ich genötigt, fährt Liebknecht fort, nunmehr auf diese seltsame Anklage einzugehen, und mit beidemem Sarkasmus gerichtet er das merkwürdige Anklagedokument.

Während der Beweisaufnahme suchte der Präsident den Genossen Liebknecht in Gegenwart von Vebel und Vollmar erscheinen zu lassen und ihn im Einverständnis mit dem französischen Genossen Hervé hinzustellen.

Zum Schluß der heutigen Verhandlung ereignete sich infolgedessen noch ein Zwischenfall, als der Präsident eine Notiz der „Vossischen Zeitung“ ansführte, in der in einem Referate ein französischer Genosse nach dem Stuttgarter Kongreß beim Verichte in Frankreich ausführte, die französischen Antimilitaristen ständen ganz mit Liebknecht im Einverständnis. Diese Zeitungsnote stammt — aus dem Polizeipräsidium von Berlin und hat den Rechtsanwälten mit den übrigen Akten der Untersuchung gar nicht vorgelegen.

Die Verhandlung wurde um 1/10 Uhr geschlossen und auf morgen früh 9 Uhr vertagt.

Ostafrikanischer Katzenjammer.

Mit rücksichtsloserer Offenheit noch als Herr Dernburg berichtet heute der mehrfach erwähnte Conrad Alberti über die Ausichtslosigkeit, es in Deutschostafrika, der größten und bevölkersten aller unserer Kolonien, zu einem Plantagenbau zu bringen, ja überhaupt nur Kolonialprodukte dort in größerem Maße zu ziehen.

Es ist nichts mit dem Kaffeebau, nichts mit dem Baumwollbau, nichts mit den Erdnüssen! Selbst die Kultur der Hauptpflanzen, unter denen die Sisalagabe eine Hauptrolle spielt, erscheint aussichtslos; und ob die Kautschukproduktion auf die Dauer rentabel ist, steht auch noch sehr dahin. Doch hören wir den ostafrikanischen Touristen selbst:

„Ich muß mit einer großen Enttäuschung beginnen. Es ist nichts mit der Baumwolle in Deutsch-Ostafrika. Wenigstens vorläufig nichts. Die Kultur hat sich als zu unsicher erwiesen. In der Wachzeit, wenn der Strauch Regen bedarf, regnet es genug der Boden vor Trockenheit, und in der Reifezeit, wenn die Pflanze Trockenheit braucht, giecht es häufig in Strömen. In Deutsch-Ostafrika ist kein Verlaß auf die Bitterung. Künstliche Bewässerung ist meist nicht leicht; das Wasser fließt in den Schluchten, wo man es nicht brauchen kann, und Hebe-pumpenanlagen sind zu teuer... Zahllose Schädlinge vernichten hier die Baumwollkapseln, und man kennt noch kein Mittel gegen sie. Stuhlmann hat gefunden, daß die meisten der angepflanzten Sträucher und Bäume nach einem extrareichen ersten Jahre vom zweiten an fränkeln und im vierten verloren sind... Der Vertrauensmann des „Kolonialwirtschaftlichen Komitees“ hat seinen Auftragsgebern den Rat erteilt, den großen Dampfzug in Saadani zu verkaufen und die Baumwollpflanzung eingehen zu lassen. In Lindi und Kilba sieht es nicht besser aus...“

Der Kaffeebau ist in der Kolonie so gut wie abgetan. Die Erdnüsse, die ein vortreffliches Öl liefern, leiden dies Jahr an einer ackerimmissvollen, selbst den Gelehrten in Aviani

unerklärlichen Krankheit und sind häufig migratorisch, ihr Bau ist also eine unsichere Sache. Die Kopulatur ist ertragreich, aber auf die Küste beschränkt, da die Kokospalme die Seeluft liebt. . . .
Weiben also als ausschließliche Kulturen Sisal und Kautschuk.

Sisal erfordert ziemlich kostspielige Abspalungen und ist nicht für kapitalstärkliche Pflanzungen. Ein Mann hat ausgerechnet, daß in ein bis zwei Jahren Deutschland den gesamten Sisalbedarf Deutschlands zu decken imstande sein wird. In Mittelamerika und auf Ceylon wirt man sich heute mit Kraft auf den Sisalbau — wobei mit der Gesamterzeugung, wenn, wie vorausgesehen, die Preise auf dem Weltmarkt gewaltig fallen werden? An dem dann unverkauft bleibenden Hanf werden sich alle Spekulanten der Welt aufhängen können.

Kautschuk ist ein sicheres Ding, so lange der Weltbedarf beständig steigt. . . . Und schon arbeitet man in tausend chemischen Laboratorien Europas und Amerikas eifrig an der synthetischen Herstellung kautschukartiger Massen.

Zum Schluß bemerkt dann Herr Alberti, daß nur kapitalstärkliche Pflanzungen überhaupt ein Fortkommen finden könnten. Der Mittelstand fehle denn auch fast gänzlich. Nun lehre aber die Kolonialgeschichte, daß nicht Großplantagen, sondern nur Kleinsiedler ein Land rentabel machen könnten. Wie könne man aber im Ernst auswanderungslustigen deutschen Bauern raten, nach Ostafrika zu gehen, wenn sie in Nordamerika mit viel weniger Kapital eine ungleich sicherere Existenz fänden. Obendrein lebten sie dann in einem freien Lande, während in Ostafrika das Gouvernement jedem Ansiedler sein „Unterthanentum“ jeden Tag deutlich fühlen lasse!

Es ist also nichts mit dem ostafrikanischen Plantagenbau! Der Handel mit den Eingeborenen aber, an dem Deutschland zudem nur mit knapp 50 Prozent beteiligt ist, wird schwerlich jemals solche Dimensionen annehmen, um irgend eine Rolle für Deutschlands Export oder Import zu spielen. Trotzdem soll Deutschland, das heute schon jährlich 7 Millionen Zuschuß zahlen muß, die Zinsgarantie für Bahnbauten übernehmen, die Hunderte von Millionen kosten werden!

Aber die Börse will ihr Geschäft machen und Dernburg ist ihr Sachwalter!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. Oktober 1907.

Einer, der sich mit seiner Schande brüsst!

Herr Pachtide hat die Sechsbenteleien, die er unter dem pompösen Titel „Liberalismus als Kulturpolitik“ als Broschüre drucken ließ, auch dem Kaiser Wilow zugedacht. Wie der Verlag der Broschüre mittelst, hat dafür Wilow Herrn Pachtide folgenden Brief geschickt:

Sehr verehrter Herr Dr. Pachtide!

Für die freundliche Uebersendung Ihrer Schrift „Liberalismus als Kulturpolitik“ bitte ich Sie, meinen verbindlichsten Dank entgegenzunehmen. Ich habe mit lebhaftem Interesse von Ihren Ausführungen Kenntnis genommen, denen ich in manchen Punkten zustimmen kann.

Ich habe den Eindruck, daß Ihre Broschüre dem liberalen Bürgertum reichliches Material an die Hand gibt, um sich über das gegenwärtig Mögliche und Erreichbare klar zu machen und sich in einer gesunden Würdigung der Volkspolitik zu befähigen.

In ausgezeichnetster Hochachtung bin ich
Ihr
aufrichtig ergebener
Wilow.

Es ist ziemlich unerfindlich, warum gerade Herr Pachtide selbst von diesem Kanzlerbrief aller Welt Kunde zu geben für nötig hält! Denn daß Wilow Pachtide in „manchen“ Punkten zustimmt, verstand sich von selbst. So, wenn er das Reichstagswahlrecht für keineswegs vollkommen erklärte, wenn er für die Kommunen das gleiche Wahlrecht verwarf und die politische Führung überhaupt den „gebildeten Klassen“ vorbehalten wissen wollte. Auch dagegen, daß Pachtide meinte, der Liberalismus könne Wilow weder den Zeitpunkt noch die Art einer Landtagswahlreform verschreiben, sondern müsse mit dem zufrieden sein, was die Reaktion biete, dürfte Wilow ja kaum Einwendungen zu erheben haben!

Das Lob Wilows beweist also nicht das geringste für die „liberalen“ Absichten Wilows, umso mehr dagegen für die Entliberalisierung des Freiheits, der es glücklicherweise weit gebracht hat, von dem „agrarischen Kanzler“ wegen seiner „gesunden“ Ansichten belobt zu werden!

Aus der bayerischen Zentrumsfraktion.

Der Reich in der bayerischen Zentrumsfraktion treibt höchst komische Blüten. Da es den Herren Schäbler, Pichler, Daller u. Co. un bequem ist, daß ihr christlich-brüderliches Verfahren gegen den Fraktionsgenossen und Mitstreiter für die alleinseligmachende Kirche in der Presse gloriert wird, so hatten sie die „Augsb. Postzeitg.“ beauftragt, nachzuweisen, daß die Hinausdrängung des Herrn Heim aus dem Finanzausschuß des bayerischen Landtages nur aus zarter Fürsorge für das Wohl Heims geschhehen sei. Und die „Augsburger Postzeitung“ wies auch sofort mit der ihr eigenen Gründlichkeit nach, daß erstens Dr. Heim gar nicht mehr während der letzten Jahre dem Finanzausschuß angehört habe (er ist nämlich im November 1905 vorübergehend ausgetreten, um seinem Fraktionsgenossen Walter Gelegenheit zu einem Referat über den Etat des Ministeriums des Innern zu geben: ein Wechsel, der damals lediglich den Zweck hatte, den Grafen Hellwig verständlich zu stimmen), und daß zweitens, wenn Dr. Heim nicht wieder in den Finanzausschuß gewählt worden sei, dies nur deshalb nicht geschhehen sei, weil seine Gegner in der Fraktion ihn allzu lieb hätten. So schrieb z. B. wirklich das Augsburger Blatt:

„Daß Dr. Heim nicht in Vorschlag gebracht wurde, ist lediglich verursacht durch seine Gesundheitsverhältnisse, auch durch die große Geschäftslast, welche auf den Schultern des Abgeordneten Dr. Heim ruht, die seine öftere Abwesenheit von München und die Rücksichtnahme auf sein Befinden nötig macht. Nicht aus Mitleid ist dieser Grund geltend gemacht worden, sondern in aufrichtiger Loyalität gegen die Person des Abg. Dr. Heim. Der Vorsitzende der Fraktion, Dr. v. Daller, hat sich gegen die Annahme anderer Gründe entschieden verwahrt.“

Diese widerliche kerisale Heuchelei geht jedoch selbst Herrn Heim gegen den Strich, obgleich er in diesem Sinne ebenfalls recht Beträchtliches zu leisten vermag. Er antwortet im „Bayer. Kurier“ mit folgender bajubarischen Parteilichkeit:

„Ich habe keine Zeit und keine Lust, mich mit einem für die Öffentlichkeit anonym schreibenden Journalisten, den ich aber genügend kenne, irgendwie auseinanderzusetzen. Ich habe nur kurz folgendes zu erklären: Obige Darstellung ist in ihren wesentlichen sachlichen Punkten unwar. Ich war in der Session 1905/06 Mitglied des Finanzausschusses. Ich konnte jederzeit wieder in den Finanzausschuß zurückkehren, sobald die Position

erledigt war, für welche ich den betreffenden Kollegen an meiner Statt in den Finanzausschuß eintreten ließ. Ich habe davon auch ansichtslos und ohne weiteres Gebrauch gemacht.“

Nachdem einmal der Artikelsschreiber auf Vorgänge in der Fraktion Bezug nimmt, darf ich demgegenüber auch konstatieren, da ich mich in der Abwehr befinde, daß der Vorsitzende der Fraktion mit mir in der Sache Rücksprache nehmen und mir vorher begreiflich machen sollte, daß meine Nichtwiederwahl aus Rücksicht auf meine Gesundheit geschhehe. Wenn ich nicht Mitglied des Finanzausschusses war, wozu dann dies?

Am Ende sucht der Artikelsschreiber mich zu verdächtigen, daß ich über Vorgänge in der Fraktion geplaudert hätte. Demgegenüber konstatiere ich: Am gleichen Tage, wo die fragliche Fraktionsführung war, war abends im katholischen Kasino Fraktionsversammlung. Da wurde die Sache bereits sehr lebhaft besprochen, aber nicht von mir. Des anderen Tages darauf habe ich dann allerdings, nachdem man allgemein schon über die Sache gesprochen hat, ebenfalls darüber geredet, um, soweit es mir notwendig erschien, in eigener Sache manchen falschen Darstellungen zu begegnen. Der Herr Artikelsschreiber soll seine Pfeile also an eine andere Adresse richten. Gewisse Generalschwäger stehen ihm näher wie mir.“

Danach müssen sehr brüderliche Verhältnisse in der frommen bayerischen Zentrumsfraktion herrschen. —

Regelung der preussischen Beamtengehälter.

Wie eine halbamtliche Parlamentskorrespondenz, die „Korrespondenz Blätt“, versichert, wird es immer zweifelhafter, ob es möglich sein wird, die Vorlagen betreffend die Aufbesserung der Beamtengehälter dem Landtage zugleich mit dem Staatshaushalts-Etat vorzulegen, der dem Landtage etwa Mitte Januar nächsten Jahres unterbreitet werden soll. Die Kommission, die sich jüngst 12 Tage lang im Abgeordnetenhaus im Auftrage der einzelnen Ressorts mit den Vorarbeiten für die Vorlage beschäftigt hat, habe wohl auf Grund eines vom Finanzministerium vorgelegten Planes eifrig gearbeitet, zu einem eigentlichen Beschluß sei sie aber nicht gekommen. Sie habe Aufsichten und Vorschläge ausgetauscht, jedoch heute das Finanzministerium genau wisse, welche Wünsche seitens der einzelnen Ressorts gekehrt würden. Man müsse aber zugeben, daß bisher allzuviel noch nicht erreicht sei. Die Befürchtung sei deshalb berechtigt, daß die Vorlage eine Verzögerung erleide, wenn in dem gleichen Tempo weitergearbeitet werde. Bisher hätten sich die Verhandlungen nur um die Frage gedreht: Was tut not und wohin gehen alle Wünsche? Jetzt müsse auch die zweite schwierigere Frage erörtert werden: Wie weit kann die Staatsregierung diesen Wünschen entgegenkommen und wie sind die Deduzionsmittel aufzubringen? Von einer Verschleppung der Materie kann jedoch keine Rede sein und die Befürchtungen, die in der Beamtenwelt geäußert würden, seien grundlos. Ob aber das kommende Gesetz dementsprechend, was erwartet wird, müsse bezweifelt werden. Selbstverständlich könnten alle Wünsche nicht berücksichtigt werden.

Der langen Rede kurzer Sinne ist, daß die preussische Regierung sich in Bezug auf die Regelung der Beamtengehälter in einer argen Verlegenheit befindet. Sie hat, um die Beamten für die Unterstützung der Regierungspolitik bei den Wahlen einzufangen, Versprechungen gemacht und Hoffnungen geweckt, die sie nicht zu erfüllen vermag, wenn nicht die Steuern, speziell die Einkommensteuer, enorm gesteigert werden sollen. So wird dem jetzt der Regelungsplan nach allen Seiten gemendet, ob sich nicht hier und dort noch Abstriche machen lassen. Und zugleich wird versucht, durch offizielle Korrespondenzen die Beamtenenschaft darauf vorzubereiten, daß sie nicht viel zu erwarten hat. —

Merikale Sozialpolitik.

Auf dem Zentrumsparteitag für den Regierungsbezirk Koblenz hat der Abgeordnete Giesberts eine Rede über die politische Lage gehalten. Bezüglich der Sozialreform meinte er: „Den angelegentlichsten sozialpolitischen Gesetzen gegenüber wird das Zentrum, seiner Vergangenheit gemäß, auf dem Posten sein. Bei der Reform der Versicherungsgeetze werden die kleinen Leute aus dem Bauernstande den größten Schaden davon haben, wenn die 25 Prozentigen Unfallrenten beseitigt würden. Eine Rückwärtsentwicklung der Versicherungsgeetze darf es nicht geben. Wenn etwas geschieht, muß eine Verbesserung eintreten. Nach allen angebotenen Richtungen hin werden wir den Blockleuten scharf auf die Finger sehen.“

Es ist ja recht anerkennenswert von Herrn Giesberts, daß er bezüglich der sozialpolitischen Geetze auf dem Posten sein will. Aber da er gerade von der Beseitigung der 25 Prozentigen Unfallrenten spricht, so möchten wir ihm raten, bei dieser Gelegenheit nicht nur den Blockleuten, sondern auch den Zentrumsleuten recht scharf auf die Finger zu sehen. Denn die Personen, die in dieser Frage sich als die lautesten Schreier erheben, sitzen nämlich in der Partei des Herrn Giesberts, im Zentrum.

Herr Nomen macht weiter scharf!

Herr Nomen, der wegen seiner Behauptung, die Sozialdemokratie predige den Meißel, seinerzeit durch den Proteststurm des Hamburger Proletariats aus der Staatsanwaltschaft entlassen wurde, hat es seitdem zum Oberkriegsrat gebracht. Er hat sich seit Jahren als eifriger Schürer bedrücklichen Vorgehens gegen die rote Notie um Militarismus und Massenstaat verdient gemacht. Auch der Hochverratsprozeß gegen Liebknecht ist seiner Schürmacherei zuzuschreiben. Alle Erfolge jedoch hängen den schneidigen Hältern der heiligsten Güter der herrschenden Klasse nur zu neuem Eifer an.

So verteidigt Herr Nomen lebhaft in einem Artikel im „Tag“ die Verurteilung jenes Landwehrmannes zu zwei Monaten Gefängnis, der neben einem Gewerkschaftsjuge hergegangen war, um sich mit ihm persönlich bekannten Kameraden zu unterhalten. Der Herr Oberkriegsrat schließt seinen Artikel mit der Mahnung:

„Es ist das erste Mal, daß ein Soldat sich erdreistet hat, in Uniform an einer öffentlichen sozialdemokratischen Demonstration teilzunehmen. Hier war strengere Strafe nicht bloß gerechtfertigt, sondern im allgemeinen militärischen Interesse durchaus geboten. Principus obsta!“

Wir bedauern zwar die einzelnen Opfer wegen eines solchen Schandens, aber vom Standpunkt des allgemeinen sozialistischen Interesses aus können wir schließlich zufrieden sein, daß der Militarismus durch solche Urteile sich selbst den Boden abgräbt! —

Kaiser-Reskripte.

Wir lesen in der „Königlichen Volkszeitung“: Die „Tägliche Rundschau“, das Organ der in Wirklichkeit vornehmen Gesellschaft, wie sie sich bescheiden nennt, verleiht eine Abkommeneinschuldung, an deren Schluß es heißt: „Wir dürfen noch hinzufügen, daß nach einer Mitteilung der Zentrumspresse unser Blatt die einzige deutsche Zeitung ist, die dem Kaiser, dem Kaiser täglich unerschritten vorgelegt wird.“ Zunächst ist richtig zu stellen, daß es die „Wilt.-Post. Korresp.“ war, welche die Meldung zuerst gebracht hat, und daß Zentrumsblätter sie nur übernommen haben. Eigentümlich ist es übrigens, daß die „Tägliche Rundschau“ so tut, ob sie aus eigener Wissenschaft, aber ihre — von offizieller Seite bisher nicht bestrittene — Eigenschaft als Spezialorgan des Kaisers nichts zu sagen vermöge. Das Blatt dürfte doch wohl ziemlich genau darüber unterrichtet sein, ob und in welcher Weise beim Kaiser eine Ausgabe es dem Kaiser vorgelegt wird. Auf die von uns wiederholt (Nr. 884, 726, 751) festgestellte, höchst auffällige Tatsache, daß eine

auf die „Tägliche Rundschau“ als Kaiserreskripte bezügliche Meldung nur in einem von zwei sonst ganz gleichen Exemplaren des Blattes (Nr. 310) enthalten war, ist bisher — so viel wir gesehen haben — eine deutliche und befriedigende Aufklärung nicht gegeben worden. Nach wie vor bleibt also die nothwendige Vermutung bestehen, daß das „Organ der in Wirklichkeit vornehmen Gesellschaft“, wie u. a. die linksliberale „Vredauer Zeitung“ schrieb: „in bestimmten Fällen für den Kaiser extra zurechtgedreht“ werde.
Kaiser-Reskripte . . .

„Der katholische Mann der Jetztzeit“ —

so lautete das Thema einer Versammlung, die jüngst der katholische Volksverein in Dortmund abhielt. Der geistliche Rektor Schulte wies darauf hin, daß der katholische Mann gerade zur Jetztzeit ein ganzer Mann sein müsse. Zilly habe drei Waffen in seinen Händen getragen und damit zahlreiche Schlachten gewonnen: das Schwert, das Kreuz und den Rosenkranz. Der Katholik müsse seine religiösen, gesellschaftlichen und staatlichen Pflichten erfüllen und dabei auch beten. Er müsse auch für die Bahrung seiner berechtigten Interessen eintreten und für Christus den Kreuzigten und seine heilige Kirche kämpfen.

Sollte der Kriegsbuch aus dem siebzehnten Jahrhundert wirklich ein so empfehlenswertes Vorbild für den katholischen Mann der Jetztzeit sein, und sollte es nicht noch andere Mittel geben, um ein „ganzer Mann“ zu werden, als Schwert, Kreuz und Rosenkranz? —

Aufforderung zur Sklavenjagd.

Die „Windhuker Nachrichten“ schreiben: Wir berichteten in voriger Nummer über die Absicht der Randmagnaten, den ganzen Hererosstamm nach Transvaal zu locken. Die uns von glaubwürdiger Seite mitgeteilt wird, sind Abgesandte des Samuel Mahareros bereits eifrig und mit Erfolg an der Arbeit, ihre Stammesbrüder zum Zed nach Transvaal zu bereben. Das viele Weglaufen von Hereros aus ihren Dienststellen in letzter Zeit, ihre Ansammlungen in kleineren und größeren Truppen, die sich allmählich ostwärts bewegen, erregten anfangs Beforgnis, da sie für Anzeichen neuer Unruhen angesehen wurden. Das ist aber nicht die Ursache jener Erscheinungen, sondern die Leute wollen möglichst un-auffällig über die Grenze kommen, um dann den Krieg nach Transvaal anzutreten. Hauptsächlich wird seitens der Militär- und Polizeibehörden alles getan werden, um die Ausreißer aufzuhalten und festzunehmen. Namentlich aber sollte man suchen die Emisäre Mahareros unschädlich zu machen. . . . Die Leutenot ist eine so große, daß schon der Verlust von nur 1000 Hereros — die Transvaaler wollen aber 15000 haben! — eine schwere wirtschaftliche Schädigung bedeuten würde.

Das sind die Gründe der trostlosen Ausrottungsstrategie mit der jetzigen Verfassung der Hereros. Seinerzeit befahl Trotha den Hereros, das Land zu verlassen. Wer nicht in die Wüste entflohe, wo Lehntausende verschmachteten, wurde niedergeschossen. Die Reste des ehemals zahlreichen Volkes wurden zu Arbeitsklaven gemacht. Daß sich diese kümmerlichen Reste der Sklaverei durch Pflicht zu entscheiden suchen, ist nur zu begreiflich. Aber die Soldaten und Polizeitruppen sollen sie wieder einfangen.

Es fehlt nur noch, daß man Bluthunde auf die Eingeborenen dressierte! —

Polizeilicher Uebergriff.

In Jena wurde vor einigen Tagen der Redakteur des „Jenaeer Volksblattes“ auf offener Straße von einem Polizisten angehalten, weil er ein Exemplar einer kürzlich in Sachsen-Weimar beschlagnahmten, gegen die weimariische Reichsjustiz gerichteten Broschüre offen in der Hand trug. Obwohl der Redakteur seinen Namen nannte, wurde er von dem Schutzmann genötigt, mit ihm den Gang zur Polizeiwache anzutreten. Als dort anwesende Schutzeleute die Angaben des Arrestanten bestätigten, konnte er gehen. Auf seine Frage, weshalb er denn eigentlich fiktirt worden sei, erwiderte der dienstfertige Beamte in nichts weniger als freundlichem Tone: „Weshalb — das ist meine Sache!“

Darauf legte der Redakteur Beschwerde beim Polizeichef ein und erhielt folgende Antwort:

Nach § 27 des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 trifft die Beschlagnahme von Druckschriften die Exemplare nur da, wo sie sich zum Zwecke der Verbreitung befinden. Die bereits in den Besitz von Privatpersonen zum Zwecke eigenen Gebrauchs übergegangenene Exemplare einer Druckchrift sind daher von der Beschlagnahme ausgenommen. Es war somit ein Mißgriff des Schutzmannes Lamprecht, als er Sie im Besitze der beschlagnahmten Druckchrift „Blatt II der Reichsjustiz“ sah, Sie anhielt und obendrein fiktirt. Wir bedauern Ihnen wegen der Ihnen zuteil gewordenen rechtswidrigen Behandlung unser Bedauern aus und bemerken, daß wir den Schutzmann Lamprecht scharf zurechtgewiesen haben. Wir würden ihn noch strenger bestrafen, wenn wir nicht berücksichtigen müßten, daß er erst ganz kurze Zeit Schutzmann ist, und daß es ihm deshalb noch an Erfahrung mangelt.“

Die sofortige Zurechtweisung des überdienstfertigen Polizisten ist anzuerkennen. Im Kulturstaat Preußen hätte man sich damit sicherlich nicht beil. —

Ein Sozialistentöter.

Die Strafkammer II des Landgerichts I hatte sich in ihrer gestrigen Sitzung mit einer Anklage gegen den Korbmacher Ernst Fischer zu beschäftigen. Der Angeklagte war wegen Erpressung angeklagt und wurde aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Die Anklage legt dem Fischer zur Last, gegen den durch Selbstmord aus dem Leben geschiedenen Rechtsanwalt Franc im Jahre 1904 und 1905 fortgesetzt Erpressungen verübt zu haben. Diese Erpressungsversuche sollen ihre Ursachen in Verfehlungen fiktlicher Art haben, die Franc gegen den Sohn des Fischer begangen haben soll. Der junge Fischer war im Bureau des Rechtsanwalts Franc angestellt und es soll dort zu Vorgängen gekommen sein, die das Gesetz unter Strafe stellt. Der Angeklagte Korbmacher Fischer bestreitet, sich schuldig gemacht zu haben. Während der Dauer der Verhandlung war die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

In diesem Sommer starb ganz plötzlich der sehr beliebte und angesehene Rechtsanwalt Franc, dem niemand homosexuelle Neigungen zugetraut hätte. Ob durch Selbstmord, ist auch nach der heutigen Verhandlung unauflärlt. Ebenso scheint nicht festzustellen, ob er mit dem jungen Fischer wirklich strafbare Handlungen vorgenommen hat. Fest steht dagegen, daß der Vater des jungen Fischer, der Angeklagte Korbmacher Ernst Fischer, Franc strafbarer Handlungen beschuldigte und daß Franc im Laufe der Zeit an Fischer erhebliche Beträge gezahlt hat. Fischer behauptet, Franc hätte ihm das Geld angeboten und ihn schenktlich gebeten, von einer Anzeige Abstand zu nehmen. Fischer hat mehrfach um Geld geschrieben, die Briefe gingen jedoch an einen Freund von Franc, der die Vermittlung in dieser leidigen Sache übernommen hatte. Da nun in den Briefen ausdrückliche Drohungen nicht enthalten waren und der Hauptzeuge Franc tot war, wurde Ernst Fischer freigesprochen.

An dem moralischen Urteil über den Fall kann das nichts ändern. In den meisten so gelagerten Fällen kann keine Bestrafung eintreten, weil schriftliche Drohungen vermieden werden und die Opfer, solange sie leben, zu schweigen genötigt sind. Der gestern freigesprochene Korbmacher Ernst Fischer ist weiten Kreisen als Verfasser der Schmutzbroschüre „Der Wert

Der Sozialdemokratie für die Arbeiterschaft von Korbmacher Ernst Fischer" bekannt. Dies Nachwort entstand unter Beihilfe des ehemaligen Redakteurs der „Post“ und Sekretärs der freikonserватiven Partei, Fink, Ende 1897. Fink, der die Broschüre druckfertig stellte, hat, wie im Reichstage erklärt wurde, in Amerika Schicksal und Wechsel gefälligst, ist aus dem Chicagoer Presseklub ausgestoßen und schließlich nach Ostasien verbannt, als im Jahre 1897 im Reichstage festgestellt wurde, wer dieser Mann sei. Der gestern freigesprochene Korbmacher Ernst Fischer, geb. am 2. August 1865 zu Ebersdorf bei Sonnefeld, wurde am 30. Dezember 1885 wegen Körperverletzung und Angriffs auf einen Beamten in Ausübung seines Amtes mit zwei Monaten, im Jahre 1890 wegen Respektverletzung zu einem Jahr Gefängnis, später wegen Betrugs bestraft. Erinnerung ist noch der Brief an seinen Schwager, der an die heute verhandelte Expressionsanfrage etwas erinnert. Der Schwager hatte ihm Geld beborgt, als er die Rückzahlung verlangte, erhielt er als Antwort einen Brief, in dem es lautete: „Weißt Du Lump noch, daß Du mit armen Menschen vor dem Palais des Kaisers senden wolltest, um dort eine Dynamitbombe zu werfen, mit armen Menschen wolltest Du zum Werkzeug Deiner anarchistischen Pläne benutzen. In Brandenburg a. d. H. hast Du Lump Deine Wohnung zu geheimen sozialdemokratischen Versammlungen hergegeben, Dich Lump bringe ich auf das Zuchthaus.“ Späterhin schickte der Korbmacher Ernst Fischer seinem Schwager einen Brief, der Uebergebung von Geld unter Drohung mit einer Betrugsanzeige verlangte und dem eine nicht echte Fiktionsurkunde beilag. All das ist in den Reichstagsverhandlungen vom 13., 15. und 16. Dezember 1897 öffentlich festgestellt, trotzdem ist auch bei der letzten Wahl vom Reichstagsverband und den ihm Nahestehenden das Rügengemisch verbreitet, dessen Inhalt von Leuten hergesteuert ist, deren Charakter wir bei dieser Gelegenheit wieder in Erinnerung rufen wollen. Erwähnenswert ist, daß der Korbmacher Fischer während der Verbüßung seiner Strafen eine Reihe von Vergünstigungen erhielt, die selbst wegen politischen Vergehens Verurteilten nicht zuteil zu werden pflegt, und daß der Arm der preussischen Gerechtigkeit bislang den nach Ostasien verbannten ehemaligen Sekretär der freikonserватiven Partei und Redakteur der „Post“ noch nicht hat erreichen können. —

Antisemitischer „Sachverstand“.

Die ehrenwerte „Staatsbürger-Zeitung“ erbot sich schredlich über unseren Artikel zum Jubiläum des jüdischen Arbeiterbundes. Außer anderem Unfug schreibt sie dazu:

„Wenn das deutsche Volk einen patriotischen Festtag feiert, so pflegt der „Vorwärts“ seine Feder nicht in die Tinte, sondern in Schmutz zu tauchen, um alle die zu bespöden, die an solcher Feier teilnehmen. Wenn aber die nichtswürdige jüdische Aufwärtshand in Russland einen Gedenktag ihrer Untaten feiert, so legt das Organ der deutschen Arbeiterpartei seine „schönsten Glückwünsche“ vor den Füßen dieser eblen „Genossen“ nieder! — Alles natürlich im Interesse der an der Börse spekulierenden „Proletarier“!“

Wenn das „Tageblatt für nationale Politik“ sich einmal über das Verhältnis der jüdischen Bourgeoisie (der „an der Börse spekulierenden Proletarier“) zum „Vund“ unterrichten wollte, so würde es erfahren, daß der „Vund“ keine erbitterten Feinde hat, als besagte jüdische Bourgeoisie („an der Börse spekulierende Proletarier“). Aber wozu sich mit unnützem Wissen begeben, das könnte das Schimpfen und Besudeln ersparen.

Frankreich.

Nächterverblendung.

Paris, 9. Oktober. Der russische Anarchist Jakob Lato, welcher am 1. Mai auf die Soldaten auf der Place de la République geschossen hatte, ist zu 15 Jahren Zwangsarbeit und anschließender Ausweisung aus Frankreich auf 20 Jahre verurteilt worden.

Dies Urteil ist ein Massenurteil, wie's im Wuche steht. Die Lat Lato am 1. Mai war ganz offenbar die Tat eines Dalls- oder Ganzwahnstimmigen. Der arme Teufel hatte nur das Unglück, gerade in diesen Tagen der Sozialistenhag in Frankreich prozessiert zu werden — und er verfallt barbarischer Strafe: ein Opfer bürgerlicher Rachejustiz. —

Dänemark.

Ueberschüsse im Staatshaushalt.

Der den Abgeordneten bei Eröffnung des Reichstages vorgelegte Rechnungsausschnitt über das Budgetjahr 1906—1907 schließt mit einem Ueberschuß der Staatseinnahmen über die Ausgaben von rund 13 Millionen Kronen. Vorausberechnet hatte man ein Defizit von 5 Millionen. — Die gesamten Staatseinnahmen waren auf 115 275 432 Kronen berechnet, ergaben jedoch 127 018 791 Kronen. Die gesamten Staatsausgaben, berechnet auf 120 061 515 Kronen, erreichten nur die Summe von 113 833 492 Kronen. Die Steigerung der Einnahmen ist zu einem guten Teil aus den indirekten Steuern erzielt, die statt 60 1/2 Millionen 63 1/2 Millionen ergaben! Dazu kommen die Ueberschüsse der Staatsbahnen, die auf 1/2 Millionen berechnet waren, aber fast 7 Millionen ausmachten; dann die Ueberschüsse des Postwesens, die sich statt auf 840 000 auf 1 715 000 Kronen belaufen, und die des Telegraphenwesens, die, auf nur 51 000 Kronen berechnet, 198 000 Kronen betragen. Die Steigerung der Einnahmen und die über Erwarten großen Ueberschüsse sind hauptsächlich der guten Geschäftslage im verfloffenen Geschäftsjahre zu verdanken.

Werkwürdig ist es, daß der Verkehrsminister trotz der sieben Millionen, die die Staatsbahnen eingebracht haben, dem Reichstag Vor schläge zur Erhöhung der Eisenbahnfahrpreise wie der Güterfrachten vorlegt! Von anderen Gesetzesvorlagen der Regierung sind besonders zu erwähnen die bislang vom Landtage verschleppten und verpuschten Entwürfe über die kommunale Wahlrechtsreform, die Reform des Gerichtswesens, die Polizeireform und das Ministerverantwortlichkeitsgesetz. Ferner sind in Aussicht gestellt ein Entwurf über Unfallversicherung für Landarbeiter und eine Reform der Verwaltung Grönlands. Einen Vorschlag zur Neuerteilung der Folkethingswahlkreise „hofft man“, wie das Organ des Justizministers „Danerog“ schreibt, späterhin vorlegen zu können. —

Amerika.

Der Ankläger im Prozeß zu Idaho, der Senator Borah, ist bekanntlich selbst unter Anklage gestellt worden, weil er sich im Wunde mit anderen Kapitalisten verschworen hatte, den Staat um wertvolle Ländereien zu betrogen. Jetzt soll — auf Wunsch des Präsidenten Roosevelt, wie es heißt — die ganze Anklage in einer möglichst milden Form erhoben werden, so daß die Uebeltäter nur noch „grober Ungehörigkeiten“ beschuldigt werden. — Es ist übrigens bekannt geworden und auch von amtlicher Seite zugestanden, daß der ehemalige Gouverneur Steunenberg von Idaho ein Verhändler von Borah bei den Landdiebstählen war! Es ist das derselbe Steunenberg, den zu rächen der Prozeß gegen Haywood, Hozer und Pettibone eingeleitet wurde. —

Aus der Partei.

Die badische Parteipresse zur Demonstration der Genossen Kolb und Frank.

Die Mannheimer „Volkstimme“ schreibt: „Die Teilnahme zweier sozialdemokratischer Abgeordneter an der Teuerfeier war von diesen ohne Zweifel ausgeht als die Erfüllung einer Pflicht allgemein mensch-

lichen Takt und Anstandes, der wir, unbeschadet der Schärfe des politischen und sozialen Gegenstandes, den Repräsentanten einer von uns bekämpften Staatseinrichtung gegenüber ebenso gut nachkommen könnten, wie Vertreter bürgerlicher Parteien unseren Toten am Grabe die ihnen gebührende Achtung und Ehrung zu bezeugen pflegen. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat, so viel uns bekannt, zur Frage der Beteiligung an der Beisetzungsfeier in Karlsruhe keine Stellung genommen. Ohne Zweifel werden sich — ähnlich wie bei der von unseren Abgeordneten unterschriebenen Glückwunschadresse der heftigen Zweiten Kammer an den Großherzog Ernst Ludwig anlässlich der Geburt eines Thronfolgers — innerhalb unserer Partei Stimmen erheben, die in der Teilnahme eines Sozialdemokraten an Feierlichkeiten zu Ehren eines Monarchen einen Verstoß gegen die prinzipiellen Anschauungen unserer Partei und eine moralische Konzession an den monarchischen Gedanken erblicken. Daß die beiden in Frage stehenden sozialistischen Abgeordneten über den Verdacht einer derartigen Handlungsweise erhaben sind, braucht wohl nicht erst besonders betont zu werden. Die Motive, die sie geleitet haben, sind oben wohl zureichend dargelegt.“

Die Verteidigung ist sehr schwach. Die Gleichsetzung der Handlung der beiden Genossen mit der Beteiligung bürgerlicher Parlamentarier an der Verübung sozialdemokratischer Abgeordneter ist durchaus ungerechtfertigt. Jene bürgerlichen Parlamentarier erweitern einem Parlamentskollegen die letzte Ehre, zu dem sie gewisse kollegiale oder sonstige nähere menschliche Beziehungen hatten. Ihre Ehrung gilt dem Menschen oder doch dem Kollegen. Es wird deshalb auch wohl schwerlich jemand in der Partei etwas dagegen einzuwenden haben, wenn sozialdemokratische Abgeordnete einem verstorbenen bürgerlichen Parlamentarier, zu dem sie nähere persönliche Beziehungen unterhalten haben — woraus sich ergibt, daß er ein anständiger Gegner unserer Partei gewesen sein muß — die letzte Ehre erweisen. Welche persönliche Beziehungen aber verknüpfen die Genossen Kolb und Frank mit dem verstorbenen Großherzog von Baden? Sicherlich keine! Sie haben keine anderen Beziehungen zu ihm gehabt, als die des badischen Staatsbürgers zum Oberhaupt des badischen Staates sind. Ihre Ehrung kann also nicht als dem Menschen geltend, sondern muß als dem verstorbenen Staatsoberhaupt, dem Repräsentanten des monarchischen Systems geltend angesehen werden. Und deshalb hat die Sozialdemokratie allen Anlaß, gegen die Beteiligung der beiden Genossen zu protestieren.

Der Karlsruher „Volkfreund“, der über die Beteiligung des Großherzogs breit berichtet, registriert die Beteiligung der beiden Genossen, hat aber nichts dazu zu bemerken.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Vom preussischen Versammlungs-„Recht“.

Leipzig, 8. Oktober.

Wegen Aufforderung zum Ungehörig am 27. April vom Landgericht I in Berlin der verantwortliche Redakteur des „Vorwärts“, Genosse Hans Weber, zu einer Geldstrafe von 20 M. verurteilt worden.

Es handelt sich um die bekannte Kritik jenes Kammergerichts-urteils, das den Richter Thiel mit 15 M. Geldstrafe belegte, weil er sich geweigert hatte, die polizeiliche Schließung einer von ihm geleiteten Versammlung in einem von ihm gemieteten Saale anzuerkennen, die wegen Eintritts der Polizei in den Saal erfolgte. In dem Urteil des „Vorwärts“ war aufgeführt, in ähnlichen Fällen, wo die Auflösung aus einem im Besitze nicht vorgesehenen oder direkt ungesetzlichem Grunde erfolgt, den Beschlüssen des überwachenden Beamten nicht Folge zu leisten, damit auf dem Wege weiterer Strafprozesse verurteilt werde, das Kammergericht von seiner Rechtsprechung abzubringen. — In der Revision des Angeklagten Weber, die den 2. Strafsenat des Reichsgerichts beschäftigte, wurde ausgeführt, es könne nicht die Absicht des Gesetzgebers gewesen sein, zu verlangen, daß selbst die gegen das Gesetz verstößende Auflösungsandrohung befolgt werden müsse, denn sonst wäre ja die Auflösung einer jeden Versammlung in das Belieben der Polizei gestellt.

Der 2. Strafsenat des Reichsgerichts verwarf die Revision des Angeklagten Weber und erkannte damit an, daß es in Preußen einem Beamten auch dann erlaubt ist, eine Versammlung zu schließen, wenn er keinen gesetzlichen Grund dazu angeben kann.

Ein „gewohnheitsmäßiger Ehrabschneider“.

Torgau, 8. Oktober. (Fig. Ver.) Aus Anlaß der Reichstagswahlbewegung hatte in einer freiwilligen Versammlung in Hohentehausen bei Eßterwerda der Genosse Arno Reichard aus Dölitz das Verhalten des überwachenden Gendarmen kritisiert und ihm Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen vorgehalten. Dafür wurde Reichard vom Schöffengericht Niedermersdorf zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Das Landgericht verwarf die Berufung Reichards, nachdem ihn in seinem Plaidoyer der sehr jugendliche Staatsanwaltsvertreter einen gewohnheitsmäßigen Ehrabschneider und den als Entlastungszeugen eidlich benannten Bodwiger Vertrauensmann, Genossen Starke, einen gänzlich ungläubwürdigen Menschen genannt hatte. Die Angriffe auf die Ehre des schuldlosen Angeklagten rechtfertigte der Anklagevertreter damit, daß Reichard wegen Verleumdung durch die Presse erheblich vorbestraft sei. Diese Vorstrafen liegen über 10 Jahre zurück. Seitdem ist Reichard nicht wieder wegen Verleumdung bestraft worden. Jetzt sind allerdings einige neue Verfahren gegen ihn im Gange, die auf die Verletzung in der seit zwei Jahren im Wodwiz-Rauchhammerischen Industriegebiet sehr hochgehenden Bewegung zurückzuführen sind, die von Gruben- und Verleumdungen in Verbindung mit der Polizei mit allen Nachtmitteln vergeblich niederzuhalten versucht wird.

Strafkonto der Presse. In einem Monat Gefängnis verurteilte die Strafkammer in Duisburg den Genossen Stephan Heise, Redakteur der Niederrheinischen Arbeiter-Zeitung, weil er in einer Zeitungsnote einen Polizeibeamten beleidigt, d. h. diesen der Vestchlichkeit geziehen hatte. Wie sich in der Verhandlung herausstellte, hatte ein Mitangeklagter Wäcker Hagerkamp den fraglichen Vorfall, um den es sich in der Zeitungsnote handelte, in öffentlicher Wirtschaft wider besseres Wissen entstellte wiedergegeben! Der Staatsanwalt hatte für diese verurteilenswerte Handlung nur 100 M. Geldstrafe beantragt, dagegen wollte er den Genossen Heise, den man über den wahren Sachverhalt getäuscht hatte, mit drei Monaten Gefängnis (!) bestrafen lassen. Das Gericht verurteilte jeden der beiden Angeklagten zu einem Monat Gefängnis und zwar den Mitangeklagten Hagerkamp wegen verübmderlicher Verleumdung und den Genossen Heise aus § 186 des Str.-G.-B.

Soziales.

Wer ist Betriebsunternehmer eines Anschlußgleises?

Das Reichsgericht hat wiederholt zum Begriff des Eisenbahnbetriebes ausgesprochen, daß derjenige als Betriebsunternehmer zu betrachten ist, für dessen Rechnung der Betrieb stattfindet, so daß ihm das ökonomische Ergebnis des Betriebes zum Vorteil oder Nachteil gereicht. Diese Bestimmung ist in einer jüngst getroffenen Entscheidung des Oberlandesgerichts Bamberg irrtümlich dahin ausgelegt, daß bei einem Anschlußgleise einer Mälzerei die Mälzerei Betriebsunternehmerin sei und nicht der Eisenbahnbetrieb. Der VI. Zivilsenat des Reichsgerichts hob dieses Urteil

wieder auf und gibt dazu die unten mitgeteilten bedeutungsvollen Entscheidungsgründe.

Zur besseren Verständlichkeit der Sache selbst sei mitgeteilt, daß es sich um Schadenersatzansprüche eines Bierführers h. handelt, der am 14. November 1904 mit seinem Fuhrwerk zur Mälzfabrik der Bamberger Mälzerei fuhr, und zwar neben dem Anschlußgleis der genannten Mälzerei. Währenddessen brach ein hinter ihm herfahrender Eisenbahnzug des jetzt beklagten bayrischen Eisenbahnbetriebs einen Güterwagen zur Mälzerei und stieß an das Fuhrwerk des Bierführers, wodurch letzterer vom Wagen geschleudert und verletzt wurde. Gegen den Eisenbahnbetrieb erhob der Verletzte dann Klage auf Rentenzahlung, wurde aber mit seinen Ansprüchen vom Landgericht und Oberlandesgericht Bamberg, wie schon erwähnt, deshalb abgewiesen, weil die Bamberger Mälzerei Betriebsunternehmerin des Anschlußgleises gewesen sei. Dagegen widerspricht das Reichsgericht, indem es unter anderem ausführt: „Das Berufungsgericht meint, das ökonomische Ergebnis des Betriebes auf dem Anschlußgleis komme nur dieser (der Mälzerei) zugute, nur sie, nicht der Verletzte habe ein wirtschaftliches Interesse an dem Betriebe. Denn alle Frachtgüter, die von der Mälzerei auf dem Bahnwege bezogen oder versendet würden, bedürften der Beförderung durch die Staatsbahn, der es daher gleichgültig sein könnte, ob die Güter auf dem Anschlußgleis unmittelbar oder auf der Waise zu und von der Mälzerei verkehren könnten. Das Berufungsgericht übersteht dabei vollständig, daß ohne die Ersparnis an Fracht und Umladefosten durch ein Anschlußgleis viele gewerbliche Unternehmungen nicht errichtet würden, andere den Wettbewerb nicht bestehen oder sich nicht erweitern könnten, daß mithin durch die Anschlußgleise der Hauptbahn allerdings beträchtliche Beförderungsgelöhne anfallen, die ihr ohne solche Verbindungen vielleicht nicht zufließen würden. Der Unternehmer hat dann für seine Rechnung den Betrieb ausgeführt, wenn ihm die Betriebsentnahmen und die Betriebsausgaben zugefallen sind. Bei einem Anschlußgleis, wo die Frage ausreift, ob der Betrieb nicht bloß eine Dienstleistung für die angeschlossene Fabrik darstellt, wird noch zu prüfen sein, ob ihm die selbständige Verfügung über den Betrieb zusteht.“

Nach den Feststellungen des Berufungsgerichts kann nun kein Zweifel sein, daß der Verletzte der Betriebsunternehmer auf dem Teile des Anschlußgleises war, wo der Unfall sich zugetragen hat. Der Verletzte hat mit seinen Betriebsmitteln den Betrieb bis zum Fabrikgebäude, wo nach dem Verträge mit der Mälzerei die anfallenden Waren abzuliefern, die leeren oder abgehenden Wagen abzuliefern waren, technisch ausgeführt. Er hat die Betriebsentnahmen in Gestalt der Zustreisgebühren bezogen und die sachlichen und persönlichen Ausgaben für den Betrieb getragen. Ganz verfehlt ist, wie keiner weiteren Ausführung bedarf, die Ansicht des Berufungsgerichts, daß die Mälzerei mittels der Einrichtung der Zustreisgebühren die Kosten des Betriebes bestritten habe. Sodann hat die Verletzte, wie aus jeder Bestimmung des Vertrages mit der Mälzerei erhellt (vgl. insbesondere § 4 und die Allgemeinen Bestimmungen § 7, nach eigenem Ermessen die Bestimmung und die Ausführung des Betriebes angeordnet und die Mälzerei hatte sich seinen Bedingungen und Weisungen zu fügen. Der Betrieb auf dem Anschlußgleis war nicht etwa eine Dienst- und Hilfeleistung des Verletzten für die Mälzerei, daß er die Betriebsmittel zur Verfügung gestellt hätte, sondern ein Teil und Ausfluß des Gesamtbetriebes der Staatsbahn. Das Reichsgericht hat auch in ständiger Rechtsprechung — die von dem Berufungsgericht augenscheinlich mißverstanden worden ist — angenommen, daß auf einem Anschlußgleis bis zu dem Punkte, wohin von der Lokomotive der Hauptbahn die Wagen für das angeschlossene Werk gebracht und wo sie wieder abgeholt werden, die Hauptbahn, jenseits dieses Punktes das Werk Unternehmer des Eisenbahnbetriebes sei, der jeweils von der Hauptbahn oder von dem Werk auf diesen Teilstrecken ausgeführt wurde. (Vgl. Eger, Eisenbahnrechtl. Entsch. III, 78; V, 34; VII, 306; XII, 197; Urteile des erlösenden Senats vom 16. II. 03, Rep. VI 320/02 — das in der „J. B.“ 03, S. 158, ganz vermisslich abgedruckt ist — und vom 18. IV. 07, Rep. VI 316/06.)

Gewerkschaftliches.

Wahlrecht-Silberlinge für Arbeiter-Verrat!

In Dresden feierte der Gewerksverein der Maschinenbauer und Metallarbeiter, der nach eigenem Eingeständnis früher einmal 150 Mitglieder zählte, seitdem aber etwas zurückgegangen ist, dieser Tage mit großem Tamtam sein 25jähriges Bestehen. Zu dieser bei der „Größe“ und „Bedeutung“ des Vereins gewiß welterschütternden Begebenheit hatten sich auch der Herr Kreishauptmann Kumpelt und der Herr Legationsrat v. Kostitz-Ballwitz (der kontervaalide „Rebenregierungs-Redner“) sowie einige Professoren eingeladen. Nicht uninteressant sind die Ausführungen, die der Kreishauptmann bei dieser Gelegenheit machte. Er führte unter anderem aus, Deutschland habe mehr als jeder andere Staat in sozialpolitischer Hinsicht getan. Die Fürsorge für die deutsche Arbeiterschaft müsse aber „noch mehr“ ausgestaltet werden. Nachdem er darauf hingewiesen, daß ein Vertreter der Hirsch-Dunderschen in der Reichsauskunftsstelle sitze (die nebenbei in Dresden gegründet worden ist als eine „Konkurrenz“-Institution gegenüber dem vom Gewerkschaftskartell vor einigen Jahren gegründeten Arbeitersekretariat der freien Gewerkschaften), kam er auf das Landtagswahlrecht zu sprechen. Er führte aus: „Die sächsische Staatsregierung habe Proportionalwahlen für den Landtag geplant, die es den Gewerksvereinen ermöglichen sollen, ihre Vertreter auch in den Landtag zu schicken.“

Das ist ja sehr nett: Also aus dem Grunde, um den Hirschen eine Vertretung im Landtag zu „sichern“, ist das Proportionalwahlrecht in dieser Form im Hohenthauschen Wahlrechtsentwurf vorgesehen! Das sieht der sächsische Regierung mal wieder so recht ähnlich: die paar Hirsche und anderen Arbeiter, die man als Renommierarbeiter gegen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften braucht, werden gehäffelt und hofiert; die moderne Arbeiterbewegung, die die Hunderttausende von Arbeitern hinter sich hat, wird brüskiert und schikaniert. Das nennt man dann sächsische Staatskunst!

Uebrigens würden sich die gesamten Arbeiter wohl die Hosen loden können: Ein Mandat würden sie, wenn das Hohenthausche Produkt Gesetz werden sollte, schwerlich bekommen, dazu haben sie denn doch zu wenig Boden in Sachsen gefunden.

Berlin und Umgegend.

Der Streik bei H. Jandorf u. Co.

Am Dienstagabend veranstaltete der Transportarbeiter-Verband im großen Saale der Neuen Vikarharmonie eine öffentliche Hausdienerversammlung, die sehr gut besucht war. Es galt, den nicht unmittelbar an der Bewegung beteiligten Berufsgenossen die Ursachen und den Verlauf des Kampfes mit der Firma Jandorf zu schildern. Wappler, der Vorsitzende des Vereins Berliner Hausdiener, unterzog sich dieser Aufgabe unter lebhaftem Beifall der Zuhörer. — In der Diskussion wurde u. a. mitgeteilt, daß ein

Vertrag mit der anfänglichen Bestimmung über die Konventionals-
strafe von 101 M. auch den Hausdienern des Warenhauses von
Mag. Mannheim, Frankfurterstraße, welches seit kurzem zur
Firma S. T. e. gehört, vorgelegt und auch von allen unterschrieben
ist. Nur der Vertrauensmann des Betriebes verteilte die Unter-
schrift. Er wurde deshalb entlassen, und mit ihm ging
noch ein jugendlicher Arbeiter hinaus. — Die Versammlung
nahm eine Resolution an, welche besagt: Die Versammelten
nehmen mit Entrüstung Kenntnis von dem Vorgehen der Firmen
W. Jandorf u. Co. und Kaufhaus des Westens gegen die Haus-
diener usw. Die Versammelten bekunden ihre volle Solidarität mit
den Ausgesperrten und denen, die aus Solidarität mit denselben in
den Streik getreten sind. Die Versammelten erwarten, daß die
Direktion des Transportarbeiterverbandes alles tun wird, um
den kämpfenden Kollegen zum Siege zu verhelfen, daß sie ins-
besondere dafür sorgen wird, daß nicht Arbeiter aus anderen Be-
rufen den kämpfenden in den Rücken fallen. Die Versammelten
sind überzeugt, daß die Arbeiterchaft Berlins, sobald der Ruf an
sie ergeht, den Ausgesperrten und Streikenden in geeigneter Weise
ihre moralische Unterstützung zuteil werden läßt.

Die Steinhauer nahmen in einer Versammlung am Dienstag-
abend den Bericht ihrer Lohnkommission entgegen. Der Bericht-
erstatte Schenke kam direkt aus der Sitzung der Schlichtungs-
kommission und erklärte, daß nach langen Verhandlungen ein vorläufiges
Uebereinkommen dahin erzielt worden sei, daß die Preise,
wie bisher als die besten galten, in dem Tarif als Minimal-
sätze aufgestellt werden sollten. In Anbetracht der allgemeinen
Lerungsverhältnisse waren die Vertreter der Arbeitnehmer mit diesem Zu-
geständnis aber noch nicht zufrieden. Die Vertreter der Arbeitgeber
werden nun die Angelegenheit in einer Versammlung des
Unternehmerverbandes noch einmal zur Erörterung stellen.
Diese Versammlung soll am 17. Oktober stattfinden, und
am 10. Oktober könnten die Arbeitnehmer ihren Beschluß
fassen. Knoll vom Zentralverband nahm dazu das Wort
und trat dafür ein, daß die Arbeiter bis zum 17. Oktober im Ge-
werbe den Frieden halten und den Gang der Verhandlungen
in Ruhe abwarten. — Die Versammlung war damit einverstanden.
In die Lohnkommission wurden noch drei Mann gewählt, so daß sie
jetzt aus sechs Mitgliedern besteht. Diese Kommission erhielt noch
den Auftrag, denjenigen Firmen, die nicht dem Unternehmer-
verbande angehören, den Lohnsatz vorzulegen und um eine
Stellungnahme dazu bis zum 16. Oktober zu ersuchen; es handelt
sich um etwa 15 solcher Firmen. Schenke las mehrere Schreiben
von Unternehmern vor, die sich bereit erklärten, den Lohnsatz der
Arbeiter anzuerkennen. Knoll trat dann noch für die Anerkennung
des paritätischen Arbeitsnachweises ein und fand auch die Zu-
stimmung der Versammlung, als er erklärte, daß der paritätische
Arbeitsnachweis als zum neuen Tarife gehörig betrachtet werden
sollte.

Achtung, Fensterputzer! Zu der gestrigen Warnung unter dieser
Spitzmarke schreibt uns Herr Paul Goebel, der Filialleiter der
Firma Paul Juhl, Ede Wad- und Wuttmanstraße, folgendes:
Richtig ist allerdings, daß von einem alten Kunden, der
bei mir Zigaren kauft, Leute für Hamburg als Fensterputzer engagiert
worden sind.

An dieser Angelegenheit bin ich resp. die Firma Juhl gänzlich
unbeteiligt und werden auch fernerhin Fensterputzer für Hamburg
mit meinem Wissen in der Filiale Wadstraße, Ede Wuttmanstraße
nicht angenommen, resp. werde ich auf keinen Fall dulden, daß
derartige Geschäfte in meiner Filiale abgeschlossen werden.

Achtung, Feisurgehäßen!
Die organisierten Kollegen werden darauf aufmerksam gemacht,
daß sie sich streng nach den Beschlüssen halten müssen, die zwischen
der Organisation und den Arbeitgebern vereinbart worden sind. Dazu
gehört unter anderem, daß vom 1. Oktober bis 1. April die Arbeits-
zeit um 1/8 Uhr beginnt statt wie im Sommer um 7 Uhr. Diese
keine Vergünstigung den Kollegen zu gewähren muß den Arbeit-
gebern sehr schwer fallen. Denn dieselben haben in letzter Zeit zu
diesem Punkte besonders Stellung genommen und Beschluß darüber
gefaßt, den Gehältern die 1/8stündige Verkürzung der Arbeitszeit zu
verweigern. Darum Kollegen, setzt Euer Bureau davon in Kenntnis,
damit diese Unannehmlichkeiten von da aus geregelt werden. Achtet
ferner auf die Kontrollkarte, da dieselbe nur gültig, wenn die laufende
Woche gestempelt ist und die Namensunterschrift Baumgart trägt.
Die Forderungen durchbrochen haben die Arbeitgeber Hannig,
Berlebergstr. 39, und Greye, Anglerstr. 1.

Verband deutscher Barbiers, Friseur- und Perückenmachergehilfen
Berlin.
Bureau: Dirschstr. 46. Der Vorstand. J. A.: Baumgart.

Deutsches Reich.

Achtung, Gasarbeiter!

In den Gasfabriken der Imperial-Continental-Gas-Affoziation
in Mailand, Genua, San Pier d'arend in Italien streiken die Gas-
arbeiter.

Die Imperial-Continental-Gas-Affoziation versucht nun aus
ihren Betrieben in Deutschland Streikbrecher für Italien zu fördern.
Es geschieht dieses dadurch, daß man den Leuten weiß macht, es handle
sich in diesem Falle nur um das Anfeuern neuer Retorten; in Wirk-
lichkeit sollen diese Arbeiter aber Streikarbeit verrichten. Bereits am
Montag hat man 20 Mann aus zwei Fabriken der Berliner Filiale
der Gesellschaft unter diesen Verlodungen nach Italien gebracht. Es
ist nun zu erwarten, daß man unter ähnlichen Vorwänden noch
mehr Arbeitswillige für die dortigen Betriebe zu gewinnen sucht.
Auf diese Weise sollen die um ihr Recht kämpfenden italienischen
Arbeitsbrecher niedergedrungen werden. Das darf dem Unter-
nehmer nicht gelingen. Aufgabe jedes ehrlich denkenden Ar-
beiters muß es sein, in dieser Sache nach allen Seiten hin auf-
klärend zu wirken und Arbeitswillige von Italien fernzuhalten, da-
mit die Maßnahmen der Gesellschaft zuhause nicht scheitern.
Lasse sich also kein deutscher Arbeiter ver-
leiten, den in Italien kämpfenden Brüdern in
den Rücken zu fallen.

Der Vorstand des Verbandes der Gemeinde- und
Staatsarbeiter Deutschlands.

Der Bergarbeiterstreik in der Niederlausitz.

Senftenberg, 9. Oktober. (Fig. Ber.)

Bekanntlich hatten die Streikenden Anfang dieses Monats aufs
neue in einer Eingabe an Herrn Bergmeister Richter-Kottbus
Verhandlungen angeboten. Die Antwort lautet:

Kottbus, den 5. Oktober 1907.

Wie ich Ihnen bereits in meinem Schreiben vom 20. v. M.
mitteilte, hat der Verband der Niederlausitzer Kohlenwerke es ab-
gelehnt, mit der Lohnkommission zu verhandeln, sich aber
gleichzeitig gern zu Unterhandlungen bereit
erklärt, falls solche von den gesetzlich bestellten Arbeiter-
ausschüssen angestrebt werden. Ich bin deshalb zurzeit nicht in
der Lage, Einigungsverhandlungen zwischen den Ausständigen und
den Werksleitungen anzubahnen, da die Streikenden, wie Sie mir
mitteilten, nur zu Verhandlungen zwischen ihrer Lohnkommission
und den Werksleitungen geneigt sind.

Richter.

Die Ausständigen werden erst in den nächsten Versammlungen
Stellung zu dem Angebot nehmen. Allein 40 Mäunungs-
klagen finden am nächsten Freitag ihre gerichtliche Erledigung.
Es handelt sich dabei um Werkswohnungen einer einzigen Gesell-
schaft, der Niederlausitzer Kohlenwerke.

Das Amt einer Knappschafferskassenkasse befindet sich in
Lauchhammer. Für das dortige Werk existiert eine solche Kasse,
deren Amt: Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inzeratenteil veranlagt: Th. Hode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsanstalt

dessen Rentant — oder gar Vorsigeder? — ein — Polizei-
sergeant ist. Der Herr springt mit den Kassenmitgliedern so
un, wie er es aus seiner Rekrutenzeit gewöhnt ist. Selbstverständlich
hat er jetzt sein möglichstes, um die Schächten seiner Klasse der Ge-
sellschaft wieder zuzutreiben. Zu diesem Zwecke haben ausständige
Kassenmitglieder folgendes Schreiben erhalten:

Vorladung.

Sie werden hierdurch auf Montag, den 7. Oktober, vormittags
9 Uhr, zur V e r n e h m u n g im Knappschaffersbureau vorgeladen.
Diese Vorladung ist zum Termin mitzubringen.
Lauchhammer, den 4. Oktober 1907.

Der Knappschaffersverein zu Lauchhammer.
Vasmann.

Einen derartigen Ton und eine solche Handlungsweise darf
man sich allerdings nur Vergarbeitern gegenüber erlauben. Das
beweist, wie notwendig eine Reform des gesamten Knappschaffers-
wesens ist.

Ausland.

Die englischen Streiks und Aussperrungen im Jahre 1906.

London, 8. Oktober. (Fig. Ber.)

Der Bericht über Streiks, Aussperrungen und Schiedsgerichte im
Jahre 1906 wurde dieses Tage veröffentlicht. Im Vergleich mit den
Jahren 1903 bis 1905 zeigte das Berichtsjahr eine größere Zahl
von gewerblichen Konflikten und beteiligten Personen. Folgende
Tabelle gibt für die letzten fünf Jahre die Zahl der Konflikte, die
in jedem dieser Jahre begannen, die Zahl der Arbeiter, die von
den Konflikten betroffen wurden und die Gesamtdauer der Konflikte:

Jahr	Zahl der Konflikte	Zahl der betroffenen Arbeiter	Dauer der Konflikte in Arbeits- tagen
1902	442	116 824	139 843
1903	357	93 515	23 396
1904	355	56 390	30 828
1905	358	67 653	25 850
1906	486	167 872	59 901

Die größte Zahl der betroffenen Arbeiter lieferte die Bergbau-
industrie; im Jahre 1906 war auch die Zahl der betroffenen Textil-
arbeiter, Mechaniker und Schiffsbauer, erheblich. Eine bedeutende
Zahl der durch Konflikte verlorenen Arbeitstage kam in den letzten
Jahren auf die Konfektionsindustrie in Ost-London. Die weitaus
größte Zahl der Konflikte wurde durch direkte Unterhandlungen
zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern geregelt. Im Jahre 1906
wurden 70 Proz. der Konflikte auf diese Weise erledigt. Durch Aus-
gleichs- und Schiedsgerichte wurden nur sehr wenige Konflikte ge-
regelt, nämlich: im Jahre 1902: 27; 1903: 29; 1904: 28; 1905:
25; 1906: 46. In Konflikten, die Lohnfragen betrafen, waren im
Berichtsjahre die Unternehmer erfolgreich, denn nur 17 Proz. der
direkt betroffenen Arbeiter setzten ihre Forderungen durch, während
35 Proz. unterlagen und 46 Proz. auf Kompromisse eingingen. In
Fragen der Arbeitszeit kam es zum größten Teile zu Kompromissen.

Der Streik der Gasarbeiter in Italien.

Die Gasproduktion von Mailand, Genua, Alexandria, Modena
und noch einigen lombardischen Städten befindet sich in den Händen
einer englischen Gesellschaft, der „Union des Gas“. Seit Wochen
waren Unterhandlungen in Mailand im Gange, die zwischen der
Direktion und den Arbeitern unter der Leitung des Bürgermeisters
geführt wurden. Die Arbeiter forderten Lohnrückstellungen für alle
Kategorien, namentlich aber für die Hilfsarbeiter. Man verlangte
die Einführung einer Skala, wie sie in Genua bereits eingeführt ist;
danach sollten die Hilfsarbeiter im Laufe von sechs Jahren auf
einen Tagelohn von 3 auf 4 Frank kommen. Die Direktion lehnte
diese Forderungen ab und wollte nur eine Lohnrückstellung von
10 Prozent zubilligen. Das wollte sie aber nur unter der
Bedingung gewähren, daß das eingesezte Schiedsgericht auch
über alle ökonomischen und technischen Fragen, über die
Arbeitsordnung usw. mit entscheiden solle. Die Arbeiter lehnten
dies ab und so kam es zum Streik, der sich über alle Städte, wo
die „Union des Gas“ ihren Sitz hat, erstreckt. Die Mailänder
Direktion hat sich während der Zeit der Unterhandlungen auf das
eifrigste bemüht, Streikbrecher anzuwerben. Hunderte von Bauern
aus der Lombardei kommen jetzt nach Mailand, um die Streikenden
zu ersetzen; mit einem einzigen Eisenbahnzuge kamen allein 475.
Dieselben sind in vollkommener Unkenntnis der Lage der Dinge an-
geworben worden und es gelingt den Streikenden, in diesen Fällen
die Arbeitswilligen zur Rückreise zu bewegen. Neue Vermittelungs-
versuche werden angebahnt.

Die italienischen Genossen ersuchen dringend Zuzug nach dort
fernzuhalten.

Ein Räffel für englische Streikbrecher.

London, 9. Oktober. Der englische Heizerverband tadelte in
einer gestern abgehaltenen Versammlung die Entsendung englischer
Streikbrecher nach Antwerpen und Hamburg gelegentlich der dortigen
Ausstände. Der Verbandsvorsitzende erklärte, er schäme sich, ins
Ausland zu reisen, da dort die englischen Arbeiter als europäische
Chinesen betrachtet würden.
Hoffentlich muß der Räffel.

Aus der Frauenbewegung.

Die sozialdemokratischen Frauen Berlin
hatten am Dienstag in der Kommandantenstr. 72 eine Versammlung,
um den Bericht der Delegierten vom Essener Parteitag entgegen-
zunehmen. Die Genossinnen Bengels, Waader, Reichert
leisteten sich in die Berichterstattung. Sie gaben eine Uebersicht über die
wichtigsten Verhandlungen und Beschlüsse. Genossin Bengels
sprach noch ihre besondere Gemütnung darüber aus, daß
der Antrag angenommen sei, eine größere Agitation für die
Frauenzeitung „Die Gleichheit“ zu entfalten. Die Genossinnen werden
verpflichtet, für das Abonnement der „Gleichheit“ genau so zu wirken
wie für das der Tageszeitungen, und auch der Presse sei die Ver-
pflichtung auferlegt worden, die Frauenbewegung zu fördern. Die
Aufgabe der proletarischen Frauen müsse es nun sein, darauf zu
achten, daß der Beschluß in jeder Beziehung durchgeführt werde.
Bei Erwähnung des „Falles Koste“ beschwert sich Rednerin dar-
über, daß Bebel die Worte der Genossin Jellin, die von
Herzen gekommen seien, damit abgelehnt hätte, daß es
nicht die beste Rede gewesen sei. Es habe ihr auch nicht
gefallen, daß Genosse Bebel gewissermaßen unter dem
Protektorat der „rechten Richtung“ gesprochen habe. Genossin
Waader schilderte, wie auch schon die erste Rednerin, eindringlich
die Verhältnisse in Essen und im ganzen rheinisch-westfälischen
Industriegebiet, um zu zeigen, wie treffend durch sie die Theorie
von den unüberbrückbaren Massenentgegensätzen und vom Massenkampf
illustriert werde. Eingehend beschäftigte sich Rednerin mit dem
Barmhischen Referat über die Alkoholfrage, das nachzulesen, wenn es
im Protokoll gedruckt vorliege, sie aufs wärmste empfahl. — Viel
sehr auf dem Parteitage auch von den Frauen gesprochen worden,
und davon, daß mehr getan werden müsse zur Aufklärung der
Frauen, auch seitens der Genossen. Tatsächlich wäre es ja auch be-
trübend, daß wir unter Berücksichtigung der Zahl der organisierten
Genossinnen erst 5 Proz. organisierter Frauen hätten. Es sei darum
sehr nötig gewesen, den Genossen zu sagen, sie hätten mehr dafür zu
sorgen, daß die weiblichen Angehörigen sich der Bewegung an-
schließen und sich betätigten. Dies und anderes entbinde
natürlich nicht die tätigen Genossinnen von ihrer Pflicht,
selbst sich zu bemühen, die noch fernstehenden Frauen zu
gewinnen. Sie könne übrigens versichern, daß schon auf dem Parteit-
tage nach den Reden der Frauen und Bebel's verschiedene Genossen
an sie herantreten seien und gebeten hätten, ihnen Fingerzeige zu
geben, wie am besten eine erfolgreiche Frauenagitation in die Wege
zu leiten sei. Genossin Reichert, die dritte Delegierte, legte zur
Alkoholfrage noch dar, daß ein sehr schlimmer Förderer des Alko-

lismus das Wohnungswesen sei. — Es folgte eine kurze Diskussion,
die sich hauptsächlich um allgemeine Fragen der Agitation bewegte.

Die Berichterstattung der Vertrauenspersonen eröffnete Genossin
Wulf mit dem Bericht für den sechsten Kreis. Es gehe vorwärts,
wenn auch langsam. Nachdem im vorigen Jahre statt zwei Ver-
trauenspersonen für den sechsten Kreis vier Vertrauenspersonen
gewählt worden seien, habe es sich gebeilich arbeiten lassen. Die
Leisende ließen sich weiter ausbauen und mehr Frauen heranziehen.
Das Wissen der Frauen werde durch die Leisende erfreulich ge-
fördert. Auch lerne man eine Anzahl Frauen neu kennen,
die sich zur Parteilarbeit heranziehen ließen, z. B. bei den
letzten Wahlen. Im sechsten Kreise habe man fünf Leisende.
Jeder sei durchschnittlich von 30 Frauen besucht, so daß 150 Personen
teilnahmen. — Die freiwilligen Parteibeiträge würden im Kreise
regelmäßig von 420 Genossinnen gezahlt. Es kamen ein an Ein-
trägen auf Marken 476,20 M., auf Listen 369 M., sonstigen Ein-
trägen 160,80 M. Der alte Bestand betrug 51,01 M. Dem gegen-
über steht eine Gesamtausgabe von 968,25 M. An die Zentral-
vertrauensperson Genossin Waader wurden 325 M. und an den
Partei-Vorstand 50 M. abgeliefert. Es verblieb ein Bestand von
58,76 M.

Genossin Peiper konstatierte vom fünften Wahlkreise, daß
man auch hier Fortschritte gemacht hätte. Die Kleinheit und Lage
des Kreises bedinge natürlich ein anderes Bild. Der Leisende
habe regelmäßig 10 bis 12 Teilnehmer. „Gleichheit“-Abonnenten
seien 50 im Kreise. Freiwillige Beiträge leisteten regelrecht 65 Ge-
nossinnen. Es wurden eingenommen auf Listen 23,80 M., als frei-
willige Beiträge 55 M., für Broschüren 15,20 M. Mit dem alten
Bestande betrug die Summe 114,45 M., wogegen 102,50 M. aus-
gegeben wurden. Es verblieben als Rest 11,95 M.

Genossin Bengels bemerkte, daß auch im vierten
Wahlkreise mit den dort eingerichteten drei Leisenden
dieselben guten Erfahrungen gemacht worden seien. Nötig mache
es sich, in dem Kreise ebenfalls mehrere Vertrauenspersonen zu
wählen. Die „Gleichheit“-Abonnenten sind auf 330 gestiegen.
Die freiwilligen Beiträge seien auch in die Höhe gegangen. Man
habe erkannt, daß die Agitation mehr von Mund zu Mund
betrieben werden müsse. Und zwar solle man sich nicht
gerade darauf verstehen, die Frauen der organisierten
Genossen besonders aufs Korn zu nehmen, sondern überhaupt unter
den Frauen zu wirken, denn wir wollten sie doch alle gewinnen.
Die Gesamteinnahme betrug 936,31 M., die Gesamtausgabe 923,04
Mark, so daß ein Bestand von 13,27 M. verblieb. Im Laufe des
Jahres erhielt Frauheim Waader etwa 200 M.

Den Vertrauenspersonen wurde Deklaration erteilt. Es wurden
dann als Vertrauenspersonen gewählt die Genossinnen K a s c h e w s k y
(1. Kreis), D ö r i n g (2. Kreis), S t e i n k o p f (3. Kreis), W e n g e l s,
H e r n u d ö l z (4. Kreis), K ü r n b e r g (5. Kreis), W u l f,
P a n z e r a m, H o p p e u n d R a i s c h e (6. Kreis).

Nachdem die Genossinnen W a u s c h l e, W a a r, W a a d e r
u n d W e i l die Bedeutung des Preußenkongresses und einiger dazu
vorliegende Anträge hervorgehoben hatten, wurden als Delegierte zum
Preußenkongress die Genossinnen J d a W a a r, A n n a P e t e r i t
u n d F r a u D r. W e i l gewählt. Zur Dienstbotenkonferenz wurde Ge-
nossin W a a r delegiert. — Die Versammlung nahm die folgenden
Anträge zum preußischen Parteitag an:

„Der zweite preußische Parteitag möge beschließen: In den
Gemeindevertretungen sind durch unsere Genossen ungenügend
Anträge zu stellen zur Errichtung von Krippen und Kinder-
gärten durch die Gemeinden. Die Genossen und Ge-
nossinnen werden aufgefordert, in eine rege Agitation hierfür ein-
zutreten.“

„Zu den Gemeindevertretungen ist das allgemeine,
gleiche und direkte Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stim-
mabgabe auch für die Frauen zu fordern.“

„Zu den Gemeindevertretungen ist das allgemeine,
gleiche und direkte Wahl- und Stimmrecht für den preußischen
Landtag ist auch das Frauenwahl- und -stimmrecht zu fordern
und mit allem Nachdruck in der Agitation zu vertreten. Die
Genossinnen haben sich mit voller Kraftentfaltung an diesen
Aktionen zu beteiligen.“ Die Genossinnen von Groß-Berlin.“

Versammlungen — Veranstaltungen.

Wilhelmshafen. Donnerstag, den 10. Oktober, keine Versammlung.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Das allgemeine Wahlrecht.

Budapest, 9. Oktober. (B. L. B.) Der Minister des
Innern Graf Andrassy erklärte einem Mitarbeiter des
„Magyar Hirlap“, er beabsichtige noch in diesem Jahre eine
Gesetzesvorlage über das allgemeine Wahlrecht im Abgeordneten-
hause einzubringen. Es sei überflüssig, die Regierung an die
Wahlreform zu mahnen, da sie sich stets die übernommene
Verpflichtung vor Augen gehalten habe. Die für morgen be-
absichtigte Kundgebung sozialistischer Arbeiter renne offene
Türen ein, da die Einführung des allgemeinen Wahlrechts un-
mittelbar bevorstehe. Hoffentlich werde daher der morgige Tag
ohne Störung der Ordnung und ohne Aufregung verlaufen.

Ungetreuer Beamter.

Essen a. Ruhr, 9. Oktober. (Privatdepesche des „Vorwärts“.)
Der Gerichtsklarer Spengler, der vertretungsweise als Ge-
richtsvollzieher in Velde tätig war, ist nach Unterschlagung von
6000 Mark flüchtig geworden.

Bergmanns Tod.

Siegen, 9. Oktober. (B. L. B.) Durch vorzeitige Entladung
eines Schusses auf der Grube Storch in Schöneberg bei Gosenbach
wurde ein Bergmann getötet und drei Bergleute schwer verletzt.

Ein Hüter der Ordnung.

Frankfurt, 9. Oktober. (B. L. B.) Der „Frankf. Fig.“ wird aus
A d o r f gemeldet: Grobe Ausschreitungen im Dienste hat sich der
Schwamm Schneider zuschulden kommen lassen. In der Trunken-
heit ging er gegen den Zirkusdirektor Dietrich mit blanker Waffe
vor und verletzte diesen am Kopf und Hals. Einen anderen
Schwamm, welcher ihn unschädlich machen wollte, bedrohte er mit
Erstickung. Schneider wurde sofort festgenommen und seines Amtes
entbunden.

Ein Protest.

Petersburg, 9. Oktober. (B. L. B.) Der Direktor und die Dekane
des polytechnischen Instituts von Kiew haben ihre Abschiedsgesuche
eingereicht. Der Grund ist darin zu suchen, daß durch eine Re-
gierungsmassregel die Bestimmung des Institutstatutes wieder
in Kraft gesetzt worden war, demzufolge die Zahl der jährlichen
Studenten nicht mehr als 15 Prozent der Zahl der Lehrenden betragen
darf. Diese Bestimmung war in der letzten Zeit nicht beobachtet
worden.

60 000 Rubel geraubt.

Jelaterinostaw, 9. Oktober. (B. L. B.) Das Bahnpostamt
in Werschnejneprowsk, wo sich ein Beamter und fünf Wachtmänner
aufhielten, wurde von zehn Wapoffneten überfallen. Sie warfen
zwei Bomben und eröffneten ein Revolverfeuer, durch das ein
Wachtmann getötet und der Beamte verwundet wurde. Durch
Sprengung des Geldfranks gelang es ihnen, 60 000 Rubel zu
erlangen. Vor ihrer Flucht machten sie Fernsprecher- und Tele-
graphenapparate unbrauchbar.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Der Hochverratsprozess Liebknecht.

(Telegraphischer Bericht.)

Leipzig, den 9. Oktober.

Vor dem Reichsgericht begann heute früh 9 Uhr die Hauptverhandlung gegen den Rechtsanwalt Dr. Karl Liebknecht aus Berlin wegen Vorbereitung zum Hochverrat, die er durch seine Schrift: „Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung“ begangen haben soll.

Der Präsident Dr. Treplin eröffnet die Verhandlung und läßt den Angeklagten Dr. Liebknecht in den Sitzungssaal rufen und auf der Anklagebank Platz nehmen.

Eröffnungsbeschlusses,

der folgenden Wortlaut hat:

Auf Antrag des Oberreichsanwalts wird gegen den Rechtsanwalt Dr. Karl August Friedrich Liebknecht aus Berlin, der hinführend verdächtig erscheint, in den Jahren 1906 und 1907 im Inlande ein hochverräterisches Unternehmen: die gewalttätige Abänderung der Verfassung des Deutschen Reichs, nämlich die Vereinfachung des bestehenden Heeres durch den Militärdienst, gegebenfalls in Verbindung mit der Aktivierung der Truppen für die Revolution, durch Abfassung sowie durch Veranlassung der Drucklegung und Verbreitung der Schrift: „Militarismus und Antimilitarismus“ vorbereitet zu haben, indem er darin für die Organisation einer über das ganze Reich zu verbreitenden besonderen antimilitaristischen Propaganda unter Einsetzung eines zu deren Leitung und Kontrollierung berufenen Zentralkomitees und unter Benützung der sozialdemokratischen Jugendorganisationen eintretend organischer Zerschlagung und Vermärzung des militaristischen Geistes, als deren notwendige Folge sich dann im Falle eines unpopulären kriegerischen Unternehmens, wie jetzt schon in besonderen Ausnahmefällen: dem Falle eines Krieges zwischen Frankreich und Deutschland oder einer Intervention Deutschlands in Rußland, der Militärdienst und die etwaige Aktivierung der Truppen für die Revolution ergeben werde, also die Mittel und Wege nicht nur nachwies, die bestimmt und geeignet erscheinen, die Verwirklichung des bezeichneten hochverräterischen Erfolges zu ermöglichen und zu fördern, sondern auch die schleunige Anwendung dieser Mittel forderte (Verbrechen gegen § 85 des Strafgesetzbuches in Verbindung mit § 81 Nr. 2, § 82 des Strafgesetzbuches) gemäß § 138 des Gerichtsverfassungsgesetzes, § 2 Absatz 4 der Geschäftsordnung des Reichsgerichts das Hauptverfahren vor dem vereinigten zweiten und dritten Strafsenat des Reichsgerichts eröffnet.

Die angeordnete Beschlagnahme der bezeichneten Schrift wird aufrecht erhalten. Die Untersuchungshaft wird nicht angeordnet.

Leipzig, den 9. August 1907.

Hierauf beginnt das

Das Reichsgericht, Strafsenat.

Verhör des Angeklagten.

Er gibt seine Personalien folgendermaßen an: Er ist geboren am 18. August 1871 zu Leipzig als Sohn des verstorbenen Wilhelm Liebknecht und dessen Ehefrau Katalie, geborene Reib, verheiratet. Vater von drei Kindern, Dißent, ist Soldat gewesen, Inhaber der Landwehrdienstauszeichnung II. Klasse, unbestraft.

Präsident: Es wird das Beste sein, wenn Sie, ehe Sie eine ausführliche Erklärung über Ihren Standpunkt hier abgeben, sich einmal über die Veranlassung äußern, aus der heraus Sie die Broschüre geschrieben haben, und wenn Sie uns Auskunft geben über die Vorgänge auf dem Mannheimer Parteitag, die nach der Anklage die Veranlassung zu der Broschüre gaben.

Dr. Liebknecht: Der Mannheimer Parteitag hat mit der ganzen Angelegenheit nichts zu tun. Gemeint ist vielleicht die Konferenz jugendlicher Arbeiter, die im Anschluß an den Mannheimer Parteitag stattfand. Auf dieser Konferenz habe ich allerdings auf Wunsch ein Referat über „Militarismus und Antimilitarismus“ übernommen. Dieser Vortrag gab mir Veranlassung, die in ihm entwickelten Gedanken auszuführen, den Gedankengang des Vortrages weiter zu entwickeln und in vielen Beziehungen ganz neue Gebiete zu berühren.

Präsident: Sie haben sich in dem Schriftsatz ausgelassen über gewisse Schwierigkeiten bei der Abfassung der Schrift, so über Ueberlastung mit Arbeiten während der Reichstagswahlen, Ueberhäufung mit Berufsarbeiten. Sie haben jedoch erklärt, daß Sie keine Veranlassung hätten, sachlich irgend etwas von der Broschüre zurückzunehmen. Daben Sie nun mit der Betonung der Schwierigkeiten sagen wollen, daß, wenn Sie mehr Zeit gehabt hätten, Sie die Broschüre in der Form anders abgefaßt hätten?

Dr. Liebknecht: Ich habe damit lediglich sagen wollen, daß die Broschüre literarisch nicht meinen Wünschen entsprach. Ich habe beim Lesen der Korrektur manche Mängel bemerkt und mein literarisches Gewissen hat mich beunruhigt. Ich wollte mit der Betonung dieser Schwierigkeiten lediglich die Schönheitsfehler entschuldigen, zu denen ich mich bekenne. Was ich in der Broschüre geschrieben habe, habe ich voll zu verantworten, und ich nehme jedes Wort auf mich.

Präsident: Die Jugendorganisation spielt in Ihrer Schrift eine erhebliche Rolle. Was verstehen Sie eigentlich unter Jugendorganisation?

Dr. Liebknecht: Im Laufe der Jahre sind von den verschiedenen Parteien Organisationen gegründet worden, die vorwiegend auf die Jugend berechnet waren, so von der Zentrums-Partei, der national-liberalen Partei, der christlich-sozialen Partei. Und die Tatsache, daß die Schule nach meiner politischen Ueberzeugung ebenso wie alle andere Staatseinrichtungen dazu aus-

genutzt wird, um der Jugend ganz bestimmte politische Ansichten einzuprägen, die den Interessen des Proletariats zuwiderlaufen, und weiter die Tatsache, daß es überhaupt erforderlich ist, das Proletariat möglichst frühzeitig aufzuklären, hat dazu Veranlassung gegeben, daß man auch auf Seiten der Sozialdemokratie, der Arbeiterschaft, die dringende Notwendigkeit zur Gründung von Jugendorganisationen erkannte. Es ist dies sehr spät bei uns in Deutschland geschehen, viel später als in allen anderen Ländern. 1904 ist der erste Versuch unternommen. Und zwar betreffen sich die Jugendorganisationen in Deutschland auf rein gewerkschaftlicher Basis, auf der Basis des wirtschaftlichen Kampfes. Sie beschäftigen sich hauptsächlich mit dem Lehrlings-schutz, mit dem Schutze der jugendlichen Arbeiter, Verkürzung der Arbeitszeit usw. Nur in Süddeutschland, wo eine größere Bewegungsfreiheit herrscht, hat man sich auch dementsprechend größeren Spielraum verschafft.

Präsident: Die Anklage knüpft an den Vortrag an, den Sie auf der Konferenz der sogenannten „jungen Garde“ gehalten haben. Ich bringe deshalb zunächst einen Artikel des „Vorwärts“ vom 23. September 1906 zur Verlesung, in dem die „junge Garde“ begrüßt wird. Es heißt da: „Wenn Deutschlands „junge Garde“ nunmehr auch den Antimilitarismus in ihr Arbeitsprogramm aufgenommen hat, so tut sie damit nur das Beste, was die proletarische Jugend in allen Ländern längst als ihre Aufgabe betrachtet hat. Auch der Parteitag selbst wird sich mit der Frage des Antimilitarismus zu beschäftigen haben. Es liegen dazu vor Anträge aus Telton-Beeslow, Potsdam-Ostbahelland und Breslau. Die deutsche „junge Garde“ weiß, warum sie den Militarismus auf ihre Tagesordnung gesetzt hat. Aber, will sie weiter eine Schule, eine Fortschule für die deutsche Sozialdemokratie sein, und will sie weiter auf die Sympathien der sozialdemokratischen Bewegung rechnen, so muß sie es als ihre Aufgabe betrachten, sich aus dem Fahrwasser der Anarchisterei in den Sozialismus hinüberzusetzen.“

Verteidiger Hezel: Ich bitte, an den Angeklagten die Frage zu richten, was er darunter versteht: „aus dem Fahrwasser der Anarchisterei sich zum Sozialismus hinüberzusetzen“?

Präsident: Diese Frage wird uns später noch sehr ausführlich beschäftigen. Ich bitte, von dieser Frage Abstand zu nehmen. Wir kommen nunmehr zu dem Vortrage des Angeklagten auf der Jugendkonferenz selbst. Es heißt darin: „Die Erziehung in der Schule, die den kriegerischen Fürstenrum verherbt, die Kirche, die den Krieg verteidigt, die wirtschaftliche Heraushebung der Elite und Gardetruppen, alles das ist das Zünderrot, mit dem man dem Volke den Militarismus schmackhaft machen will. Die eiserne Disziplin, die Soldatenmishandlungen, die Militärgerichts- und Militärgerichtsurteile sind die Peitsche. Mit Hilfe dieses raffinierten Instituts machen sich die herrschenden Klassen das Heer dienstbar. Die Armee ist jedoch nicht nur ein Instrument gegen den äußeren Feind. Je länger, je mehr wird das Heer zu einer Waffe gegen den inneren Feind. Der Militarismus führt Proletarier gegen Proletarier, er macht die Soldaten zu Feinden ihrer eigenen Klasse, wie das Militäraufgebot am 21. Januar und die Vereinfachung schubereiter Kanonen in Berlin beweist. Eine Rente ersetzt 30 bis 40 Mann, 5 Millionen Gewasfnete können deshalb ein Volk von 30 bis 40 Millionen in Schach halten. Was können wir dagegen mit unseren 3 Millionen weicher Jettel tun? Wird auch nur einer dem Kapitalismus die Gefolgschaft verweigern? Wohl sind einzelne Teile des Heeres rot, sogar feuerrot. Aber das darf uns nicht dazu bringen, Dummheiten zu machen. Der Kapitalismus kennt keine Schilbeserze und schüßt sie. Der Kaiser hat den Antimilitarismus eine nationale Weisheit genannt. Wie symptomatisch sind doch seine Worte stets für die Anschauungen der herrschenden Klassen. Hat doch Wilhelm II. in seiner Unterredung mit Gaston Roumier die Begründung einer internationalen Anti-Antimilitaristenliga angeregt. Wir haben noch viel zu tun, denn wir haben bisher trotz Webes so gut wie nichts getan. Aber ruhige Ueberlegung müssen wir behalten. Unsere Aufgabe muß sein, die Jugend über den wahren Charakter des Militarismus aufzuklären.“

Dr. Liebknecht: Der Gedankengang der Rede ist richtig wiedergegeben, wenn ich auch nicht für alle einzelnen Ausdrücke die Richtigkeit der Wiedergabe übernehmen kann.

Präsident: Auch auf dem Parteitage selbst sind Sie mit antimilitaristischen Anträgen hervorgetreten?

Dr. Liebknecht: Jawohl.

Präsident: So haben Sie im Verein mit 22 Genossen einen Antrag eingebracht: „Das allerwichtigste sich vollziehende Erwachen der proletarischen Jugend zu selbständiger organisatorischer Betätigung wird begrüßt. Die Parteigenossen werden aufgefordert, überall, wo die Vereinigungen es gestatten, die Gründung und Weiterentwicklung von Jugendorganisationen zu fördern.“

Dr. Liebknecht: Diesen Antrag habe ich selbst begründet.

Präsident: Außerdem lagen dem Parteitage noch Anträge von Breslau und Potsdam-Ostbahelland vor. Sie lauten: Antrag Breslau: „Der Parteitag wolle beschließen: Es ist eine rege Agitation gegen den Militarismus in den breitesten Volksschichten zu entfalten. Zu diesem Zweck hat der Parteivorstand alljährlich wie in diesem Jahre zu Zeiten der Rekrutenausbildung Flugblätter herauszugeben. Ebenso haben auch die örtlichen Parteioorganisationen durch Volksversammlungen mit entsprechenden Thematika diese Agitation zu betreiben, wobei auch die Arbeiterpresse mit durchgreifenden Artikeln große Dienste erweisen wird.“ Der Antrag Potsdam-Ostbahelland lautet: „Eine besondere antimilitaristische Propaganda ist systematisch zu entfalten. Zu diesem Zweck ist ein händiger Ausschuß zu bilden.“

Dr. Liebknecht: Mit dem Antrag Breslau habe ich gar nichts zu tun, er war mir vorher ebenso unbekannt wie jedem anderen Parteitagdelegierten. Ich habe ihn nur, weil mir der Gedankengang des Antrages sympathisch war, in der Begründung des Antrages Potsdam-Ostbahelland, den ich selbst verfaßt habe, mit erwähnt. In dieser Rede habe ich ausgeführt, daß zur Durchführung der Resolution des Pariser Kongresses, der das Proletariat aller Länder zum Kampfe gegen den Militarismus auffordert, noch wenig geschehen sei.

Präsident: Sie haben dann an den 21. Januar, an den Nürnberg und Magdeburger Streik erinnert.

Dr. Liebknecht: Nur in Nürnberg handelte es sich um einen Streik, bei dem Militär zu Streikbrecherarbeiten kommandiert wurde. In Magdeburg und Berlin handelte es sich darum, daß Militär gegen unsere Wahlrechtsdemonstration in Vereitelfast gestellt wurde. — In der Liebknechtschen Rede wird dann weiter ausgeführt, daß der Militarismus eine sehr gefährliche und komplizierte Erscheinung und daher auch seine Bekämpfung sehr kompliziert und gefährlich sei. Die herrschenden Klassen seien im Punkte Militarismus mit Recht äußerst empfindlich. Nach einem Hinweis auf das Vorbild Belgiens und Frankreichs wird dann die Einsetzung eines besonderen Agitationsausschusses als Generalstab für den Kampf gegen den Militarismus gefordert, der sich natürlich streng innerhalb der gesetzlichen Grenzen halten müßte.

Präsident: Darf ich vielleicht gleich an dieser Stelle bemerken, daß die Anträge, die Sie in dieser Richtung gestellt haben, niemals den Beifall der Majorität Ihrer Partei gefunden haben?

Dr. Liebknecht: Im Gegenteil, sie haben eine sritische, oft sogar recht brutale Abweisung erfahren.

Präsident: Soweit ich aus den Zeitungen weiß, sind Ihre Anträge namentlich von den Parteiführern, den Herren Webel und Vollmar, bekämpft worden.

Dr. Liebknecht: Jawohl.

Präsident: Und weiter darf ich wohl als notorisch voraussetzen, daß Sie auch in Stuttgart und Essen ähnliche Anträge gestellt haben, denen es ebenso ging wie auf den früheren Parteitagen.

Dr. Liebknecht: Zum ersten Male hatte ich 1904 auf dem Bremer Parteitage einen antimilitaristischen Antrag nicht gestellt, sondern begründet; er ging von meinem Wahlkreise Potsdam-Ostbahelland aus. Dann vertrat ich auf dem Parteitage in Jena wiederum ähnliche Anträge. In Stuttgart habe ich an der Beratung über die Militärfrage nicht teilnehmen können, weil ich der Kommission nicht angehörte, die die Resolution hierüber verfaßte. Ich habe mich nur in einer schriftlichen Erklärung gegen die Ausführungen des Abg. v. Vollmar gewandt. Dagegen habe ich in Essen einen Antrag, der sich genau mit dem von Mannheim deckt, wiederum vertreten, ihn aber nach der Begründung zurückgezogen.

Oberreichsanwalt Oshausen: Ich möchte doch bitten, den weiteren Verlauf der Debatte in Mannheim, insbesondere die Erklärung des Angeklagten auf einen Zurs des Abg. Webel vorzutragen, daß die in Frankreich in den letzten zwei Jahren betriebene antimilitaristische Agitation ganz vortrefflich sei.

Präsident: Allerdings schließt diese Aeußerung an die soeben besprochene zeitlich an. Gestatten Sie mir aber, sie an einer anderen Stelle der Anklage zu erörtern, wohin sie logisch gehört.

Dr. Liebknecht: Auch ich werde mich später darüber auslassen.

Präsident: Wir kämen nun dazu, Ihre Broschüre zu verlesen. Ich möchte aber vorschlagen, sie nicht ganz zu verlesen, weil einzelne Stellen von keiner Bedeutung für die Untersuchung sind. Wichtig ist nur der letzte Abschnitt von Seite 104 ab, den ich wörtlich verlesen lassen werde. Ueber den übrigen Inhalt der Broschüre werde ich selbst ein objektives Referat geben. Ich stelle den Prozeßbeteiligten anheim, zur Ergänzung dieses Referates nachträglich die wörtliche Verlesung einzelner Teile der Broschüre zu beantragen.

Dr. Liebknecht: Ich muß darauf bestehen, daß die ganze Broschüre im Wortlaut verlesen wird. Das ist die conditio sine qua non einer angemessenen Verteidigung. Der ganze Komplex meiner Anschauungen im Zusammenhang muß dem Gerichtshof bekannt werden. Ich habe nicht einzelne Kapitel abgefaßt und verbreitet, sondern eine ganze geschlossene Schrift. Die Broschüre ist in ihrer Gesamtwirkung als geschlossenes Ganzes abgefaßt und verbreitet. Ich lege gerade auf die Stellen Gewicht, auf die die Anklage naturgemäß gar kein Gewicht legt. Sie beweisen das Gegenteil der Anklage wegen Hochverrats.

Präsident: Das ist ja prozedurordnungsmäßig völlig korrekt. Die ganze Broschüre ist als Beweismittel herbeigeschafft und müßte auf Ihren Antrag verlesen werden. Aber für die 126 Seiten umfassende Broschüre läßt sich schwerlich eine kontinuierliche Aufmerksamkeit herbeiführen. Deshalb habe ich den Vermittlungsvorschlag gemacht, nur die wesentlichsten Stellen wörtlich vorzulesen.

Verteidiger Dr. Hezel: Ich kann den Standpunkt meines Klienten nur vollkommen teilen. Die Verteidigung würde ihre Pflicht verletzen, wenn sie auf die Verlesung irgend einer wesentlichen Stelle verzichtete. Eine Abkürzung läßt sich vielleicht dadurch herbeiführen, daß wir im Laufe der wörtlichen Verlesung auf einzelne Seiten verzichten, z. B. auf die historische Darstellung des Angeklagten über die Verwendung des Militärs in außerdeutschen Ländern bei inneren politischen Konflikten. Zum Schutze des Angeklagten müssen wir eine Totalverlesung verlangen. Insbesondere deshalb, weil sonst das innere Kräfteverhältnis, das dynamische Verhältnis zwischen denjenigen Stellen, auf die die Anklage besonders Gewicht legt, zu den Stellen, auf die die Verteidigung besonders Wert legt, nicht hergestellt werden kann.

Präsident: Ich bin der Ansicht, wir sollten vorläufig versuchen, in der von mir vorgeschlagenen Weise vorzugehen. Ist einer der Prozeßbeteiligten der Ansicht, daß mein Referat seinen Ansprüchen nicht genügt, so kann er immer noch die Verlesung fordern.

Dr. Liebknecht: Für mich handelt es sich doch um eine sehr ernste Angelegenheit, eventuell um mehrere Jahre Festung oder Zuchthaus. Eine außerordentlich große Anzahl der höchsten Richter des Reiches ist zur Entscheidung aufgerufen. Ich gebe ja nun zu, daß zwei Stunden Verlesung eine unangenehme Belästigung für sie sein mögen, aber mein natürlicher Selbst-erhaltungstrieb verbietet es mir, die sonst von mir gern geübte Rücksicht auf die Zeit der Herren auch heute zu üben. Es handelt sich hier um einen Tendenzprozeß, und nur der gesamte Wortlaut meiner Schrift gibt über die Tendenz Korrektur wieder. Schon durch die Verkürzung des Inhaltes, die im Referat unvermeidlich ist, wird die Tendenz zugunsten einzelner Teile verschoben, die die Anklage hervorhebt.

Präsident: Ich muß gegen den Ausdruck Belästigung Einspruch erheben. Der Gerichtshof wünscht seine Aufgabe nicht erleichtert zu haben, sondern der Gerichtshof hat seine Pflicht auch unter der größten Last zu tun.

Oberreichsanwalt: Gegenüber der bestimmt abgegebenen Erklärung des Angeklagten und des Verteidigers bleibt uns wohl nichts anderes übrig, als die ganze Schrift zu verlesen. Praktisch wird es natürlich so kommen, wie Dr. Hezel gesagt hat.

Der Gerichtshof zieht sich zur Beschlußfassung zurück und verkündet nach ganz kurzer Beratung, daß gemäß § 44 der St.-P.-O. die ganze Schrift verlesen wird. Diese Verlesung nimmt den Rest der Vormittags-sitzung in Anspruch. — Verteidiger Dr. Hezel macht im Einverständnis mit dem Präsidenten das Publikum darauf aufmerksam, daß die Verlesung wahrscheinlich drei Stunden in Anspruch nehmen werde und daß es vielleicht etwas Besseres tun könnte, als hier zuzuhören. (Große Heiterkeit.) — Das Publikum bleibt jedoch vollständig auf seinen Plätzen und hört aufmerksam der Verlesung der Broschüre zu.

Die Verlesung des Liebknechtschen Buches: „Militarismus und Antimilitarismus“ nahm nicht weniger als fünf volle Stunden in Anspruch, obwohl die Verteidigung auf zahlreiche Passagen und Anmerkungen verzichtete. Das Buch, das vom 11. Februar d. J. datiert ist, ist die Ausarbeitung eines auf dem ersten Verbandstage der jugendlichen Arbeiter Deutschlands zu Mannheim am 30. Dezember 1906 von Liebknecht gehaltenen Referates. Es beginnt im Wortwort mit der Verufung auf die jüngsten Entschlüsse der „Grenzboten“ über die Gründe zu Bismarcks Abschied. Danach habe Bismarck in jenen Tagen erklärt, die sozialdemokratische Frage, soweit sie eine politische sei, sei eine militärische. Man sei jetzt der Sozialdemokratie gegenüber außerordentlich leichtsinnig. Sie strebe mit Erfolg danach, die Unteroffiziere für sich zu gewinnen. In Hamburg seien schon große Teile der Truppen sozialdemokratisch. Wie, wenn nun einmal diese Hamburger Truppen sich weigerten, auf Vater und Mutter zu schießen, sollten dann hannoversche und mecklenburgische Regimenter in Hamburg einmarschieren? Dann hätten wir etwas Ähnliches wie die Kommune. Der Kaiser sei aber damals eingeschüchert gewesen und habe erwidert, er wolle nicht Kartätschenprinz sein und nicht bis an die Kniechel im Blute waten, worauf Bismarck repliziert habe: „Aber, Majestät, dann werden Sie später noch viel tiefer hineinmüssen!“ Der einzige Trost der Bourgeoisie seien demnach die Wajonette und Kanonen der Soldaten. Das Wortwort erinnert dann weiter an die Alexandrinerrede, und zieht aus alledem die Schlußfolgerung, daß in der Tat die sozialdemokratische Frage von allen Reaktionen als eine militärische angesehen werde. Dieser innere Militarismus, die steigende Gefahr der Verwendung des Heeres gegen den inneren Feind sei noch gefährlicher als die äußere Kriegesgefahr, weil sie die Seele des Volkes vergifte. Die Falschungen von 1907 mit ihrer fanatischen Auffassung des nationalisistischen Empfindens, die Wahlen, die geführt worden seien unter dem Zeichen des konapartistischen Säbels des Fürsten Willow,

Sozialdemokratisch. Wahlverein Rixdorf.

Sonnabend, den 26. Oktober 1907,
im großen Saale der Neuen Welt, Hasenheide:

Herbst-Fest

unter Mitwirkung des
„Berliner Sinfonie-Orchesters“
42 Künstler, Kapellmeister Maximilian Fischer.

Millöcker-Abend.

Mitwirkende: Fräulein Jenny Loeber, Operetten-Soubrette,
Fräulein Margarete Joseph, Konzertsängerin, Hr. Ernst
Grenzobach, Konzertsänger, und Herr Amadeus
Wandelt, Pianist.

Nach dem Konzert: **Ball** bei doppeltem Orchester.
Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf.
Anfang präz. 8 1/2 Uhr. Billett 30 Pf.

Kindern unter 10 Jahren kein Eintritt. X Die Saaltüren
werden während des Konzerts geschlossen. X Getränke
werden nur in den Pausen verabfolgt. X Programm gratis
X X X X Rauchen nicht gestattet. X X X X
Billets sind für unsere Mitglieder und deren Angehörige
in allen Zahlstellen und in der Parteipostition, Neckar-
straße 2, zu haben.

Sonntag, den 20. Oktober,
nachmittags präzise 2 3/4 Uhr,
in Gröplers Festsaal, Bergstraße:

Die Kreuzelschreiber.

Bauernkomödie in drei Akten von Ludwig Ansengruber.
In Szene gesetzt von Julius Türk.

235/20

Der Vorstand.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin

Sonntag, den 13. Oktober 1907, abends 7 Uhr,
im großen Saale der „Berolina-Säle“, Schönhauser Allee No. 28:
Vortrag des Genossen Max Grunwald

über:
„Ein Jahrhundert preußischer Wirtschaftsgeschichte.“

Zur Erinnerung
an das preussische Bauernedikt vom 9. Oktober 1807.
Nach dem Vortrag:

Gemütliches Beisammensein und Tanz.
Eintritt 20 Pf. 4/30* Garderobe frei.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:
Gef. I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Gef. III. Amt 3, 1937

Sonntag, den 13. Oktober 1907, vormittags 10 Uhr:

Branchen-Versammlung

aller in der
Drahtindustrie beschäftigten Arbeiter
Berlins und Umgegend

im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15 (Saal VIII).

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Agitationskommission.
2. Renewal des Branchenvereins und der Agitationskommission.
3. Verhandlungsangelegenheiten.
Zahlreichen Besuch erwartet.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. (Zahlstelle Berlin.)

Bezirksversammlungen:

- | | |
|-----------|---|
| Bezirk 1. | Donnerstag, den 10. Oktober, nachmittags 5 Uhr, bei Funke, Zöllnerstr. 41. |
| 2. | Freitag, den 11. Oktober, nachmittags 5 Uhr, bei Frisch, Bodstr. 12. |
| 3. | Freitag, den 11. Oktober, nachmittags 5 Uhr, bei Böker, Weberstr. 17. |
| 4. | Donnerstag, den 10. Oktober, nachmittags 5 Uhr, bei Litzin, Remelerstr. 67. |
| 5. | Freitag, den 11. Oktober, nachmittags 5 Uhr, bei Bercht, Ritterstr. 75. |
| 6. | Freitag, den 11. Oktober, nachmittags 5 Uhr, bei Boß, Köpferstr. 101. |

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.
Donnerstag, den 10. Oktober 1907, in Wendts Industrie-
Schiffbau, Deutschstraße 19-20:

Oeffentliche Versammlung

aller in den Berliner Einzelfabriken
beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:
1. Das Ergebnis der Verhandlungen vor dem Einigungsamt und
Etelungnahme dazu. 2. Diskussion. — Zahlreichen Besuch erwartet.

Freie Turnerschaft Charlottenburg.

Heute, Donnerstagsabend 8 1/2 Uhr, findet die
Oeffentliche Protest-Versammlung

im Volkshause statt. Referent: Dr. Borchardt.
Zahlreichen und pünktliches Erscheinen erwartet.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises.

Kommunalwähler-Versammlung

für den 48. Wahlbezirk

Donnerstag, 10. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Bernhard Rose-Theater, Badstraße 58.

Tages-Ordnung:

Die bevorstehenden Wahlen zum „Roten Hause“.

Referent: Genosse Emanuel Wurm.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein

266/17

Der Vorstand.

6. Wahlkreis.

Sonntag, den 13. Oktober, abends 6 Uhr, im Kolberger Salon (S. Raabe),
Kolbergerstraße 23:

Versammlung für Männer und Frauen.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Adolf Hoffmann über „Freisinnige Reden und Taten“. 2. Diskussion.

Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein mit Tanz.

Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein

Die Abteilungsleiter.

Zentralverband der Töpfer Deutschlands Filiale Berlin.

Heute Donnerstag, den 10. Oktober, vorm. 10 Uhr, bei Freyer (früher Keller),
Koppenstraße 29:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Der Stand unserer Lohnbewegung. 2. Bericht vom Goutag.

Zahlreichen Besuch erwartet

201/3

Der Vorstand.

Achtung!

Bauhandwerker.

Achtung!

Die Töpfer Berlins befinden sich seit Donnerstag, den 3. Oktober, im Generalstreik.
Jeder beim Arbeiten angetroffene Töpfer ist als Streikbrecher zu betrachten.

Die Streikleitung. Zentralstreikbureau Gewerkschaftshaus. Amt IV, 9807.
Die Aushebung der Streikunterstützung geschieht am Sonnabend, den 12. Oktober, in der Zeit
zwischen 10-1 Uhr im Gewerkschaftshaus, großer Saal.

Zentralverband der Maurer Deutschlands

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Zementbranche.

Freitag, den 11. Oktober 1907, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“,
Engel-Ufer 15:

Versammlung

aller in der Zementbranche beschäft. Zementierer u. Flechter.

Tagesordnung:

Unsere Aufgaben für die Zukunft. Referent: Kollege
Wilh. Fritsch.

Wünscht eines jeden Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Der Sektionsvorstand. J. H.: Otto Haese.

Schöneberg.

Sozialdemokrat. Wahlverein.

Sonnabend, den 12. Oktober 1907,
im Saale der Schloßbrauerei, Hauptstr. 114
unter Leitung des Herrn Martin Hartwig vom
Schiller-Theater in Charlottenburg:

Humoristischer Abend

Gesang X Humoristische Vorträge
Rezitationen X Theater.

Kasseneröffnung 7 Uhr, Beginn 8 1/2 Uhr.
Billett 40 Pf. Garderobe 10 Pf.
Die Vorstellung beginnt pünktlich.
X X X Das Rauchen ist verboten. X X X

Von 12 Uhr ab: **Tanz.**
Daran teilnehmende Herren zahlen 50 Pf.
Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand.

Allen werthen Genossen und
Bekanntem die traurige Nachricht,
dass mein lieber Vater, der Tischler

Moritz Seyffert

nach kurzem Leiden entschlafen ist.
Um dieses Beileid bitten
Martha Cousin, geb. Seyffert
Georges Cousin.

Die Beerdigung findet Donnerstags,
10. Oktober, vorm. 10 Uhr,
von der Leichenhalle des Friedrich-
Werderischen Friedhofes in der
Bergmannstraße aus statt. 521b

Am 8. Oktober, mittags 12 1/4 Uhr,
entschlief nach sieben Monaten
schweren Leidens unsere liebe

Martha Eichwald.

Dies zeigen, um dieses Beileid
bittend, an
Karl Gruner und Frau.

Die Beerdigung findet Freitag
nachmittags 3 Uhr von der Leichen-
halle des neuen Rosenthaler Kirch-
hofes aus statt.

Konsum-Verein Charlottenburg u. Umg.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Montag, den 21. Oktober, abends 8 Uhr, findet im Volkshause,
Koslinstr. 3 (Mehner Saal), die

ordentliche General-Versammlung

statt.

Tages-Ordnung:
1. Geschäftsbericht des Vorstandes. 2. Bericht des Aufsichtsrates.
3. Beschlussfassung über die Bilanz, Verteilung des Reingewinns, Ent-
lastung des Vorstandes. 4. Bericht des Verbandsreferenten.
5. Anträge der Verwaltung. 6. Anträge der Mitglieder.
NB. Laut § 29 des Statuts müssen letztere drei Tage vor der General-
versammlung in Händen der Verwaltung sein.

Eintritt nur gegen Vorzeigung der Legitimationskarte.
Einem zahlreichem Erscheinen der Mitglieder, auch der Frauen, steht
entgegen

Der Aufsichtsrat:
H. Kleck. A. Schönborn.

Bäckerei-Genossenschaft Produktion Charlottenburg.

Donnerstag, den 17. Oktober,
abends 8 Uhr, findet bei Herrn
Bade, Mehringstr. 25, die

ordentliche General-Versammlung

statt.

Tages-Ordnung:
1. Geschäftsbericht des Vorstandes. 2. Bericht des Aufsichtsrates. 3. Be-
schlussfassung über die Bilanz; Ver-
teilung des Gewinnes, Entlastung des
Vorstandes. 4. Anträge der Ver-
waltung. 5. Anträge der Mitglieder.
6. Bestenfalls müssen drei Tage vorher in
Händen des Vorstandes sein.

Dem Erscheinen aller Ge-
nossenhalter steht entgegen

Der Aufsichtsrat.
Paul Liebe. E. Wulff.

Sozialdemokratischer Wahlverein Ober-Schöneweide.

Todes-Anzeige.
Am Dienstag, den 8. Oktober,
verstarb plötzlich am Herzschlag
der Genosse

Wilhelm Bölke.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, nachmittags 4 1/2 Uhr,
von der Leichenhalle des hiesigen
Gemeindefriedhofes aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
222/12

Der Vorstand.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Am Dienstag, den 8. Oktober,
verstarb nach langem Leiden am
Nagelstich im Alter von 46 Jahren
unser Mitglied

Gustav Klebs

Dunderstr. 82.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 11. Oktober, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Gieseler-Anstaltshofes,
Nieder-Schönhausen - Nordend,
aus statt. 143/15

Um rege Beteiligung ersucht
Die Verbandsleitung.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)

Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unsere Kollegin Frau

Auguste Becker

am Montag, den 7. Oktober, in-
folge einer Operation verstorben ist.

Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 11. Oktober, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Gieseler-Anstaltshofes in
Nieder-Schönhausen aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Am Sonnabend, den 5. Oktober,
verstarb nach langem Leiden im
Alter von 54 Jahren unser Mit-
glied

Gottlieb Pohl

an Gehirnerweichung.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Donnerstag, den 10. Oktober,
nachmittags 4 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des südlichen Fried-
hofes, Friedrichsriede, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Verbandsleitung.

A.-R.-V. Oberspree. Ober-Schöneweide.

Mitglied des Bundes Solidarität.

Todes-Anzeige.
Den Genossen zur Nachricht,
dass unser Genosse

Wilhelm Bölke

am Montag, 11 1/2 Uhr, ver-
storben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Frei-
tag, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der
Halle des Gemeindefriedhofes
aus statt.

Sammelpunkt um 8 Uhr im
Vereinslokal.

532b

Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

(Zahlstelle Weihenau.)

Dienstag, den 8. Oktober, nach
nach langem, schwerem Leiden
unser Mitglied, der Drechsler

Albert Henkel

an der Prostataerkrankung.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Donnerstags,
10. Oktober, nachm. 4 Uhr,
auf dem Friedhof Köpenicker Platz.
Um rege Beteiligung ersucht
05/15

Die Ortsverwaltung.

Danksagung.

Für die vielen Beweise aufrichtiger
Teilnahme bei der Beerdigung meines
lieben Vaters sage ich allen Freun-
den und Bekannten, dem sozialdemo-
kratischen Wahlverein des 4. Berliner
Reichstagswahlkreises, dem 312. Wahl-
bezirk, dem Deutschen Holzarbeiter-
Verband, den Arbeitern und Arbeiter-
innen der Firma Reumann u. Hennig,
den Kollegen und Kolleginnen der
Firma H. Beckmeier, den Kollegen
der Firma Aug. Beckmeier, den
Kollegen und Kolleginnen der Firma
Leonhardt meinen tiefgefühlten Dank.

Ww. Pauline Donath

geb. Beder.

A. WERTHEIM

Besonders vorteilhaftes Angebot in der

LEBENSMITTEL-ABTEILUNG

GEMÜSE-KONSERVEN

Pfefferlinge	1/2 Dose 40 Pf.
Junge Schoten III	1/2 Dose 45 Pf.
Junge Schoten extrafein	1/2 Dose 85 Pf.
Stangenspargel II	1/2 Dose 1.05 Mk.

Stangenspargel extra stark	1/2 Dose 1.40 Mk.
Bruchspargel ohne Köpfe	1/2 Dose 58 Pf.
Bruchspargel I	1/2 Dose 85 Pf.
Bruchspargel extra stark	1/2 Dose 1.15 Mk.

FRÜCHTE-KONSERVEN

Saure Kirschen ohne Steine	1/2 Dose 90 Pf.
Saure Kirschen ohne Steine	1/2 Dose 50 Pf.
Saure Kirschen mit Steinen	1/2 Dose 60 Pf.
Saure Kirschen mit Steinen	1/2 Dose 35 Pf.
Mirabellen	1/2 Dose 65 Pf.

Heidelbeeren	1/2 Dose 55 Pf.
Stachelbeeren Dunst	Glas 24 Pf.
Kirschen ohne Steine	Glas 38 Pf.
Heidelbeeren	Glas 24 Pf.
Pfirsiche halbe Frucht, geschält	1/2 Dose 1.20 Mk.

HÜLSEN-FRÜCHTE, NEUE ERNTE

Viktoria-Erbesen	Pfund 17 Pf.
Kleine Erbsen	Pfund 16 Pf.
Grüne Erbsen	Pfund 15 Pf.
Schäl-Erbesen	Pfund 19 Pf.
Gelbe Spalterbsen	Pfund 17 Pf.
Grosse Linsen	Pfund 38 Pf.

Mittel-Linsen	Pfund 30 Pf.
Kleine Bohnen	Pfund 15 Pf.
Lange Bohnen	Pfund 19 Pf.
Rangoon-Reis	Pfund 16 Pf.
Java-Reis	Pfund 19, 24 Pf.
Türkische Pflaumen	Pfd. 27, 33 Pf.

FLEISCHWAREN

Zervelatwurst in Rinddarm	Pfund 1.20 Mk.
Salamiwurst in Rinddarm	Pfund 1.20 Mk.
Plockwurst in Rinddarm	Pfund 1.10 Mk.
Rotwurst	Pfund 48 Pf.
Zwiebelwurst	Pfund 48 Pf.

Landleberwurst	Pfund 90 Pf.
Feine Leberwurst	Pfund 95 Pf.
Gänsebrust (Spickgans)	Pfund 1.45 Mk.
Delikatess-Schinken	Pfund 1.10 Mk.
Kasseler Rippespeer	80 Pf.

FRISCHE FRÜCHTE

Almeria-Trauben	Pfund 35 Pf.
Trauben-Rosinen	Pfund 60 Pf.

Tiroler Aepfel	Pfund 14 Pf.
Maronen	Pfund 16 Pf.

Ananas Pfund 68 Pf.

Holländischer Kakao Spezialmarke			
Paket	1/2	1/2	1/4 Pfund
Qualität I	2.10	1.05	55 Pf.
Qualität II	1.80	90 Pf.	45 Pf.

Junge Gänse Pfund 60 u. 65 Pf.

Fasanen Stück 1.75 u. 2 Mk.

WEIN INKL. FLASCHE

1905 ^{er} Oberbilliger	1/2 Fl. 75 Pf.
1905 ^{er} Eitelsbacher	1/2 Fl. 1.10
1904 ^{er} Oppenh. Schloss	1/2 Fl. 1 Mk.

1904 ^{er} Deidesheimer	1/2 Fl. 1.30
1900 ^{er} Chât. Fronsac	1/2 Fl. 95 Pf.
1900 ^{er} Chât. de Parempuyre	1.20

Unsere Geschäftshäuser werden um 1/2 9 Uhr geöffnet.

Zur Kommunalwahlbewegung.

Dier Kommunalwahlbezirke

hatten zu Dienstag abend Versammlungen einberufen, in denen die Kandidaten sich ihren Wählern vorstellten.

Da diesmal auf den 32. Wahlbezirk das Los gefallen ist, einen Hauptbesitzer in das Stadiparlament senden zu wählen, während für den 33. Bezirk ein Mann ohne Haus genügt, sind die Genossen in den beiden Bezirken übereingekommen, ihre Kandidaten und bisherigen Vertreter auszutauschen, so daß nun der Genosse Dr. Wehl im 32., der Genosse Karl Leid im 33. Wahlbezirk kandidiert.

Im 32. Bezirk bei Hensel, Invalidenstr. sprach Genosse Dr. Wehl. Er knüpfte an den Ausspruch des Professors Adolf Wagner an, daß Berlin in kommunaler Beziehung die rückständigste Stadt der Welt sei. Wohl müsse man dem konservativen Scheitern Regierungsrat das Recht bestreiten, einen solchen Ausspruch zu tun, das Urteil selbst sei jedoch berechtigt. Es könne auch dadurch nicht abgeschwächt werden, daß sich nun eine Reihe von Lichtblenden in der Kommunalverwaltung beobachten ließen, denn dies sei lediglich der sozialdemokratischen Fraktion zu danken. Für diese Behauptung brachte der Redner dann aus den verschiedenen Gebieten des kommunalen Lebens eine Fülle von Beweisen, von Tatsachen, die erkennen ließen, wie die Sozialdemokraten im Roten Hause unablässig bemüht sind, den Segnern KonzeSSIONen abzurufen. Vielfach sehen sich die Segner aus Furcht vor der öffentlichen Meinung, wenn auch widerstrebend, oftmals genötigt, ihren Widerstand gegen Maßnahmen aufzugeben, die der Masse der Bevölkerung zugute kommen. Wieviel hier noch zu tun ist, zeigte der Redner namentlich auch auf dem Gebiete der kommunalen Kranken- und Gesundheitspflege. Er erwähnte den Mangel in den Krankenhäusern, das Bestreben der freisinnigen Stadtverwaltung, diese Tatsache zu verschleiern, sowie den schier unglaublichen Umstand, daß Leute ohne jegliche Vorbildung als städtische Krankenschwestern angestellt werden. Der Antrag, der hier Abhilfe schaffen soll, kommt jedoch jetzt erst in der Deputation zur Verhandlung. — Wer in der Versammlung dem inhaltreichen Vortrag Dr. Wehls folgte, konnte nicht mehr darüber im Zweifel sein, welcher Partei er bei den Wahlen seine Stimme geben muß.

In der Versammlung für den 33. Wahlbezirk, die den Saal des Schweinmörder-Gesellschaftshauses füllte, entsand Genosse Karl Leid ein Spiegelbild von dem Wirken der Freisinnmehrheit im Parlamentshause in der Königsstraße. Man könne ein kommunales Gebiet nehmen, welches man wolle, überall zeige sich Engstirnigkeit, Kleinlichkeit. Wo Fortschritte gemacht worden sind, sind sie im wesentlichen dem ständigen Drängen der Sozialdemokraten zu danken. Im Rathaus seien es nur die Sozialdemokraten, die sich der Interessen der erwerbstätigen Bevölkerung annähmen. Die Segner verträten die Interessen des Geldsacks, vornehmlich die der Haus- und Grundbesitzer. Es nähme sich ordentlich komisch aus, wenn man diese Leute von ihrem Gemein-sinn reden höre. Dieser Gemein-sinn sei nur vorhanden, wenn die Interessen ihrer Mandatgeber geschützt würden und sonst nichts koste als einige Redensarten. Recht kraß sei das bei Beratung der Wertzuwachssteuer in Erscheinung getreten. Eingehend behandelte der Redner dann den Charakter der Wertzuwachssteuer und die Verhandlungen im Rathaus. Die erfolgte Ablehnung liege begründet in dem schmächtlichen Dreiklassenwahlrecht und dem Hausbesitzerprivileg. Das sei schuld daran, daß jene gerechte Steuer, selbst in der äußerst milden Form der Magistratsvorlage, nicht zustandekommen konnte. Der Redner schloß mit der Aufforderung an die Parteigenossen, mit ganzer Kraft und allem Eifer dafür zu wirken, daß die Hoffnungen, die die Segner auf den 6. November setzen, gründlich aufzuhalten werden und über allen Bezirken der dritten Abteilung an jenem Tage die rote Fahne weht.

Der Stadtteil Moabit, der diesmal mit dem 44. und dem 45. Bezirk dritter Abteilung an den Stadtverordnetenwahlen beteiligt ist, hat eine ganz besondere Zusammensetzung der Wählerschaft. Da draußen hat die Sozialdemokratie noch mit den Resten der ehemaligen „Bürgerpartei“ zu rechnen, mit jener Gruppe aus konservativen, Antisemiten, Mittelständlern usw., die immer noch davon träumt, wieder mal einen eigenen Vertreter ins Rathaus entsenden zu können. Die „Bürgerpartei“ verspricht einst, die Macht des Stadtfreisinn zu zerstückeln, aber sie selber ist bei diesem Versuch täglich zugrunde gegangen. In den Wahlbezirken dritter Abteilung hat die Sozialdemokratie mit wachsendem Erfolg an der Lösung der Aufgabe gearbeitet, der hinausgebrängten „Bürgerpartei“ den Freisinn hinterher zu werfen. Wo der Freisinn sich in einem Bezirk dritter Abteilung noch behauptet hat, da verdankt er das der dienstwilligen Hilfe der Konservativen nebst Antisemiten, Mittelständlern usw. Den wunderlichen kommunalpolitischen der ehemaligen „Bürgerpartei“ ist die beschämende Aufgabe zugefallen, dem gehähten Stadtfreisinn Handlangerdienste gegen die Sozialdemokratie zu leisten und ihre eigenen Anhänger den hilflosbedürftigen Leuten Jakobis, Cassels, Rosenow's und Konsorten als Schutztruppe zuzuführen. Anders liegen die Dinge nur im 44. und im 45. Bezirk, dort ist in der freisinnig-konservativen Paarung das Verhältnis umgekehrt. Die Konservativen nebst Anhang sind dort noch dem Freisinn an Zahl überlegen, und das armselige Häuflein der Freisinnigen, das sich da draußen behauptet hat, muß nach dem Hochpolitik-Grundriss „Eine Hand wäscht die andere“ die Konservativen in ihrem Kampfe gegen die Sozialdemokratie unterstützen. Auch diese beiden Bezirke sind im Rathaus bereits durch Sozialdemokraten vertreten, der 44. Bezirk durch den Genossen Glode, der 45. Bezirk durch den Genossen Liebnicht. Aber noch einmal unternehmen jetzt die Konservativen den Versuch, gegen die Sozialdemokratie um den Besitz dieser Mandate zu ringen. Seit Monaten schon sind sie eifrig dabei, den Wahlkampf vorzubereiten. Wir werden dort einen heißen Streit zu bestehen haben.

Unsere Genossen aus dem 6. Reichstagswahlkreis haben die Aufstellung der Kandidaten für die Stadtverordnetenwahlen in der Generalversammlung des Wahlvereins vorgenommen. Für die beiden Bezirke Moabit, die an der Wahl teilnehmen, sind die bisherigen Vertreter Stadtverordneter Genosse Glode und Stadtverordneter Genosse Liebnicht wiederum aufgestellt worden. Die ersten Kommunalwählerversammlungen für Moabit waren auf Dienstag einberufen worden. — In der Versammlung für den 44. Bezirk, in der Moabiter Brunner, Turmstraße, referierte der Kandidat des Bezirks, Genosse Glode, über das kommunale Programm der Sozialdemokratie. Er zeigte, was die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion in ihrem Kampfe für die Interessen der werktätigen Bevölkerung bereits erreicht hat und was noch erreicht werden muß. Unter anderem erörterte er unsere Forderungen auf dem Gebiete des Schulwesens und des Fortbildungswesens. Die Stadt habe nicht nur für Fortbildungsschulen, für Bibliotheken und Vespallen zu sorgen; sie solle z. B. auch die Volkunterhaltungsbestrebungen nicht der Privatinitiative allein überlassen. Ausdrücklich besprach Glode die Pflicht der Arbeiterfürsorge, die der Stadt zukommt. Er forderte Fürsorge nicht nur für die Gemeindearbeiter, denen bessere Arbeitsbedingungen zu gewähren seien, sondern Fürsorge für die Arbeiterklasse überhaupt, die von der Stadt die Schaffung von Arbeitsstätten und Arbeitsnachweiser, die Aufstellung von Arbeitslosenstatistiken sowie eventuell die Gewährung von Arbeitsloshilfe (Kostensarbeiten) erwarte.

In der Versammlung für den 45. Bezirk, im Arkushof (Pferdebergstraße), referierte Stadtverordneter Genosse Dupont. Er wies hin auf den „Hochverrats“-Prozess, der den Kandidaten des Bezirks

Genossen Liebnicht verhinderte, an diesem Abend vor den Wählern zu sprechen. Dupont geißelte das Treiben der freisinnig-hausagrarischen Stadtverordnetenmehrheit, die jede intensive Fürsorge für die werktätige Bevölkerung, jeden Fortschritt in unserer Schulwesen, unserem Gesundheitswesen usw., dadurch unmöglich zu machen sucht, daß sie sich weigert, neue Finanzquellen z. B. durch eine Wertzuwachssteuer zu erschließen. Der Redner forderte, daß in der Gemeindeverwaltung eine „Sozialkommission“ eingerichtet werde, die mit den Fragen sozialer Fürsorge für die Minderbemittelten sich zu beschäftigen hätte. Zu ihren Aufgaben würde zum Beispiel auch die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse gehören, die allerdings den Hausagrarern sehr in die Quere kommen würde. In beiden Versammlungen ergab sich Übereinstimmung der Wähler mit den Ausführungen der Referenten. Moge am Wahltag in dem harten Kampfe, der gegen die vom Hausagrarertum geführten KonzeSSIONen samt Freisinn ausgefochten werden muß, jeder unserer Genossen seine Pflicht tun!

Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg. Heute abend 8 Uhr findet im „Volkshaus“, Rosinenstr. 3, eine Protestversammlung statt, in welcher das Vorgehen der Schuldeputation gegen den Verein „Freie Turnerschaft“ behandelt werden soll. Referent ist Stadtverordneter Genosse Dr. Vorhard. Es wird notwendig sein, daß für einen Massenbesuch dieser Versammlung Sorge getragen wird.

Schöneberg. Parteigenossen! Am Sonnabend, den 12. Oktober, arrangiert der Wahlverein im Saale der Schloßbrauerei einen humoristischen Abend, bestehend aus Gesang, Vorträgen, Rezitationen und Theater. Das Programm ist ein sehr gutes und haben tüchtige Kräfte ihre Mitwirkung zugesagt. Während der Vorstellung ist das Rauchen verboten. Jährlichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Waidmannslust und Umgegend. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet Sonntag, den 13. Oktober, nachmittags 4 Uhr, im „Schweizerhäuschen“, Waidmannslust, statt. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitage in Essen. Referent: Genosse Brühl. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Spandau. Am 11. d. M. findet bei Schwabe, Segelfelderstr. 54, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Einlad. nur gegen Vorzeigen der Mitgliedsbücher. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Im Dienste der Großen Berliner.

Die Große Berliner besitzt bekanntlich ein geradezu meisterhaftes Geschick darin, die Straßen Berlins und auch die der Vororte ihren Monopolbestrebungen dienstbar zu machen. Sie hat es verstanden, über den Kopf der Berliner städtischen Verwaltung hinweg sich eine neunzigjährige KonzeSSIONsverlängerung ihres mit der Stadt Berlin geschlossenen Vertrages zu beschaffen und sie versteht es noch heute, dank der „guten Beziehungen“ sich ständig Privilegien zu sichern. Daneben ist sie darauf aus, durch fortgesetzte Anfertigung und Einreichung neuer Projekte dafür zu sorgen, die städtische Verkehrspolitik nach Möglichkeit zu hemmen. In diesem Bestreben bedient sie sich der verschiedenartigsten Mittel. Noch im verflossenen Winter ereignete es sich, daß ein hoher Beamter sich zum Boten der Großen Berliner hergab und an einer bestimmten Stelle sich für schleunigste Erteilung der Zustimmung zur Herstellung der Oberleitung über den Opernplatz verwandte.

Auch sonst gibt es verschiedene Stellen, die im Dienste der Großen Berliner fortgesetzt tätig sind; nicht zum wenigsten ist es die Berliner Presse, die allen der „Großen“ dienenden Mitteilungen und Notizen bereitwilligst ihre Spalten öffnet und so die öffentliche Meinung irreführt. Es gibt kaum ein Berliner Blatt, in dem nicht diese oft gänzlich falschen und irreführenden Mitteilungen Unterschlupf finden. So wurde dieser Tage wieder eine Meldung über den Stand der großen Untertunnelungsprojekte „lanciert“, lediglich zu dem Zweck, Stimmung zu machen. Es wird in dieser Notiz mitgeteilt, daß die technische Prüfung der Untergrundbahnentwürfe der Großen Berliner beendet sei und die Pläne dem Minister der öffentlichen Arbeiten vorliegen. Der Polizeipräsident habe die Stadt Berlin wissen lassen, daß die landespolizeiliche Genehmigung dieser Pläne aus Gründen des allgemeinen Verkehrs mit Bestimmtheit zu erwarten sei. Weiter heißt es wörtlich:

„Sache der Straßenbahn ist es jetzt, die im § 5 des Kleinbahngegesetzes vorgesehene Genehmigung der Gemeinde eingeholen. Das hätte in diesem Falle in Form eines Vertrages zwischen Stadt und Straßenbahn zu geschehen. Da die Stadt aber, wie bekannt, die von der „Großen Berliner“ beantragte Verlängerung der KonzeSSIONsdauer um neunzig Jahre nicht genehmigen will und an das Zustandekommen eines Zustimmungsvertrages auf Grund dieser Bedingung nach Lage der Sache kaum zu denken ist, müßte gemäß den Paragraphen 6 und 7 des Kleinbahngegesetzes die Zustimmung durch die Aufsichtsbehörde im Wege des Ergänzungsverfahrens bewirkt werden — ein langwieriges und umständliches Unternehmen. Im Ergänzungsverfahren wird nicht nur die Dauer der KonzeSSION, sondern auch die Höhe der Entschädigung festgesetzt, die von der Stadt bei Übernahme des Betriebes an die „Große Berliner“ zu zahlen wäre. Die Rechtslage zwischen Stadt und Straßenbahn ist um so verwickelter, als die Bestimmungen des bestehenden Vertrages zwischen Magistrat und der „Großen Berliner“ über das, was nach Ablauf der KonzeSSION in den Besitz der Stadt Berlin übergehen soll, recht unklar sind. Diese Bestimmungen müßten notgedrungen einer Revision unterworfen werden. Die Aufsichtsbehörde sieht, wie wir ferner ersehen, auf dem Standpunkt, daß der „Großen Berliner“ bei Ausföhrung ihrer beiden Untergrundbahnlinien eine KonzeSSIONsverlängerung von erheblicher Dauer zuzubilligen sei, daß aber den Verhandlungen darüber nicht unbedingt die von der Straßenbahn beantragte 90jährige KonzeSSIONsverlängerung zugrunde gelegt werden müßte.“

Diese Notiz fanden wir unter anderen im „Berl. Tageblatt“ ohne jeden Kommentar. Und damit die Sache besser wirkt, kommt auch der „unparteiische“ „Lokal-Anzeiger“ der Großen zu Hilfe, indem er folgende Meldung abdruckt:

„Gleichzeitig damit (mit den Untertunnelungsprojekten) wird von neuem der Streit zur Sprache kommen, der zwischen der Stadt Berlin und der Großen Berliner Straßenbahn wegen der KonzeSSIONsdauer herrscht und dessen Ausstrahlung nur ruhe, weil eben die Frage dilatorisch behandelt werden mußte. Jetzt wird der ganze Fall wieder auf und die Stadt Berlin muß aus ihrer Reserve hervortreten. Sie ist zwar nicht die direkt Angreifende, aber sie muß sich, ihrer Meinung nach, gegen die Übergriffe der „Großen Berliner“ wehren. Am besten für beide Parteien wäre natürlich eine friedlich-schiedliche Einigung, am besten auch für die Berliner Bevölkerung. Am Ende sind die Ver-

hältnisse zwar immer starker als der einzelne Mensch, und so würden wir die so dringend notwendigen Verkehrsverbesserungen doch erhalten. Ein Prozeß wegen eines so inemsen Objektes nimmt Jahre in Anspruch, und inzwischen kann kein Spontensich getan werden. Minister von Breitenbach hat auch keinen Zweifel darüber gelassen, daß eine außergerichtliche Auseinandersetzung der einzig willkommene Weg sei, um den gordischen Knoten zu lösen, und es hat auch den Anschein, als ob in jüngster Zeit Bestrebungen im Gange sind, dem ministeriellen Winke Folge zu leisten. Die Bedenken technischer Natur, die von der Stadt gegen die Untertunnelungsprojekte der Großen Berliner geltend gemacht werden, sind längst hinfällig geworden; bleibt also nur die Dauer der KonzeSSION als Eisapfel übrig. Neunzig Jahre verlangt die „Große Berliner“; die Stadt will ihr aber keine KonzeSSION über das Jahr 1919 einräumen, den Zeitpunkt, an dem die Stadt denkt, berechtigt zu sein, die Straßenbahn in eigene Regie zu übernehmen. Sie steht ungefähr auf dem Standpunkt, daß sie zwar bereit sei, die Ausföhrung des Projektes zu fördern, aber nur dann geneigt ist, weiter zu verhandeln, wenn die „Große Berliner“ die Rechte der Stadt zur Übernahme der Bahnanlage im Jahre 1919 anerkennt. Hier ist der springende Punkt. Die „Große“ erweist bis jetzt nichts an, und wie die Dinge im Jahre 1919 liegen werden, weiß heute noch niemand. Sicher ist nur, daß zu diesem Zeitpunkt die Sache nicht glatt gehen wird, weil die „Große Berliner“ über dieses Jahr 1919 hinaus eine Reihe von KonzeSSIONen für andere Strecken besitzt, ohne die die Berliner Straßenbahn einem Torso gleichkommt. Sicher ist aber auch, daß die Dinge nicht mehr lange in der Schwebe bleiben können; sollte sich ihre Ordnung nur durch ein Nachwort herbeiföhren lassen, so hat es der unterliegende Teil seiner allzu großen Halsstarrigkeit zuzuschreiben.“

Man sieht, wie die „Große Berliner“ es versteht, die Presse in ihren Dienst zu zwingen. In Wirklichkeit steht die Sache so, daß hervorragende Sachverständige die ganzen Untertunnelungsprojekte als gänzlich unbedenklich erklart haben, und man muß nach Lage der Sache zu dem Schluß kommen, daß es der „Großen Berliner“ mit der Ausföhrung ihrer Pläne gar nicht ernst ist; zwingen kann sie auch niemand dazu. Die Hauptsache ist, daß alle übrigen Verkehrsprojekte durch das der „Großen“ lahmgelagt werden. Wenn es also auf dem Gebiete des Verkehrswezens nicht schneller vorwärts geht, so liegt das nicht an der Halsstarrigkeit der städtischen Verwaltung, sondern an der „Großen Berliner“, die im Hinblick auf ihre „guten Beziehungen nach oben“ ein Recht auf Privilegien zu haben glaubt. Das klare Recht ist auf seiten der Stadt. Das trifft insbesondere zu auf die Frage der KonzeSSIONsdauer, und ein Nachwort im Interesse der „Großen“ kann nur offenkundiges Unrecht gegenüber der Stadt und den Bürgern Berlins bringen.

Die obigen Darlegungen beweisen aber wieder einmal, welche Virtuosität die „Große Berliner“ besitzt, die „öffentliche Meinung“ sich dienstbar zu machen.

Der Ministerialdirektor a. D. Wiede, Leiter der „Großen Berliner“, soll, nach einer Meldung des „Sozial-Anzeiger“ zufolge auf sein Ansuchen eine Unterredung mit dem Oberbürgermeister Kirchner gehabt haben. Auch diese Unterredung wird den Lesern des „Unparteiischen“ in folgender Form mitgeteilt:

„Der vom Ministerialdirektor zu erkennen gegebene Zweck war, dem Leiter unserer städtischen Verwaltung näher zu treten und die Schwierigkeiten zu mildern, die durch die verschiedenartige Auffassung über die Sachlage nun einmal zwischen der Kommune und dem größten Verkehrsunternehmen Berlins bestehen. Die Konferenz zwischen den beiden Männern hat einen durchaus freundlichen Charakter getragen. Wie weit die Aussprache jedoch imstande war, gegenläufige Auffassungen zu überbrücken und sachlichen Widerstreit seine Schärfe zu nehmen, kann erst die Zukunft lehren. Jedenfalls darf es als ein Gewinn für die Verkehrsinteressen der Reichshauptstadt angesehen werden, wenn zwei so maßgebende Herren Gelegenheit nehmen, zueinander in persönliche Föhlung zu treten.“

Wir meinen, daß die konjunktive Form der Unterredung an dem klaren Recht der Stadt nichts ändern kann.

Obdachlos! Im städtischen Obdach nächstigten im August d. J. 30 268 männliche und 575 weibliche, zusammen 30 843 Personen. Das Familienobdach beherbergte am 1. September außer 22 Familien mit 81 Personen noch 134 Einzelpersonen. Im Männerasyl des Asylvereins fanden im August 21 576, im Frauenasyl 2902 Personen (einschließlich 9 Kinder) Unterkunft.

Der Stadtverordnetenaußschuß zur Vorbereitung der Magistratsvorlage über die Anbringung von Reklameschildern an den Kandelabern der öffentlichen Straßenlaternen beschloß nach kurzer Beratung einstimmig, der Stadtverordnetenversammlung die Annahme der Vorlage zu empfehlen. Nach dieser Vorlage wird den Herren Altmann, Müller und Schelle gestattet, an den Kandelabern Berlins kleine weiße Emailleschilder von je 15 Zentimeter Höhe und zwölf Zentimeter Breite und zwar immer nur zwei Schilder an einem Kandelaber anzubringen. Die Unternehmer verpflichten sich für die ersten zwei Jahre des Vertragsverhältnisses einen Jahresmietzins von je 8 M. und für das dritte Jahr einen Mietzins von je 8 M. zu zahlen und zwar mit der Maßgabe, daß mindestens für 25 000 Kandelaber Mietzins zu entrichten ist, ohne Rücksicht darauf, ob eine solche Zahl tatsächlich mit Schildern versehen ist oder nicht. Es ergibt sich daraus ein Mindestmietvertrag von 150 000 resp. 200 000 M. jährlich. Die kleinen weißen Emailleschilder, die Reklamezwecken dienen sollen, werden in etwa einer Höhe von 1 1/2 Meter um den Schaft der Laternen befestigt.

Mit dem Verkauf des bekannten historischen Hauses Am Königsgraben 10, in dem G. E. Lessing längere Zeit gewohnt und einige seiner beliebtesten Werke gedichtet hat, beschäftigt sich ein von der Stadtverordnetenversammlung eingeleiteter Ausschuß. Es wurde beschloßen, die Magistratsvorlage a b z u l e h n e n, falls nicht mindestens 550 000 M. für das nach der Alexanderstr. 61 durchgehende Grundstück erzielt werden.

Kerzliche Hölle auf dem Bahnhof. Ein sonderbarer Vorgang hat sich vorige Woche auf dem Bahnhof Tiergarten zugetragen. Wie man uns nachträglich mitteilt, wurde am 3. d. M., abends 8 Uhr, ein Streckenwärter in dem Augenblick, als er einem Zuge ausweichen wollte, von einem anderen heranbrauenden Zuge gestreift und am Kopf erheblich verletzt, so daß er bestimmungslos liegen blieb. Man brachte den Verletzten mittels Krankenforders nach dem Bahnhof Zoologischer Garten, weil auf dem Bahnhof Tiergarten kein Bahnhofsarzt ist. Um 9 Uhr auf dem Bahnhof Zoologischer Garten angekommen, stellte sich heraus, daß der Bahnhofsarzt nicht anwesend war, weshalb nach seiner in der Kaiser Friedrichstraße 3 Charlottenburg gelegenen Wohnung geschickt wurde; aber auch hier traf man den Arzt nicht an. Nur erst wurde der Schwerverletzte, der so lange im Gedränge untergebracht worden war, nach der Unfallstation gebracht, woselbst ihm ein Rotverband angelegt wurde. Ein Beamter, den unser Gewährsmann fragte, weshalb man den Verletzten nicht gleich auf die Unfallstation gebracht habe, soll geantwortet haben, daß laut Vorschrift nur der Bahnarzt zu berufen sei.

Trifft diese Mitteilung zu, so ist die Eisenbahnverwaltung von dem Vortrat nicht freizusprechen, daß sie nicht schnell genug alles getan hat, um ärztliche Hilfe herbeizuschaffen. Der Zustand des

Schwerer Verbrechen war berath, daß umgehend ärztliche Hilfe zur Stelle geholt werden mußte und zwar schon auf dem Bahnhof Ziergarten. In solchen Fällen können bürokratische Vorschriften nichts nützen, sondern Menschenleben gefährden.

Die vergessenen Vogenlampen. Beim Zwanzigmillionen-Dom im Lustgarten ist kürzlich eine neue Schmutzanlage dem öffentlichen Verkehr übergeben worden. Aberhalb Jahrzehnte hat man gebraucht, ehe hier der Baum für fortgenommen und eine der un bequemsten Passagen beseitigt werden konnte. Länger als ein Jahr hat allein die Herstellung dieser allerdings ja recht hübschen, mit Kupferblechen versehenen Schmutzanlage erfordert. Und doch hat man dabei etwas Wichtiges vergessen, nämlich die Ventilation. Die Vogenlampen der Friedrichsbrücke werfen ihr Licht nur bis in die Mitte des neuen Schmutzplatzes, so daß die dem Dom zugekehrte Hälfte völlig im Dunkel bleibt. Demnach müßten also, wie es schon nachträglich beschlossene Sache ist, die Wege behufs Reinigung der Leitungsröhre und Aufstellung der Lichtträger abermals umgebuddelt werden. Bei zwanzig Millionen kommt ja auch auf ein paar Tausender mehr oder weniger nicht an. Die Steuerzahler sind so gut, es zu betrappen.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern vormittag gegen 8 Uhr in der Müllerstraße. Dort verfuhr ein unbekannter, etwa 30-jähriger Mann die Vorderplattform eines in der Fahrt befindlichen Straßenbahnwagens der Linie 25 zu besteigen, glitt aus und fiel so unglücklich, daß er eine schwere Gehirnerschütterung erlitt. Der Mann, dessen Personalien bisher nicht festgestellt werden konnten, wurde nach dem Paul Gerhardt-Stift übergeführt.

Durch einen Radfahrer überfahren und tödlich verletzt wurde gestern die 40 Jahre alte Wäschenäherin Emma Franke aus der Landbergerstraße 84. Vor einem Hause in der Großen Frankfurterstraße wollte die F. den Fahrradweg überschreiten, als sie von einem Radfahrer umgerissen und überfahren wurde. Sie zog sich neben erheblichen Verletzungen im Gesicht auch einen schweren Schädelbruch zu und wurde in hoffnungslosem Zustand in das Krankenhaus am Friedrichshain gebracht.

Ein Glendöck. Rot und Entbehrungen haben den 40 Jahre alten Arbeiter August Wolke, Wilhelm Stolzestraße 25 in den Tod getrieben. Er war längere Zeit hindurch ohne Beschäftigung gewesen und alle seine Bemühungen, wieder Arbeit zu erhalten, scheiterten. Es stellten sich bald Sorgen und große Not ein. In der Verzweiflung suchte er seinen anderen Ausweg, als sich das Leben zu nehmen. Gestern fand man ihn auf dem Boden erhängt auf. Der Tod war bereits eingetreten.

Zu dem tödlichen Bauunfall, der sich am Dienstagmorgen in der Müllerstr. 154 auf einem Neubau ereignete, wird uns ergänzend mitgeteilt, daß der Verunglückte nicht aus der dritten Etage sondern vom Dach abgestürzt und in den Nachbarhof gefallen ist. Der Tod trat sofort ein. Der Verunglückte war mit mehreren Kollegen beim Mischen beschäftigt und stand auf einem Binder. Hierbei muß beim Zureichen der Dachschäme gegen den Binder gefahren worden sein, weshalb der Zimmerer Müller mit dem Binder in die Tiefe stürzte. Der Bau wurde nach dem Unglück polizeilich gesperrt.

Das Schiller-Theater hat ein schönes kleines Wächlein erscheinen lassen, in dem die Zeitung eine Uebersicht über die mannigfachen Veranstaltungen des Schiller-Theaters gibt: einige historische Daten über die Entstehung des Theaters und der verschiedenen im Laufe der Jahre von der Direktion veranstalteten Unternehmungen, genaue Mitteilungen über die Preise und Abnommens des Schiller-Theaters O. und Charlottenburg. Ausführliches wird mitgeteilt über die Dichter- und Liederdichter-Abende des Schiller-Theaters, die seit 13 Jahren am Sonntag im Bürgercafé des Berlinerischen Rathauses abgehalten werden. Für den kommenden Winter sind unter anderem ein Edward Grieg-Abend, ein Gerhart Hauptmann-Abend, ein Georges Bizet-Abend, ein Joseph von Eichendorff-Abend, ein Heinrich Heine-Abend vorgesehen, der 10. November wird, wie üblich, Schiller gewidmet sein. — Ganz neu sind die Mitteilungen über die Veranstaltungen des dem Schiller-Theater Charlottenburg angegliederten Schiller-Saales, der ausschließlich der Volksbildung und Volkserhaltung gewidmet, jetzt mit einem reichhaltigen Programm für die Monate Oktober, November, Dezember seiner Bestimmung übergeben wird. Die Veranstaltungen haben am Mittwoch, den 2. Oktober, begonnen mit einem Vortrage des Universitätsdozenten Dr. Edmund Hilbrandt über Anselm Feuerbach. Unter anderem hat auch Edward Bernstein am Montag seinen zehnjährigen Zyklus über Staats- und Gesellschaftsideale im Laufe der Jahrhunderte begonnen. Das Wächlein, das genaue Auskunft über die Preise sämtlicher Veranstaltungen und darüber, wo und zu welchen Stunden die Eintrittskarten zu haben sind, gibt, wird an den Kassen beider Schiller-Theater unentgeltlich ausgefolgt.

Feuerwehrbericht. Gestern früh wurde die 4. Kompanie wegen eines Wohnungsbrandes nach der Zugenburgerstraße gerufen. Möbel usw. brannten dort. Vorher war in der Strahburgerstr. 14 ein Pflanzkasten ausgekommen. Risten u. a. wurden in der Faldenleinstr. 6 in einem Buttergeschäft ein Raub der Flammen. Der 17. Zug wurde nach der Jerusalemstr. 14 alarmiert. Dort war vor dem Hause ein Lichttisch der elektrischen Straßenbeleuchtung durchgebrannt. Die Feuerwehr schaltete den Strom aus. In der Magazinstr. 2 wurden Möbel ein Raub der Flammen. Ferner hatte die Wehr in der Leipzigerstraße und Lindenstr. 93 zu tun, um Pferde, die ein Verkehrshindernis bildeten, aufzurichten. Außerdem wurde die Feuerwehr nach dem Kottbuserdamm 31/32, Friedrich Wilhelmstraße 27 u. a. Stellen gerufen.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Unter den großen Befänden (2500 Stück) der Schweinemastanstalt der Stadt Charlottenburg in Seegerberg ist die Seuche ausgebrochen und hat den ganzen Bestand infiziert. Ein Teil der kranken Schweine hat geschlachtet werden müssen. Die Entstehung der Seuche ist wie in den meisten Fällen, nicht mit Bestimmtheit aufzuklären; man nimmt an, daß sie mit kürzlich eingelaufenen Schweinen eingeschleppt worden ist. Hierbei muß erinnert werden, daß von Sachverständigen auf die Gefahren hingewiesen wurde, die durch eine Anhäufung solcher großer Bestände wie in Seegerberg, Friedrichsfelde usw. entstehen, sobald auch nur ein Schwein erkrankt. Innerhalb acht Tagen sind dann in der Regel sämtliche Bestände vom Husten usw. befallen und müssen in Quarantäne genommen werden.

Rixdorf.

Todessturz aus dem Fenster. Weil sie sich nicht von ihrem Sohn trennen konnte, hat gestern die Witwe des Schneidemessers Roschmidt aus der Bergstr. 140 Selbstmord verübt. Der einzige Sohn der R. sollte gestern beim Militär eingezogen werden. Die alte Frau vermochte die Trennung von ihrem Kinde nicht zu ertragen. In einem unbedachten Augenblick stürzte sie sich aus dem Fenster heraus. Mit geschmettertem Schädel blühte die Bedauernswerte auf dem Hofe liegen. Der Tod war auf der Stelle eingetreten.

Steglitz.

Die Genossen von Steglitz werden vergeblich im „Vorwärts“ nach dem Bericht über die letzte Wahlvereinsversammlung gesucht haben. Dem aufmerksamen Beobachter muß es jedoch aufgefallen sein, daß der Bericht in der Denkschriftnummer unter „Stolpe“ steht. Einen Wahlverein mit 600 Mitgliedern nach Stolpe zu verlegen, ist das stärkste Stück, was bis jetzt der Druckfehlerteufel geleistet hat.

Ein verhängnisvoller Unglücksfall ereignete sich vorgestern nachmittag an der Kiekerstraße. Der Kaufmann Peter Schmidt, in Berlin, Brunnstraße 45 wohnhaft, hatte auf einem Gerüst, das unterhalb der Brücke angebracht war, gestanden und die Eisenkonstruktion gestrichen. Durch einen hohen Möbelschrank, der gegen

das Gerüst fuhr, wurde Sch. herabgeschleudert. In besinnungslosem Zustande fand der Verunglückte im Kreisfrankenhaus Aufnahme. Er hatte einen Schädelbruch erlitten und wird wohl kaum mit dem Leben davonkommen.

Röpenitz.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurden die am Schluß dieses Jahres auszuführenden unbesoldeten Stadträte Zeune, Schlow und Willnow auf sechs Jahre wiedergewählt; für Willnow wurden von 83 abgegebenen Stimmen nur 10 gezählt, 14 Jettel waren unbeschrieben. Dem Antrage des Magistrats, Steuerpflichtige mit einem Einkommen von nicht mehr als 420 M. zur Einkommensteuer nicht mehr heranzuziehen, wurde ohne Debatte zugestimmt. Desgleichen dem Antrage, die Polizei zum 1. April 1908 um einen Wachmeister, sieben Polizeifergeanten und einen Bureauassistenten zu vermehren. Der Rechnungsabluß der städtischen Straßenbahn für das Jahr 1906/07 weist eine Einnahme von 165 254,90 M. und eine Ausgabe von 149 524,21 M. auf. Von dem 15 730,69 M. betragenden Reingewinn werden auf Beschluß der Versammlung 10 000 M. der Stadthauptkasse und 5730,69 M. dem Reservefonds überwiesen; letzterer beträgt nunmehr 20 991,31 M. Das Ortsamt über die Besoldung der Gemeindebeamten, welches in letzter Sitzung nochmals in die Kommission zurückverwiesen wurde, gelangte nunmehr zur Annahme. Nach demselben werden die auf Lebenszeit angestellten Beamten in folgende Besoldungsklassen eingeteilt: 1. Kassendirektor, Oberstadtssekretäre, Polizeikommissar und vereidigte Landmesser, Gehalt 2800 M., steigend von 3 zu 3 Jahren um 300 M. bis zum Höchstbetrage von 4800 M. und 600 M. Mietsbeitrag; 2. Stadtssekretäre, Polizeikommissare, technische Baubeamte und der Stadtsförster, Gehalt 2000 M., steigend von drei zu drei Jahren um 200 M. bis zum Höchstbetrage von 3000 M. nebst 500 M. Mietsbeitrag; 3. Magistrats- und Polizeifeldräte, Kalkulatoren, Buchhalter, Polizeiwachmeister, Förster 1800 M., steigend von drei zu drei Jahren um 200 M. bis zum Höchstbetrage von 2800 M. nebst 450 M. Mietsbeitrag; 4. Bureau- und Kassensassistenten 1600 M., steigend von drei zu drei Jahren bis zum Höchstbetrage von 2475 M. nebst 400 M. Mietsbeitrag; 5. Magistratsdiener, Polizeihelfer, Polizeifergeanten 1400 M., steigend von drei zu drei Jahren um 150 M. bis zum Höchstbetrage von 2100 M. nebst 300 M. Mietsbeitrag; 6. Kanzlisten, welche das 24. Lebensjahr zurückgelegt haben und zwei Jahre im städtischen Bureauendienst beschäftigt sind, erhalten jährlich 1200 M. steigend von drei zu drei Jahren um 120 M. bis zum Höchstbetrage von 1800 M. Die Nachtwächter erhalten 1000 M. jährlich, steigend von drei zu drei Jahren um 50 M. bis zum Höchstbetrage von 1250 M. nebst 180 M. Mietsbeitrag. Die Schaubdiener jährlich nebst freier Wohnung und Feuerung 60 M. pro Schicht, das hierdurch ermittelte Grundgehalt steigt in fünf dreijährigen Zeiträumen um je 50 M. Bei Beamten, welche Dienstwohnung haben, fällt der Mietsbeitrag weg. Desgleichen erhalten Beamte ohne eigenen Hausstand nur zwei Drittel des Mietsbeitrages. Polizeibeamte, welche ständig Dienstkleider tragen, erhalten Kleidergeld, und zwar der Polizeikommissar 200 M., die Polizeibeamten 100 M.

Strafmandate über 5 M. zugestellt erhielten die Genossen Ledbre und Schüler, weil dieselben am Grabe des Genossen Rohl bei der Kranzniederlegung dieselben gehalten haben sollten. Die Genossen legten Verwahrung ein. Das Schöffengericht, das sich mit dieser Angelegenheit beschäftigte, verurteilte Ledbre und Schüler zu je 2 M. Geldstrafe. Begründend wurde ausgeführt, daß wenn beide, Ledbre im Auftrage des sozialdemokratischen Wahlvereins und Schüler im Auftrage der Freien Gaß- und Schankwirte beim Niederlegen der Kränze am Grabe die Widmungsworte gesprochen hätten, eine Rede gehalten hätten, für welche keine Erlaubnis eingeholt worden sei. Schlechter kam der Genosse Dittmann weg, derselbe wurde vom Kirchhofsinспекtor aufgefordert, die rote Schleiße vom Kranz des Wahlvereins unter seinem Rock zu verstecken, so daß nichts von dem Rot zu sehen sei. Als sich Dittmann weigerte, dies zu tun, wurde er vom Kirchhof verwiesen. Dittmann kam dieser Aufforderung sofort nach, erhielt aber trotzdem eine Anklage wegen Hausfriedensbruchs und wurde auch vom Gericht zu 10 M. Geldstrafe oder zwei Tagen Gefängnis verurteilt und zwar, weil er sich als Dissident und selbst auf dem evangelischen Kirchhof aufgehalten habe. Verwahrung ist eingelegt.

Vernau.

Pferdediebe scheinen in der letzten Zeit die Umgegend von Vernau unsicher zu machen. Nachdem erst in der vorigen Woche in Lanke ein großer Pferdediebstahl ausgeführt wurde, erdrachten vor einigen Tagen wiederum Diebe den Pferdestall des Holzhändlers Jul. Ansel in Prenzelschleuse, um die darin befindlichen Tiere zu entweihen. Ein Knecht war jedoch durch das Geräusch aufmerksam geworden und kam gerade in dem Moment dazu, als die Diebe mit den Pferden das Weite suchen wollten. Jetzt liegen dieselben die Tiere stehen und entflohen. Der Knecht will die Täter schon öfter gesehen haben, vielleicht gelangt es dadurch der Diebe habhaft zu werden. Zu dem Pferdediebstahl in Lanke ist zu berichten, daß es noch in der vorigen Woche gelang, die beiden kostbaren Pferde bei einem Kohlenhändler in Berlin zu ermitteln. Die Pferde wurden ihrem Besitzer wieder zugestellt, den Jagdwagen fand man auf einem Felde bei Französisch-Buchholz, wo die Diebe denselben stehen ließen.

Gerichts-Zeitung.

Was alles bei Gericht möglich ist.

Der Buchbinder Sindt hatte sich vor der Strafkammer des Landgerichts I wegen Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung zu verantworten. Angeblich soll er durch Rötigung den Buchbinder Vigor aus der Arbeit gebracht haben. Der als Zeuge personene Werkführer Ahrens, der angeblich gezwungen worden sein soll, den V. zu entlassen, weil dieser seinen gewerkschaftlichen Pflichten nicht nachkam, bekundete, daß er den Zeugen V. entlassen habe, weil dessen Arbeit unzulänglich gewesen sei. Die Entlassung sei erst erfolgt, nachdem zwei Arbeiter, die mit dem Zeugen zusammen gearbeitet, dessen Unzulänglichkeit bekundet hätten und nachdem auch noch eine maßgebende Stelle über die Notwendigkeit der Entlassung gehört worden war. Rechtsanwält Heine stellte mehrere Beweisangebote zugunsten des Angeklagten, darunter auch einen nach der Richtung hin, daß der Zeuge gar nicht in den Verband aufgenommen worden wäre, da er sich aus den verschiedenen Gründen mißlieblich gemacht habe und man seine Mitgliedschaft gar nicht wünschte. Der Gerichtshof unterstellte dies als wahr, kam aber doch zu einer Verurteilung des Angeklagten wegen versuchter Rötigung. Der Gerichtshof nahm mit dem Staatsanwalt an, daß der Angeklagte versucht habe, den Zeugen mit Hilfe einer Pression zu zwingen, dem Verbands beizutreten. Das Urteil lautete auf vier Wochen Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte 6 Wochen Gefängnis beantragt.

Die lieben Arbeitswilligen.

Unter der Anklage des Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung, der wiederholten versuchten Erpressung, der gefährlichen Körperverletzung, der Verleumdung und schließlich des Verfehls mit Steinen oder harten Gegenständen nach Menschen hatte sich der Former A. Probst vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Im September vorigen Jahres traten die auf dem Kohlenbahnhof Wedding in der Jennstraße 23 bis 26 beschäftigten Arbeiter zwecks Erlangung günstigerer Lohnverhältnisse und einer kürzeren Arbeitszeit in einen Streik. Der Angeklagte war an dieser Lohnbewegung persönlich nicht beteiligt, da er in einem anderen Fabrikunternehmen in der Jennstraße beschäftigt ist, interessierte sich aber für die Streikenden und geriet mit Arbeitswilligen in Differenzen. Am 4. September traf er in einem Lokal in der Jennstraße 54 mit dem Arbeiter Alisch zusammen, der zu den Arbeitswilligen gehörte. Er versuchte, ihn ebenfalls zu der Niederlegung der Arbeit zu bewegen, hatte aber

damit keinen Erfolg. Der Angeklagte gab nur diesen letzten Versuch an und behauptete, bei den übrigen ihm zur Last gelegten Vergehen handele es sich anscheinend um eine Personenverwechslung, da er weder den Arbeiter Alisch kenne, noch auf den Kohlenwagen gestiegen sei. Die Anklage behauptete dagegen, daß sich der Angeklagte, um sich unentfänglich zu machen, seinen Part habe abnehmen lassen. Der Zeuge Alisch, wie auch ein Arbeiter Hebel, der bei dem ersten Vorfall in dem Lokal zugegen gewesen war, erklärten eiblich mit aller Bestimmtheit, den Angeklagten als den Täter wiederzuerkennen. Ebenso bekundete der Zeuge Simon, daß er den Angeklagten schon auf dem Kohlenwagen gesehen und ihn dann sofort verfolgt und zur Rede gestellt habe, so daß ein Irrtum unmöglich sei. Staatsanwalt Heine mann hielt den Angeklagten für völlig überführt und beantragte, da V. schon längere Gefängnisstrafen hinter sich habe, eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten. Rechtsanwält Dr. Theodor Diecknecht wendete in erster Linie ein, daß von einer Erpressung keine Rede sein könne, da das Tatbestandsmerkmal eines angeblich dem Verbands zugewendenden Vermögensvorteils von vornherein in Wegfall komme. Im übrigen schein bei dem wenig aufgeklärten Sachverhalt eine Freisprechung mangels ausreichenden Beweises für geboten. Das Gericht verneinte das Vorliegen einer Erpressung, nahm jedoch ein Vergehen gegen den § 153 der Gewerbeordnung an. Wie der Vorsitzende ausführte, habe das Gericht für erwiesen angenommen, daß der Angeklagte in dreifacher und frivoler Weise systematisch gegen arbeitende Familienväter vorgegangen sei und diese unter Drohungen zur Niederlegung der Arbeit habe bestimmen wollen. Derjenige, der die Freiheit der Staatsbürger in so fesselhafter Weise verlehrt, müsse sich nicht wundern, wenn er von dem Gericht schwer angefaßt werde. Das Urteil lautete aus diesem Grunde auf 1 Jahr Gefängnis, zugleich wurde der Angeklagte wegen Mordverdachts sofort verhaftet.

Zum Vereinsleben.

Der Mechaniker Max Helbig, Kreuzstr. 158, hatte einen polizeilichen Strafbescheid in Höhe von 3 M. erhalten, weil er angeblich eine im August oberbaunte Versammlung der Jugendorganisation, die der polizeilichen Auflösung verfiel, nicht sogleich verlesen haben sollte. Durch die Jugenaufnahme wurde festgestellt, daß der Angeklagte tatsächlich, nachdem der Gendarm streng die Versammlung aufgelöst hatte, mit dem Zeugen Dobbertin den Saal verlassen und diesen nach Hause begleitet hat. Nach 25 bis 30 Minuten ist Helbig in den vorderen an der Straße gelegenen Schankraum, in dem er öfter verkehrt und in welchem auch der Herr Lehrer vom Orte sah, zurückgekehrt. Er hat dazu kam, sein Bier auszutrinken, kam der Gendarm Engler in das Lokal und forderte Helbig auf, das Lokal zu verlassen. Dem Herrn Lehrer dagegen hat er das längere Verbleiben im Lokal gestattet. Um kein Aufsehen zu verursachen, hat der Angeklagte während zweier Minuten sein Bier ausgetrunken und ist gegangen. Vor dem Lokal wurde er verhaftet und zur Wache gebracht, zwecks Feststellung seiner Personalien. Der Zeuge Gendarm Engler bezeugt, daß er der Meinung gewesen sei, die Versammlung solle in den vorderen Räumen fortgesetzt werden. Streng werde wohl der Helbig als Besucher der aufgelösten Versammlung gelannt haben. Die Anzeige hat Engler erstattet. Der Amtsanwaltsvertreter Referendar Rose meinte, das Verlassen des Raumes sei eine leere Ausrede. Er beantrage 10 M. Geldstrafe. Das Gericht schenkt den eiblichen Aussagen der Zeugen Dobbertin vollen Glauben, hält aber dennoch das einstweilige Einreisen aus dem Versammlungslokal für eine — Umgehung des Gesetzes! Nach der konstanten Judikatur seien nach Auflösung einer Versammlung sämtliche Räume zu verlassen. Das Urteil lautete auf 3 M. Geldstrafe.

Vermischtes.

Der Eisenbahnunfall. Vorgestern abend 9 Uhr stieß der aus Brüssel kommende Expresszug infolge falscher Signolgebung auf einen im Bahnhof Compiegne stehenden Güterzug. Der Zugführer und ein Reisender wurden dabei verletzt.

Eine Feuerbrunst hat die Gebäude der Weibergwerke von Ma Alg (Algerien) vernichtet; der Schaden ist sehr beträchtlich.

Selbstmord eines Bankiers. Triester Meldung zufolge hat sich in einem dortigen Hotel der Bankier Friedmann aus Graz erschossen. Wie es heißt, sollen die Depots nicht in Ordnung sein.

Ein schlimmer Gast. In Lorko breitet sich die Cholera in beunruhigender Weise aus. Es wurden 19 neue Fälle gemeldet. Die Stadtverwaltung hat kürzlich dringliche Maßnahmen bekannt gegeben, um die Ausbreitung der Seuche zu verhindern.

Ins Meer gestürzt. Wie aus Fiume gemeldet wird, hat sich dort eine angeblich aus Deutschland zugereiste etwa 50 bis 60 Jahre alte Dame ins Meer gestürzt und ist ertrunken. Ihre Wäsche trug die Initialen „L. C.“ mit einer gestickten Adelskrone.

Ueberschwemmung in Frankreich. Aus La Vouste im Departement Ardèche wird gemeldet, daß infolge der Regengüsse der Erlieus stieg plötzlich stark anstiehwoll und über die Ufer getreten ist. Große Ueberschwemmungen sind angerichtet. Die meisten Wege stehen unter Wasser. Der ganze Verkehr ist unterbrochen, speziell derjenige der Bahnlinie zwischen Tournon-La Vouste. Technische Nachrichten laufen aus dem Departement Here ein.

Briefkasten der Expedition.

G. M. E. Braun, Ziele und Wege; Kantisch-Schoenlan, Grundzüge und Forderungen der Sozialdemokratie; Lassalle, Ueber Verfassungswesen; Jettin, Frauenwahlrecht.

Berliner Marktpresse. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Marktbalen-Direktion. (Großhandel.) Ochsenfleisch Ia 68—70, IIa 62—67, IIIa 57—60, Bullenfleisch Ia 62—67, IIa 50—59, Röhre, I 50—58, II, mager 40—48, Greiser 54—62, Wullen, I 54—62, II, do. hell 0,00, Röhre, I 100—115, II 78—88, III 69—75, Kübler, ger. 50—64, do. hell 48—54, I 0,00, Hammelfleisch Rastkammer 76—78, Hammel Ia 70—74, IIa 64—69, ungar. 0,00, Schaf 48—62, Schweinefleisch 57—63, Rothschinken pro Pfund 0,60—0,85, I 0,00, Rothschinken Ia per Pf. 0,38—0,45, do. IIa 0,15—0,20, Dombirch 0,25—0,40, Wildschweine 0,20—0,33, Fleischlinge 0,00, Raminchen a. St. 0,20 bis 0,80, Hulen, grob, p. St. 1,50—2,30, do. mittel u. klein, St. 1,00—2,00, Wildenten per St. 1,25—1,50, Rinderten per St. 0,00, Rebhühner, junge große 1,00—1,50, mittel u. kleine 0,40—0,90, alte 0,60—0,90, Hälbner, bähne 1,00—2,25, Kananendemen 0,60—1,50, Befahnen 0,40—0,70, Waldhühner 2,50—3,00, do. IIa 1,00—2,00, Krammelschnecke 0,20 bis 0,30, Hühner, alte, per St. 1,40—2,00, IIa 0,80—1,00, do. junge 0,00, Tauben 0,20—0,40, Enten, per St. 0,00, Ildo Hamburger per St. 3,00, Wänse der Hund 0,45—0,58, do. per St. 2,00—3,50, do. Hamburger per Pfund 0,75—0,80, do. Oberbruder per Pf. 0,48—0,55, Buiset per St. 0,80—1,25, Verhähnchen per St. 0,00, Lechte per 100 St. 96—106, do. mai 85—92, do. klein 0,00, do. groß-mittel 87—92, do. mittel 0,00, Fander 0,00, do. klein 0,00, bis mittel 0,00, Schote, groß-mittel 0,00, do. klein 139—150, do. um 140, do. mittel 0,00, Kals, groß 0,00, do. klein u. mittel 0,00, do. mittel 99—100, do. unfortiert 0,00, do. groß-mittel 0,00, do. klein 0,00, Wagnen 0,00, Raddow 0,00, Kapsen 60—80er 0,00, 30—40er 0,00, da 80—100er 0,00, da 50er 65—69, Bunte Röhre 33—62, Warte 0,00, do. klein, mai 0,00, Karanichen 0,00, Wels 0,00, Wels 37—50, Warte 0,00, Wand 0,00, Quappen 0,00, Raap 0,00, Amerck, Laßs Ia neu, per 100 St. 110—130, do. IIa neu 30—100, do. IIIa 0,00, Seelachs 10—20, Humern, Rieker, Stiege Ia 3—6, mittel Röhre 1—2, Hamd, Stiege 4—6, halbe Röhre 2—3, pomm Ia Schod 9,00, IIa 2—4, Wällunge, Rieker, per St. 2—4, Strall, 2,00—3,00, Born, 0,00, Kals, groß, per St. 1,18 bis 1,40, mittelgroß 0,80—1,10, klein 0,60—0,80, Deringe, per Schod 5—8, Schellfische Röhre 3—4,00, 1/4 Röhre 1,75—2,25, Sardellen, 1902er per Kiste 98, 1904er 98, 1905er 98, 1906er 90—95, Schottische Wollbringe 1905 0,00, lango 40—44, fall 38—40, med. 38—42, deutsche 37—44, Deringe, neue Rattes, per 1/2, Ta. 50—120, Sardinien, russ., Hof 1,50—1,80, Featherings Hof 1,20—1,40, do. Büche (4 Uter) 1,40—1,70, Neumannen, Schodas 11, do. kleine 5—6, do. kleine 14, Krebse, per Schod 0,00, große 0,00, do. mittelgroße 0,00, do. kleine 2,50—2,70, do. unfortiert 0,00, Gulliger, groß 0,00, do. unfortiert 0,00, Eier, Lamb, unfortiert per Schod 3,60—3,80, do. große 4,00—4,40, Butter per 100 Pf. Ia 122—124, IIa 112—118, IIIa 100—108, abfallende 90—95

Soupe Oufen, neue, Schod 4.00 Pfeffergurken 4.00 Kartoffeln per 100 Pfd. Daberfche 2.75-3.25, weiche runde 2.50-3.00, blaue 0.00, Meisen 0.00, mag. bon. 2.75-3.25, Porree, Schod 0.50-1.00, Meerrettich, Schod 5-12, Spinat per 100 Pfund 7-18, Sellerie, per Schod 2.00-3.00, Zwiebeln per 100 Pfd. 2.50-3.75, do. Perl. 40.00-100.00, Chalotten 40.00-100.00, Petersilie, grün, Schodbund 1.00-1.25, Rotkohl Schod 0.75-1.00, Rettich, baur, neuer Schod 0.03-0.10, bieriger Schod 2.50-3.50, Rorrrüben, 100 Pfund 2.00 bis 3.50, Karotten, bierige, Schodbund 2.00-3.00, Wirsingfobl der Schod 3.00 bis 12.00, Rorrfobl, Schod 4-10, Weißfobl 2-2.50, Blumenfobl, bieriger 100 Stck 5-14, do. Hamburger 100 Stck 0.00, do. Erfurter 100 Stck

7-15, Rosenfobl, per 100 Pfd. 25-30, Grünfobl 4-6, Kohlflehen, Schod 3.00-6.00, Petersilienwurzel, Schodbund 3.00-4.00, Schoten per 100 Pfd. 20-25, Schnittlauch 1.00-1.25, Pfefferlinge per 100 Pfd. 10-20, Steinpilze per 100 Pfund 25-40, Radishes per Schodbund 0.75-1.25, Salat per Schod 1.00-2.00, Gurken, Girmacher, Schod 15-40, do. Bbnt, Schod 0.00, do. Diegner Schod 0.00, do. Kottener 0.00, Bohnen, grüne, 100 Pfund 15-35, Bohnenbohnen, per 100 Pfund 0.00, Tomaten per 100 Pfund 8-12, Rote Rüben, per 100 Pfund 2.50-3.00, Rübchen, Berliner, per 100 Pfd. 10-12, Kürbis 3-5, Preiselbeeren per 100 Pfd. 24-30, Schwedische 25-32, Bienen, 100 Pfd., Italiener 0.00, Tiroler 10-25, bierige 0.00, Kohlrüben 3-8, Tafelrüben Ia 10-20,

do. IIa 4-10, Pfirsche, bierige per 100 Pfd. 5-20, Haselnüsse, per 100 Pfund 25-30, Äpfel, Haselnüsse, per 100 Pfund 0.00, bierige 0.00, Capersteiner Ia 0.00, do. IIa 0.00, Tiroler Ia 15-45, IIa 13-20, Rorrb, bierige, 3-4, Rorrb, 5-10, Tafel Ia 15-25, do. IIa 7-12, Haselnüsse p. Schd. 1.00-2.00, do. klein 0.40-0.50, do. franz. 100 Pfd. 35.00, Pfannkuchen, dr. 100 Pfd. bierige 10-15, bierliche 10-15, Weintrauben, Hal. per 100 Pfd. 12-25, franz. 0.00 firt. 15-20, Ananas I, per Pfund 70-100, do. II 0.00, Zitronen, Mexina, 300 Stck 11.00-20.00, do. 300 Stck 10.00-16.00, do. 300 Stck, 12.00-16.00, do. 150 Stck 7.00-10.00, Bananen, gelb, per 100 Pfd. 14.00-18.00, Haselnüsse per 100 Stck 12-24, Paranonen, ital., 100 Pfd. 14-20.

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 10. Oktober. Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Madame Butterfly.
Königliches Schauspielhaus. Wallensteins Tod.
Neues königl. Opernhaus. Jägerblut.
Deutsches. Ein Sommerachts-triumm. Kammerstücke. Frühlings Erwachen. Anfang 8 Uhr.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Götz von Berlichingen.
Schiller Charlottenburg. Der Herr Senator.
Neues Schauspielhaus. Raffes. Lesing. Der Bund der Jugend. Berliner. Der Vaktorsohn.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Die Nibelungen.
Neues. Die Waffeln wieder! Kleines. Vater und Sohn.
Vorplatz. Die lustigen Weiber von Windsor.
Zentral. Unsere blauen Jungens. Komische Oper. Carmen. Westen. Die lustige Witwe.
Lustspielhaus. Jünglingsfieber. Keilbenz. Ganz der Papa.
Trianon. Fräulein Josefte — meine Frau.
Thalia. Ihr Sechs-Uhr-Duett. Puffen. Waltersegen.
Derhard Rose. Spree-Athener. Theater an der Spree. Der Altienbuder.
Metropol. Das muß man seh'n. Apollo. Schwester Schaffer. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten. Folies Caprice. Getreite Liebe. Casino. Die wilde Jagd.
Gebr. Herrnsfeld. Madame Wig-Wag. Es lebe das Nachtleben.
Vassage. Danny Gürtler. Spezialitäten.
Wintergarten. Raff St. Denis. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Prater. Der Widerspenstigen Zähmung.
Palast. Ein glänzender Reinfall. Spezialitäten.
Carl Haberland. Spezialitäten. Urania. Landenstraße 124/13.
Abends 8 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Ferdinand Bonns Berliner Theater.

Anfang 8 Uhr.
Der Pastorsohn.
 Freitag: Sean.
 Sonnabend: Die tanzenden Männchen.
 Sonntag: Die tanzenden Männchen.
 Montag: Der Pastorsohn.

Neues Theater.

Abends 8 Uhr:
Die Waffen wieder.
 Freitag: Die Waffen wieder.

Kleines Theater.

Abends 8 Uhr zum 73. Male:
Vater und Sohn.
 Freitag: Maria Magdalene.
 Sonnabend: Maria Magdalene.
 Sonntag nachm. 3 Uhr: Rastlos!
 Abends 8 Uhr: Ein idealer Gaite.

Theater des Westens.

8 Uhr: **Die lustige Witwe.**
 Sonntag nachm. 3 Uhr halbe Preise:
Frühlingsluft.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Abends 8 Uhr:
Die Nibelungen.
 Freitag: Rastlos!
 Sonnabend: Die Nibelungen.
 Sonntag nachm. 3 Uhr: Jugend.
 Abends 8 Uhr: Der blinde Passagier.

Lotzinger-Theater

Abends 8 Uhr:
Lustige Weiber.
 Freitag: Der Waffenschmid.
 Sonnabend: Martha.
 Sonntag nachm. 3 Uhr: Martha.
 Abends 8 Uhr: Lustige Weiber.

Luisen-Theater

Reichenbergerstr. 34.
 Anfang 8 Uhr.

Muttersegen.

Freitag zum erstenmal: Hoffmanns Gräbtlungen.
 Sonnabend nachm. 4 Uhr: Affen-Isobel.
 Abends 8 Uhr: Gebildete Menschen.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Donnerstag, abends 8 Uhr: **Götz von Berlichingen.** Schauspiel in fünf Aufzügen von Johann Wolfgang v. Goethe.
 Freitag, abends 8 Uhr: **Die Schmutzger.** Sonnabend, abends 8 Uhr: **Rosmersholm.**
Schiller-Saal — Schiller-Theater Charlottenburg Charlottenburg, Am Anie, Eingang Bülowstr. 120.
 Freitag abend 7 1/2-8 1/2 Uhr: Vortrag Prof. Dr. Richard Muther: **Stoffel.** Erläutert durch Lichtbilder. Eintrittspreis 1 Mark.
 Freitag abend 9 Uhr: Vortrag Prof. Dr. R. Sternfeld: **Richard Wagner.** Erläutert durch Instrumentalmusik. Komponisten der Welt.

Zirkus Schumann

Heute Donnerstag, den 10. d. Okt., abends präzis 7 1/2 Uhr:
Eliteabend. Galaprogramm und wiederum sensationelle neue Debüt u. a.: Zum erstenmal: Die berühmte Weierfamilie Hummel. Zum erstenmal: **Mik Florence.** Zum erstenmal: **Mr. James Henry.** Ferner die großartigen neuen Spezialitäten. Um 9 1/2 Uhr: Die Gele aller Pantomimen voll **Witz und Humor.** Eine Fortsetzung der berühmtesten und populärsten Pantomimen:
Die lustigen Keidelberger.
Ein Fest auf dem Neckar.
 Humorist. Bilder aus dem modernen Studentenleben vom Hofballmeister **H. Ziem.**

Lustspielhaus.

Täglich 8 Uhr:
Jünglingsfieber.

Zentral-Theater.

Abends 8 Uhr:
Unsere blauen Jungens. Saubelle in 3 Akten.

Theater an der Spree

Köpenickerstraße 68.
 Abends 8 Uhr. Zum 39. Male:
Der Altienbuder.
 Als Berliner Gesangsposse. Original- Dekorationen und Kostümen der 100 Jahre mit Josefine Bonn.
 Täglich: Der Altienbuder.

DERHARD ROSE THEATER

Dr. Franzfurterstr. 132.
Spree-Athener von Schmary-Relingen.
 Anfang 8 Uhr.
 Wochentagspreise.
 Freitag: Wilhelm Tell.
 Sonnabend nachm. 4 Uhr Kinder- vorstellung: Die sieben Hasen.
 Abends: Spree-Athener.

Metropol-Theater

Das muß man seh'n!!
 Gr. Rovne in 4 Akten (12 Bildern) von J. Fround. Musik von Viktor Hollaender. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
G. Thielscher a. D. F. Massary B. Darmand a. D. E. Whithney a. D. Bender. Giampietro, Josephi.
Anfang präzis 8 Uhr.
 Rauchen überall gestattet.
 Sonntag, 13. Okt., nachm. 3 Uhr:
Die Herren v. Maxim.

WINTERGARTEN

Ruth St. Denis

Henrietta de Ferris, lebende Bilder. Lindsay, Poltschenmanipulator. Werner Alberti, Kap. Kammeränger. Grays Affondressur.
 Der Biograph.
 Arlette Dorgère, Sängerin. De Bière, Zauberkünster.
 Empire comedy four, amerikani- sches Gesangsquartett.
 Loris Loyal, Reitakt.
 Die vier Gordons, Akrobaten.

Rixdorfer Theater

Bürgerstraße, Bergstraße Nr. 147.
 Sonntag, den 13. Oktober 1907:
Zapfenstreich.
 Drama in 4 Akten von Franz Adam Bayerlein.
 Anfang 7 1/2 Uhr.

Schiller-Theater Charlottenburg.

Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Herr Senator. Lustspiel in 3 Aufzügen von Franz v. Schönthan u. Gustav Kadelburg.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Das vierte Gebot. Sonnabend, abends 8 Uhr:
Das vierte Gebot.

XIII. Saison. Zirkus Busch

Donnerstag, den 10. Oktober 1907, präzis 7 1/2 Uhr:
Gala-Vorstellung. U. a.: Mons. E. Caroli, Fakier- künster. Herrn Willy Manns Wunderelefanten.
 Um 9 1/2 Uhr:
Auf der Hallig. Diesj. gr. Ausstattung-Pantom. des Zirkus Busch in 4 Bildern. Im 2. und 4. Bilde: **Sturm und Schiffsuntergang.** Die Wunder der Tiefsee vorher das Gala-Programm.

Residenz-Theater.

8 Uhr
 Direktion: Richard Alexander.
Ganz der Papa.
 Schwan in 3 Akten von Mars und Desoallbrés. Deutsch v. R. Schönu. Baron des Kubrats: R. Alexander.

Passage-Theater.

Abends 8-11 Uhr.
Danny Gürtler
 der König der Bohème und das kolossale Oktober-Programm.

Walhalla-Variete-Theater

Weinbergweg 19/20, Rosenth. Thor.
Das Sensations-Programm
16 arabische Springer
Edi Blum, der beliebte Komiker.
 — Anfang 8 Uhr. —
 Tunnel: Konzert f. Theaterbes. frei.

Palast-Theater

Burgstraße 24.
 Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Der brillante Oktober-Spielplan.
 U. a.: **Paula Duvals** Gunde-Dressur.
Die 5 Rammoneurs Damen-Ensemble.
Ein glänzender Reinfall Poffe.
Sanssouci, Kollibuser, Straße 6.
 Direktion: Wilhelm Reimer.
 Heute heute jeden Sonntag und Montag:
Hoffmanns Nordl. Sänger u. Tanzkränzen. Stimmreicher Erfolg!
Löwenmut. Poffe in 1 Akt.
 Morgen Freitag: Goffp. d. Berliner Volksbühne. **Sherlock Holmes.**

Theater des Zentrums.

Sophien- Gäß, Sophienstraße 17/18.
Bis früh um Fünfe
 v. Streu u. Upphöp. Musik v. G. Lindt.
 Anfang 8 Uhr. Kleine Preise.

Gebr. Herrnsfeld-Theater.

57 Kommandantenstraße Nr. 57.
 Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2.
Die erfolgreichsten Fach-Komödien
 seit 17 Jahren:
Madame Wig-Wag
 Operetten-Parade, Musik von L. Stal.
Es lebe das Nachtleben!
 Separée-Musik in 2 Akten. Beide Stücke mit den Autoren Anton und Donat Herrnsfeld.
 Sonntag nachmittag 3 Uhr:
Ein verrücktes Hotel
 und **Sayisch geht zur Jagd** mit Anton und Donat Herrnsfeld.

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Filiale Groß-Berlin.
 Sonnabend, den 12. Oktober, in der Brauerei Friedrichsbain, Am Friedrichsbain 22-29:
4. Stiftungsfest.
 Instrumental- und Vokal-Konzert. Mitwirkende: Berliner Sinfonie-Orchester (Dirig.: Herr Kapellmeister Maximilian Fischer), Gesangsverein Rixdorfer Männerchor (M. d. A.-S.-B.), Berliner Uk-Trio (Horren Präse, Scheuer u. Haase).
Großer Fest-Ball. Herron zahlen 50 Pf. nach.
 Beginn präz. 8 1/2 Uhr. [297/17] Eintrittskarte 30 Pf.

Schluß-Ausverkauf
 wegen Umzug nach der I. Etage.

Die noch vorhandenen Bestände in Teppichen, Portieren, Gardinen, Stores, Steppdecken, echten Perser, Tischdecken, Läuferstoffen, Diwanddecken und Fellen werden nur noch **40 % billiger** kurze Zeit ca. **40 % verkauft.**
Teppich-Haus B. Hurwitz
 vis-a-vis dem National-Denkmal. **Rotes Schloß** An der Stechbahn 1/2.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
 Abends 8 Uhr:
Ueber den Brenner nach Venedig.
 8 Uhr: Dr. B. Donath: Physik. (Stiftungsfonds der Berliner Gewerbe-Ausstellung 1873).
 Invalidenstr. 57-62: **Sternwarte.** Zur Beobachtung: Mars, Saturn, Doppelsterne, Nebelflecke.

W. Noacks Theater

Direktion: Rob. Dhl. Baumstr. 16.
Die Schuld.
 Schauspiel in 4 Aufzügen v. Büchner.
 Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
 Ehren- und Vorzugsstellen gültig!
 Freitag zum erstenmal: **Der verkaufte Käsef.**

Reichshallen-Theater.

Täglich:
Stettiner Sänger.
 Britton als Ante im Familienbad **Wannsee.**
 Anf. Bochent 8. Sonntags 7 Uhr.

Prater-Theater

Kastanien-Allee 7-9.
Der Widerspenstigen Zähmung.
 Lustspiel in 5 Akten von Shakespeare.
 Anfang 8 Uhr.
 Freitag zum erstenmal: 3 Vorle oder: Dorf und Stadt.

Palast-Theater

Burgstraße 24.
 Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Der brillante Oktober-Spielplan.
 U. a.: **Paula Duvals** Gunde-Dressur.
Die 5 Rammoneurs Damen-Ensemble.
Ein glänzender Reinfall Poffe.
Sanssouci, Kollibuser, Straße 6.
 Direktion: Wilhelm Reimer.
 Heute heute jeden Sonntag und Montag:
Hoffmanns Nordl. Sänger u. Tanzkränzen. Stimmreicher Erfolg!
Löwenmut. Poffe in 1 Akt.
 Morgen Freitag: Goffp. d. Berliner Volksbühne. **Sherlock Holmes.**

Trianon-Theater.

Fräulein Josefte — meine Frau.
 Anfang 8 Uhr.

Buggenhagen

Mariaplan.
 Täglich Vorstellung
Das neue Oktober-Programm.
 Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
 Sonntags 7 Uhr. (Sonntags reserviert 1 R., Entree 50 Pf.)
 Familienbillets a 40 Pf.
 Unten täglich **Militär-Konzert.**
 Becker, Prygmarck, Götsch, Reimann, Ohney und Pätzsch.

Folies Caprice

Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße.
Geteilte Liebe
 Antidruckanten — Bunter Zell.
 Anfang 8 Uhr.

Stadt-Theater Moabit.

Schönhauser Allee 148/149.
 Heute
 Donnerstag, den 10. Oktober 1907:
Marziß oder:
Das Ende der Pompadour.
 Trauerspiel in 5 Akten von H. G. Brachvogel.
 Kassenöffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
 Nach der Vorstellung: **Gr. Ball.**

Prater-Theater

Kastanien-Allee 7-9.
Der Widerspenstigen Zähmung.
 Lustspiel in 5 Akten von Shakespeare.
 Anfang 8 Uhr.
 Freitag zum erstenmal: 3 Vorle oder: Dorf und Stadt.

Möbelfabrik

Julius Apelt
 6 Adalbert-Strasse 6
 Hochbahnhof Kolldufer Tor
 (früher: Staller-Strasse 6)

Buchhandlung Vorwärts

Berlin, SW. 68. Lindenstr. 60.
 Zur Agitation, namentlich auf dem Lande, empfehlen wir angelegentlichst
Das verbotene Blatt.
 Preis für 100 Exemplare 1 Mk. Porto 10 Pf.

Steppdecken

Spezialhaus
Emil Lefèvre,
 Berlin Süd. Seit 1882
 nur Oranienstr. 158
 nirgends Filialen!

Gelegenheitskauf!

Bunt Cretonne Ersatz für Deckbett 300
Simillseite in den Farben rot, blau, oliv 1525 750
Wollatlas 1675 850
Schlafdecken 150 250 350
Wolldecken ganz dick 300 400
Reisedecken (engl.) 6, 8, 10 m. gelteiger 250
Pracht-Katalog mit ca. 600 Illustrat.
 gratis und franko.

A. JANDORF & Co

Spittelmarkt

Belle Alliancestrasse

Grosse Frankfurterstrasse

Brunnensstrasse

Kottbuser Damm

Donnerstag,
Freitag,
Sonnabend,
soweit Vorrat.

Nur 3 Tage - Glacé-Handschuhe

Glacé-Handschuhe für Damen farbig mit 2 Druckknöpfen 95, 1.25 1.45, 1.60, 1.85
Lammleder Paar

Glacé-Handschuhe für Damen farbig, Form Mousquetaire, Lammleder, Länge 6 Knopf. Paar 2.60, Länge 12 Knopf Paar ... 3.50, Länge 16 Knopf Paar ... 4.25

Für Haltbarkeit und tadellosen Sitz übernehmen wir volle Garantie

Vorzügliche Handschuh-Wäsche Paar . . . 12 Pf.

Paul Singer, Verlagsanstalt und Buchdruckerei
in Stuttgart

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie
Redigiert von Karl Kautsky.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs zum Preise von 8,25 M. pro Quartal zu beziehen. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig. Durch die Post bezogen beträgt der vierteljährliche Abonnementspreis 8,25 M. (ohne Bestellgeld). Bei direktem Bezug unter Kreuzband innerhalb Deutschlands und Oesterreich-Ungarns vierteljährlich 8,90 M., innerhalb des Weltpostvereins vierteljährlich 4,55 M.

Die Neue Zeit darf als unentbehrliche Zeitschrift für alle diejenigen bezeichnet werden, welche ein mehr als flüchtiges Interesse für die große Tagesfrage der sozialen Entwicklung haben.

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen
Redigiert von Klara Zetkin.

Mit den Beilagen:
für unsere Mütter und Hausfrauen
für unsere Kinder.

Erscheint alle vierzehn Tage in Nummern a 10 Pfennig oder bei Postbezug vierteljährlich 65 Pfennig (inklusive Bestellgeld).

Der Wahre Jacob

Illustrierte humoristisch-satirische Zeitschrift
mit einer Unterhaltungsbeilage.

Redigiert von B. Heymann.
Erscheint alle vierzehn Tage in Nummern a 10 Pfennig oder bei Postbezug vierteljährlich 65 Pfennig (ohne Bestellgeld).

Probennummern auf Verlangen gratis.

Dingon Fuß

Unschädlich Chlorirel
Wäsche ohne Arbeit

Ideales Waschmittel

Patentumgehende, unvollkommene
Nachahmungen
zerfetzen die Wäsche.

Generaldeponitäre: Werrmann & Co.,
Charlottenburg, Giesebrechtstr. 17.
Fernsprecher: Amt Charlottenburg 10 230.

Dingon Fuß

Knorr's Suppenwürstchen

enthalten alle Nähr- und Geschmacksstoffe einer guten Fleischsuppe. Man braucht nur mit Wasser zu kochen. Ein Würstchen gibt 3 Teller gehaltreiche Suppe.

Koche mit „Knorr“.

Soeben erschien in der Buchhandlung Volkstimme Frankfurt a. M.:

Die Geächteten.

Sozialpolitischer Roman
aus der Zeit des Sozialistengesetzes
von Wilhelm Bloss.

Der Roman behandelt die Zeit des Sozialistengesetzes auf Grund eigener Erlebnisse und Erfahrungen des Verfassers, der während dreißig Jahren erst das Fürstentum Neuchâtel, später die Armee und dann den ersten Braunschweigischen Wahlkreis im Reichstage vertrat und 1880 in Hamburg auf Grund des „Keinen Belagerungszustandes“ ausgewiesen wurde. — Im ersten Bande sind die Wirkungen des Sozialistengesetzes und die Verfolgungen geschildert, welche damals über die Sozialdemokratie verhängt wurden. Das innere Parteilieben jener Zeit erfährt hier eine Beleuchtung, die den älteren Parteigenossen eine nicht uninteressante Erinnerung, den jüngeren einen willkommenen Einblick in die Vergangenheit der Partei bringen dürfte. — In weiteren Bänden wird das Treiben der Anarchisten während des Sozialistengesetzes beleuchtet, der Sturz Bismarcks und das Ende des Sozialistengesetzes. — Jeder Band ist für sich abgeschlossen. Der erste Band erscheint in 6 Heften a 20 Pf. und ist durch uns zu beziehen.
Buchhandlung Vorwärts.



Singer Nähmaschinen.

Einfache Handhabung! 1292*
Große Haltbarkeit! Hohe Arbeitsleistung!
Weltausstellung Paris 1900: Grand Prix
Weltausstellung St. Louis 1904.
Hauptgeschäftlicher Unterricht, auch in moderner Nähmaschinenerei.
Electromotoren für Nähmaschinenbetrieb.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
Berlin W., Leipzigerstr. 92. Filialen in allen Stadtteilen.

In neuer Auflage erschien vor kurzem
Die Entwicklung des Sozialismus
von der
Utopie zur Wissenschaft
von Friedrich Engels.
Mit einem Vorwort von Karl Kautsky.
Diese Schrift ist eine der vorzüglichsten der sozialistischen Literatur und kann jedem Arbeiter zum Studium bestens empfohlen werden.
Der Preis beträgt 40 Pf., für die besser ausgestattete Ausgabe 1 Mark.
Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW.,
Eidenstraße 69, Laden.

Wanzen

tötet unfehlbar mit Brut Reichel's
verstärktes Wanzenpulver.
Fl. 50 Pf., 1.—, 2.—, 3.—, Literfl. 5.—
Absolut fiedfrei, kein über Geruch.
Nachhaltige Wirkung.

Schwaben

vernichtet mit Brut radikal und sicher
Reichel's Spezial-Schwabenpulver „Poudre-Martial“. Dose 50 Pf.,
1.—, 2.—, 3.—, 4.—, 5.—, 6.—, 7.—, 8.—, 9.—, 10.—
Einsig echt u. garantiert wirksam in Originalpackungen „Cod und Teufel“
in den Drogerien und bei
Otto Reichel, Berlin, Eisenbahnstr. 4.
Fernspr. A. IV. 4751, 4752, 4753.

Achtung! R. Frankl, Allee 68
Reichel's Bauh. m. Priorität
Bauhülle! u. hohem Baugehalt verfertigt
bei kleiner Anzahlung an solide Handwerker.
billig! E. B. 66 Pa. Charlittg. 1.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
Moritzplatz,
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Hygienische

Bedarfsartikel, Neuester Katalog
empfehl. viel Aerzte u. Prof. grat. u. f. r.
H. Unger, Gummiwarenfabrik
Berlin NW., Friedrichsstr. 61/62.

Gegründet 1864.
Pelzwaren-Fabrik
S. Schlesinger
Neue Königstr. 21.
(Ordonnanzhaus.)
Kein Laden
II. Etage
Einzelverkauf
wie alljährlich nach beendeter Engros-Saison.
Pelz-Stolas, Muffen etc.
zu fabelhaft billigen Preisen.
Reparaturen billigst.

Möbel
außergewöhnlich billig,
auch auf Teilzahlung.
Moabit, Otto-Str. 21
(nahe Turm-Str.)
J. Kirstein.

Haben Sie schon
die
Deutschen Konzerthallen,
An der Spandauerbrücke 3, besucht???

Aus Industrie und Handel.

Die reinen Walzwerke.

Die Zahl der reinen Walzwerke beträgt zurzeit etwa 60, die aber nicht alle gleich empfindlich von dem Mißverhältnis zwischen dem Preise für Halbzeug und dem für die Walzprodukte betroffen werden.

Maßstab für die Lage der vielen reinen Werke bewerten zu wollen. Wenn der Stahlverband nach wie vor kategorisch erklärt, die Halbzeugpreise nicht herabsetzen zu wollen, dann geht man von dem Gedanken aus, auf dem Wege der Preispolitik die mit Nachlassen der Nachfrage unbequeme Konkurrenz der reinen Werke auszuhalten.

Vom Holzmarkt. An der Berliner Holzindustrie, soweit sie für den Baumarkt in Betracht kommt, hat der Umsatz im Vergleich zum Vorjahre nachgelassen.

Metallbörse in Berlin. Die Kellereien der Kaufmannschaft von Berlin beschäftigten sich in ihrer letzten Sitzung mit den heftigen Preisbewegungen auf dem Kupfermarkt, zum Teil auch auf dem Zinnmarkt.

hat seinen Grund in ihrer eigentümlichen Gestaltung. Sie ist kein breiter Markt, sondern nur der Konzentrationspunkt für die Interessen weniger großer Firmen.

Witterungsübersicht vom 9. Oktober 1907.

Table with 10 columns: Stationen, Barometerniveau am Morgen, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. d. V. Stationen, Barometerniveau am Morgen, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. d. V.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 10. Oktober 1907. Trocken und meist heiter, mild bei schwachen östlichen Winden.

Freie Volksbühne!

Die Abendvorstellungen

Advertisement for Freie Volksbühne and Theater performances, listing dates (Sonntag, Freitag), plays (Freiwill., Das Tal des Lebens, Judith, Bartel Turaser), and venues (Berliner Theater, Neues Schauspiel, Luitpold-Theater).

Kaufhaus Max Mannheim G.m. b. H.

Frankfurter Allee 109-III ist HERMANN TIETZ Frankfurter Allee 109-III

KINDER-WOCHE

Kinder-Strümpfe plattiert und reine Wolle 38 58 78 Pf. Kinder-Lederstiefel zum Knöpfen und Schnüren Größe 17 bis 24 ... 1 75



Advertisement for children's goods sale. Text: 'In dieser Woche Extra-Verkauf in allen Abteilungen für Kinder-Bedarfsartikel aussergewöhnlich billig'. Lists items like Blusen-Anzüge, Knaben-Pyjacks, Grosse Mädchen-Kleider, Mädchen-Pyjacks, Kinder-Strümpfe, Kinder-Boxcalf-Schnürstiefel with prices.

Für die Kleinen: Ausstellung plastischer Bilder II. ETAGE Des Kindes Werdegang dargestellt in fünf Gruppen

